

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. Mai 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern: 1. bis 10. Zeile 30 Pf., 11. bis 20. Zeile 25 Pf., 21. bis 30. Zeile 20 Pf., 31. bis 40. Zeile 15 Pf., 41. bis 50. Zeile 10 Pf., 51. bis 60. Zeile 5 Pf., 61. bis 70. Zeile 3 Pf., 71. bis 80. Zeile 2 Pf., 81. bis 90. Zeile 1 Pf., 91. bis 100. Zeile 1/2 Pf. (zuzüglich 2 Pf. für den Druck der Zeile). Jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Eine Tragödie.

Von einem tragischen Unglücksfall dringt die Kunde aus Paris. Zwei der leitenden Staatsmänner sind dort das Opfer des neuesten technischen Wunders, des Aeroplans geworden. Der Kriegsminister Berteaux wurde von dem Propeller eines unvermutet herankommenden Flugzeuges gräßlich verstümmelt und auf der Stelle getötet, während der Ministerpräsident Monis zwar gleichfalls von dem unheilbringenden Flugdrachen schwer verletzt wurde, aber trotz mehrfacher Beinbrüche anscheinend mit dem Leben davonkommen wird.

Am Sonntag sollte der Start zu dem großen Ueberlandflug Paris-Madrid beginnen, von dem man neue Glanzleistungen der in Frankreich ja besonders entwickelten und populären Flugtechnik erwartete. Der Enthusiasmus für den Flugport hatte Tausende nach dem Flughafen Issy-les-Moulineaux geführt, um dem aufregenden Schauspiel der Abreise des Fliegerkorps beizuwohnen. Zwei der Teilnehmer waren bereits aufgestiegen und in der Ferne entzündeten, als plötzlich die furchtbare Katastrophe hereinbrach. Der Apparat des dritten Startenden, des Fliegers Train, wollte nicht recht funktionieren, so daß der Lenker sich wieder zum Niedergehen gezwungen sah. Gerade aber als der Apparat sich mit rasender Geschwindigkeit der Erde näherte, kreuzte die Gruppe der Minister die Flugbahn. Train, der bereits einem Trupp Kurassiere ausgewichen war, vermochte den Zusammenprall nicht mehr zu verhindern: die Maschine fuhr mit furchtbarer Wucht mitten unter die Ehrengäste hinein. Dem Kriegsminister Berteaux wurde von der mit ungestümer Geschwindigkeit rotierenden Flugmaschine der Arm ausgerissen und der Schädel zertrümmert. Und neben ihm blieb mit zerbrochenen Gliedmaßen der Ministerpräsident liegen. Der konsternierte Lenker der Unglücksmaschine dagegen kam ohne Verletzung davon.

Die Aviatik, der jüngere Zweig der Aeronautik, hat in den zwei, drei Jahren ihres jungen Daseins bereits eine schwere Menge Opfer gekostet. So zweifellos es ist, daß die Eroberung der Luft gerade in Hinsicht auf die Erfolge der Flugmaschine keine Phrasen mehr ist, so offenbar ist es doch auch, daß die schwere Aufgabe, den verwegenen Pufflegler, die Flugmaschine, zu einem einigermaßen betriebssicheren und absturzsicheren Fahrzeug zu machen, von der Technik erst noch zu lösen ist. Denn die bittere Wahrheit des Dichterwortes, daß die Elemente das Gebild von Menschenhand hassen, haben die modernen Nariden nur zu oft und zu tragisch empfinden müssen. Bei der Katastrophe von Issy-les-Moulineaux freilich handelt es sich nicht um einen Streich des Schicksals, der unabwendbar gewesen wäre. Dieser furchtbare Unglücksfall wäre nicht passiert, wenn die Arrangeure der Veranstaltung die dringend gebotenen Vorsichtsmaßnahmen nicht in unbegreiflicher Weise unberücksichtigt gelassen hätten. Denn wenn schon bei dem jetzigen Stand der Flugtechnik jedes Ueberfliegen der Zuschauer wegen der Absturzgefahr die Gefahr einer Katastrophe in sich birgt, so bedeutet der Aufenthalt von Zuschauern innerhalb der eigentlichen Flugbahn geradezu ein Spiel mit der Lebensgefahr. Und am Sonntag bewegte sich die Ministergruppe quer über die Flugbahn, als das Verhängnis nahe! Der tödlich verunglückte Kriegsminister war sich der Gefahr auch selbst durchaus bewußt — er war mit seinem Kollegen gerade im Begriff, die Gefährzone zu verlassen, als ihn die Katastrophe ereilte. Und am Tage vor dem Wettflug hat er noch einem Deputierten gegenüber die Besorgnis geäußert, daß sich bei der riesigen Zuschauermenge nur zu leicht durch Absturz eines Flugzeuges schwerer Unheil ereignen könne.

Besonders tragisch ist es auch, daß gerade Berteaux einer der überzeugtesten Anhänger des militärischen Flugwesens war, dem er denn auch in seiner amtlichen Eigenschaft die größte Förderung zuteil werden ließ. Noch im März d. J. tat er den Ausspruch, daß er den Aeroplan als ein wunderbares Kriegswerkzeug betrachte, nicht nur für den Aufklärungsdienst, sondern auch für den Angriff. Frankreich müsse bestrebt sein, durch Entwicklung seiner militärischen Aviatik die stärkste Luftmacht der Welt zu werden. Nun ist Berteaux, und obendrein durch einen plumpen Zufall, durch eine gräßliche Unvorsichtigkeit, das Opfer seiner Lieblingswaffe geworden.

Kein Zweifel, daß der fieberhafte Kampf um die Eroberung der Luft, namentlich zu militärischen Zwecken, trotz der neuen Katastrophe weiter gehen wird. Der französische Kriegsminister wird lange nicht sein letztes Opfer sein. Denn gerade die kapitalistische Art der Entwicklung der Flugtechnik, die wilde Sucht militärischer Ueberflügelung, und der radikalisierte Eifer der Flugzeugfabrikanten, durch verblüffende und wagehalsige Rekords Reklame für ihre Fabrikate zu machen, verführt zu Experimenten und Parforceleistungen, mit denen im Grunde weder der zielsicheren Ausgestaltung der Flugmaschine noch deren Popularisierung gedient ist. Ohne militärische Hintergedanken, ohne sportliche Sensationen, ohne klingenden Unternehmervorsitz sind aber heutzutage keine materiellen und ideellen Mittel für eine technische Erfindung flüssig zu machen, und wenn sie noch so lodende Zukunftsperspektiven eröffnen. So wird auch

hier wieder die Kulturwidrigkeit unseres kapitalistischen Systems offenbar.

Berteaux.

Paris, 21. Mai. (Fig. Ber.)

In Berteaux verliert die bürgerliche Demokratie Frankreichs einen ihrer energischsten, fortgeschrittensten und unseugbar auch anständigsten Politiker. Sicherlich, die Honorierkeit forderte von dem schmerzreichen Manne keinen Verzicht und sein stark ausgebildeter Ehrgeiz war davor behütet, die materiellen Mittel zur Macht auf unlauteeren Wegen zu suchen. Berteaux hat sich mit geschäftsmäßiger Umsicht und mit ebenso viel Fleiß als berechnender Klugheit in der republikanischen Politik bis in die allererste Reihe durchgearbeitet. Der Schloßherr und Bürgermeister von Chatou, einem Pariser Villenort, wo er sich durch seine Freigebigkeit eine große Popularität und mit ihr eine ergebene politische Klientel errang, kam verhältnismäßig spät — als 41-jähriger — im Jahre 1893 in die Kammer, wo er sich bald in den Kommissionen als arbeitsfähiges Mitglied erwies. Sein Einfluß war rasch im Steigen. 1902 wurde er Berichterstatter über das Kriegsbudget, 1903 Generalberichterstatter der Budgetkommission, 1904 Berichterstatter über die zweijährige Dienstzeit. Seine so erlangte Kompetenz in Militärfragen verschaffte ihm dann die Berufung ins Kriegsministerium unter dem Kabinett Rouvier von 1904 bis 1906. 1906 wurde er Vizepräsident der Kammer und war seither auch Präsident der Armeekommission und des Budgetausschusses, bis er dann unter Monis neuerdings das Portefeuille des Krieges erhielt. So durfte er nicht ohne Hoffnung nach dem höchsten Amt der Republik ausblicken und seine Kandidatur für die nächste Präsidentschaftwahl in der Stille vorbereiten.

Man hat es an wohlfeilem Spott über den Wechselagenten als Armeehoch nicht fehlen lassen. Vor am preussisch-militärischen Horizont müßte sich die Gestalt des zum Leiter der nationalen Verteidigung bestellten Zivilisten und Geschäftsmannes selbst ausnehmen. Die französische Militärdiktatur, für die die Erscheinung des bürgerlichen Kriegsministers nichts Neues mehr ist, fanden sich schließlich mit Berteaux gar nicht übel ab, besonders weil sich dieser „Radikalsozialist“ gerade in den militärischen Fragen durchaus nicht als Vornachfolger und Reformfanatiker erwies und dem Traditionsaktivismus der Kastei weit weniger nahe trat, als z. B. sein Vorgänger General André. Dem vorsichtigen Opportunismus, den Berteaux hier an den Tag legte, entsprach allerdings auch seine allgemeine politische Ideologie, die sich durchaus in den Bahnen des republikanisch-bourgeois Patriotismus bewegte.

In seiner sonstigen parlamentarischen Tätigkeit vertrat Berteaux als einer der Entschiedensten die Politik der „republikanischen Linken“, mit Einbeziehung der Sozialisten. So wurde er nach Combes der eigentliche Chef des Linksozialismus. Er war es auch, der den entscheidenden Stoß gegen Briand vorbereitete. In seinen sozialpolitischen Anschauungen repräsentierte er den fortgeschrittenen Flügel der radikalen Partei. Die Eisenbahner verbanden nicht zum wenigsten seinem Eifer ihr Pensionsgesetz. Und im jetzigen Konflikt der Regierung mit den Kompagnien wegen der Bemessungen galt seine Ministerschaft den Eisenbahnern als beste Bürgschaft. Ohne einen eigentlichen Glanz der Persönlichkeit, zu dem ihm neben anderem wohl auch die Tiefe der Bildung abging, hat er doch zu den angesehensten und den achtungsvollsten Gestalten des republikanischen Parlamentarismus gehört.

Das Schicksal des Kabinetts.

Der mitverunglückte Ministerpräsident Monis scheint außer Lebensgefahr zu sein. Ob er neben seinen Beinbrüchen noch innere Verletzungen davon getragen hat, ist noch nicht festgestellt. Monis selbst sucht vom Krankenlager aus den dringendsten Regierungsgeschäften zu genügen. Er hat alle Regierungsdokumente selbst unterschrieben und unter anderem auch die Fortsetzung des unterbrochenen Fluges angeordnet.

Ob die Kammer in die immerhin lange Verurlaubung Monis willigen wird, werden die nächsten Tage zeigen. Die Stimmung der Kammer ist geteilt: während die Sozialistisch-Radikalen entschieden gegen eine Wenderung des Kabinetts sind, neigt ein bedeutender Teil der übrigen Deputierten, die Rechte, die Radikalen und auch Jaurets mit seinen Parteifreunden, der Ansicht zu, daß die wichtigen Entscheidungen über Maroko, die Arbeiterversicherung, die Wahlreform usw. nicht von einem stellvertretenden Ministerpräsidenten gelöst werden können.

Paris, 22. Mai. (W. L. W.) In politischen Kreisen beschäftigt man sich mit der durch die Katastrophe von Issy-les-Moulineaux geschaffenen Lage des Kabinetts. In Monis' nächstehenden Kreisen glaubt man, daß dieser in demselben sein werde, die Geschäfte weiter zu führen. Dagegen sind eine Reihe von Parlamentariern und einige Minister der Ansicht, daß die Anwesenheit des Ministerpräsidenten im Parlament unbedingt notwendig sei, besonders bei der Beratung der Wahlreform, und daß das gegenwärtige Kabinett demissionieren müsse. Vor der Beerdigung Berteaux' wird eine Entscheidung nicht getroffen werden.

Paris, 22. Mai. (W. L. W.) Die Beerdigung Berteaux' ist für Freitag angelegt worden. Das körperliche und seelische Befinden des Ministerpräsidenten ist zufriedenstellend, er ist fieberfrei und hat mehrere Stunden geschlafen. Monis unterhielt sich heute vormittag bei großer Geistesklarheit mit dem Unterstaatssekretär Constant über die marokkanischen Angelegenheiten und erkundigte sich nach dem Befinden Berteaux', den er schwer verwundet glaubt. Man wird Monis' den Tod Berteaux' am Abend

mitteilen. Obwohl die Besserung im Zustand des Ministerpräsidenten die Beforgnis seiner Umgebung zerstreut hat, wird versichert, Professor Pannelongue werde sich erst in drei Tagen endgültig über den Zustand des Verletzten äußern können.

Bergfiskus und Bergherren.

Der ergreaktionäre scharfmacherische Charakter des Dreiklassenparlaments offenbarte sich mit seltener Deutlichkeit in der Art, wie die Kommission sich zur Frage des staatlichen Bergbaues gestellt hatte und wie das Plenum am Sonnabend und Montag über den Kommissionsbericht verhandelte. Der Kommissionsbericht erzielte nichts als die ausgesprochenste Arbeiterfeindschaft und die Sucht der Bergherren und der ihnen politisch nahestehenden Parteien, die Staatsbetriebe vollends der krassen Interessenpolitik des Grubenkapitals zu unterwerfen. Und zu diesen Freunden des Grubenkapitals gehören nicht nur die Nationalliberalen und Freikonservativen, sondern, wie der sozialdemokratische Fraktionsredner, Genosse Leinert, hervorhob, auch die Konservativen, die ja immer gemacht, wenn es antisoziale Tendenzen zu unterstützen gilt. Herr v. Pappenheim hatte ja auch deutlich genug darauf hingewiesen, weshalb es auch den Konservativen am Herzen liegt, in den Staatsbetrieben nach scharfmacherischem Rezept zu verfahren. Der preussische Staat existiert ja hauptsächlich von Ueberflüssen der Staatsbetriebe. Die Steuererträge bilden nur den kleinsten Teil seines Einkommens. Je mehr also die Staatsbetriebe auf Kosten der Arbeiterlöhne zur mitschenden Kuh für den Junkerstaat gemacht werden, desto geringerer Zwang besteht, zu einer Erhöhung der direkten Steuern zu greifen, durch die ja die bestehende Klasse getroffen würde. Deshalb empfahl der konservative Redner eine „pfeifliche Behandlung“ der Staatsbetriebe, ein Schließen gegen humanitäre Erwägungen; kurz, die ausgesprochenste Plutzmacherpolitik. Und die freikonservativen und national-liberalen Redner hieben erst recht in die gleiche Herde.

Und noch ein zweites verlangten die Scharfmacher des Gesellschaftsparlamentes: die Beteiligung des Staates an dem Kohlenyndikat, natürlich nur zu dem Zwecke, jegliche Konkurrenz des Staates auf dem Gebiete der Preis- und Sozialpolitik von vornherein auszuschalten. Der sozialdemokratische Redner kennzeichnete mit gebührender Schärfe die scharfmacherischen Pläne der Dreiklassenmehrheit. Er stellte der dreifachen Forderung, die staatlichen Musterbetriebe vollends zu antisozialen Ausbeutungsinstituten herabzubringen, das ohnehin so traurige Bild der fiskalischen Arbeiterverhältnisse gegenüber, das ja selbst vom Oberbergbaupräsidenten Wesen nicht hatte beschnitten werden können. Genosse Leinert nagelte die unerhörte Tatsache fest, daß die Kommissionsverhandlungen sich lediglich darum drehten, wie die Rentabilität der staatlichen Bergbetriebe erhöht werden könne, daß man zu diesem Zwecke für die Beamten ein Prämien-system empfohlen hatte, das notwendigerweise zu einem unerhörten Treibersystem den Arbeitern gegenüber führen müßte, daß aber von der Notwendigkeit, die Staatsarbeiter zu schützen und ihnen eine menschenwürdige Erfindung zu garantieren, in den langwierigen Verhandlungen kaum einmal die Rede gewesen sei. Ebenso wenig habe sich in der Kommission jemand gefunden, der für die Arbeiter das freie Koalitionsrecht gefordert habe. So begreiflich es war, daß der Zentrumredner Herr Jumbusch diese schweren Anklagen nicht auf dem „arbeiterfreundlichen“ Zentrum sitzen lassen möchte, so wenig war er doch imstande, irgend etwas Erhebliches zu dessen Entschuldigend vorzubringen. Daß das Zentrum es längst aufgegeben hat, für die Staatsarbeiter ein wirkliches Koalitionsrecht zu fordern, hat sich ja nicht erst bei dieser Gelegenheit gezeigt. Aber selbst der Beweis mußte Herrn Jumbusch mißglücken, daß die Zentrumsglieder der Kommission sich auch nur mit einigem Nachdruck der so dringend notwendigen materiellen Besserstellung der Bergarbeiter angenommen hätten.

Leinert charakterisierte auch treffend das Drängen der Bergherren, den Fiskus zum Mitglied des Kohlenyndikats zu pressen. Er verkenne nicht, daß Syndikate auch dem sozialen Fortschritt zu dienen vermöchten, sofern sie zu einer Verständigung mit der organisierten Arbeiterschaft neigten. Wenn der Staat seinen Eintritt in das Kohlenyndikat von dem Abschluß eines vernünftigen Tarifvertrages mit der Arbeiterschaft abhängig mache, lasse sich über die Wünsche der Bergherren sprechen. Aber diese Bedingung werde der Staat wohl kaum stellen, während umgekehrt das Privatunternehmertum durch seine gerissenen Vertreter den Fiskus seinen Zwecken jederzeit dienstbar machen würde. Unser Genosse predigte natürlich tauben Ohren. In seinem Schlusswort pointierte der nationalliberale Abgeordnete Hirsch-Effen noch einmal das Programm des Grubenkapitals. Und dann — bedauerten die ultramontanen und sonstigen Redner, die noch in staltlicher Zahl auf der Rednerliste standen, den vorzeitigen Schluß der Debatte, der doch von ihren eigenen Parteifreunden erst herbeigeführt worden war!

Nach diesem Vorstoß des Scharfmacheriums wird man gut tun, die Haltung der Regierung mit doppeltem Mißtrauen zu überwachen.

Steinsetzergewerbe und deutsch-schwedischer Handelsvertrag.

Man schreibt uns: Außer in der deutschen Eisenindustrie hat man wohl im Steinsetzergewerbe am meisten erleichtert aufgeatmet, als die

wichtigsten Bestimmungen des neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrages bekannt wurden. Hat die deutsche Eisenindustrie ein vitales Interesse daran, daß die Einfuhr schwedischer Eisenerze nach Deutschland von Schweden aus nicht erschwert wird, so hat das gesamte deutsche Steinsegergewerbe ein ungemein hohes Interesse daran, daß die schwedischen Pflastersteine ungehindert, das heißt unverzollt nach Deutschland hereingelangen. Die Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern, ferner Mecklenburg, Oldenburg und die Hansestädte sind vollständig auf den Bezug schwedischer Pflastersteine angewiesen; aber auch die Provinzen Brandenburg (einschließlich Berlin), Schlesien, Hannover und Westfalen haben zum erheblichen Teile ein ungemein hohes wirtschaftliches Interesse an der zollfreien Einfuhr schwedischer Pflastersteine.

Jede Unterbindung der Einfuhr durch einen Zoll, und sei er auch noch so geringfügig, wirkt bei der Natur des in Frage kommenden Materials geradezu prohibitorisch. Das haben die Arbeiter des Steinsegergewerbes sofort erkannt und deshalb auch schon bei Beratung des Zolltarifgesetzes im Jahre 1902 eine lebhaftige Agitation gegen den Zoll entfaltet.

Da es sich um eine Lebensfrage für den ganzen Beruf handelte, so suchten die Arbeiter damals auch die Unternehmer zu einem geschlossenen Vorgehen zu veranlassen. Das gelang damals nicht. Nur eine Anzahl von Firmen, allerdings die größten der Branche, nahmen ebenfalls gegen den Zoll Stellung.

Diesmal, während der Vorbereitungen des Handelsvertrages mit Schweden, haben nun auch die bedeutendsten Unternehmerorganisationen des Berufes erkannt, was für sie auf dem Spiele steht, und haben gleichzeitig mit den Arbeitern gegen den Pflastersteinzoll Stellung genommen.

Es war das um so nötiger, als die hochschützöllnerischen Steinindustriellen eine ganz intensive Agitation zugunsten des Zolles hinter den Kulissen entfalteten. Die dieselben gearbeitet haben, davon erhielt man eine Probe im Dezember vorigen Jahres bei Beratung des Etatsbeitrags „Zölle“. Nachdem nun bekannt geworden ist, daß die Reichsregierung trotz dieser Agitation die Zollfreiheit für Pflastersteine aufrechterhalten hat — richtiger wohl: notgedrungen hat aufrechterhalten müssen —, hat sich diese Agitation in geradezu ungeheurer Weise verschärft. Jedenfalls ist die Gefahr, daß der Vertrag abgelehnt wird, noch nicht vorbei!

Sollte dieser Fall eintreten, dann geraten zwei deutsche Produktionszweige in eine ganz prekäre Lage: die deutsche Eisenindustrie und das Steinsegergewerbe.

Bei den guten Beziehungen, die zwischen den Eisen-Großindustriellen und der Reichsregierung bestehen, wird die letztere ja wohl für jene schnell einen Ausweg finden. Bei dem Steinsegergewerbe, das sich als typisches Kleingewerbe nicht so guter Beziehungen rühmen kann, gestaltet sich jedoch die Sache erheblich schwieriger; hier muß die Ablehnung des Vertrages und der damit wohl eintretende Zoll auf Pflastersteine zu einer Katastrophe führen, die ihren Ausdruck in einer vollständigen Lahmlegung des Berufes in den angeführten Landesstellen und in weiterer Folge in einem durch allgemeine Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Massenelend finden dürfte.

Die Schutzöllner argumentieren mit der allgemein schlechten Lage der deutschen Steinindustrie und den „hohen sozialen Lasten“, die dieselbe zu tragen hat. Was die „schlechte Lage“ anbetrifft, so wird dieselbe trefflich illustriert durch die erst in den letzten Wochen erschienenen Geschäftsberichte der größten deutschen Steinbruch-Gesellschaften: „Basalt-Aktiengesellschaft Ding am Rhein“ und „Obenwälder Granit-Industrie-A.G.“. Beide konstatieren ein sehr ergiebiges Geschäftsjahr gerade in Pflastersteinen und teilen mit, daß weiterhin befriedigende Abschlässe vorliegen oder in Aussicht stehen; ferner vertellen sie — nebst erheblichen Abschreibungen — 5 bzw. 6 Proz. Dividende. Dabei läßt es sich also immer noch als Aktionär leben.

Einen geradezu gemächlichen Umgang aber betreiben die Schutzöllner mit den Zahlen über die „sozialen Lasten“. In einer Zuschrift an eine Berliner Zeitung heißt es:

„Was beläuft diesen Mehrausgaben (der Städte für den Pflastersteinzoll. Red.) von einigen tausend Mark gegenüber aber die Tatsache, daß einzelne Steinbruchbetriebe 20, 30, 50, 100 000 M. jährlich für soziale Lasten zu tragen haben ...“

Klingt das nicht gerade so, als ob nur diejenigen Steinbruchbetriebe, für die die schwedische Konkurrenz in Betracht kommt, diese Lasten zu tragen haben? Das ist gerade der große Schwundel, der mit diesen Zahlen getrieben wird. Man spekuliert auf die Unkenntnis der großen Masse, die die Dinge nicht kennt. Wer von den Leuten, die das lesen, weiß denn, daß im Deutschen Reich in Granitpflastersteinläufen und in Brücken, die gleichwertiges Pflastersteinmaterial erzeugen, im ganzen nur circa 12 000 Arbeiter beschäftigt sind! Wer von den Leuten, die das lesen, weiß denn, daß Basalt, Granit, Sandstein, Porphyrt und Syenit als Ersatz für Granit so gut wie gar nicht in Frage kommen können? Wo Granit technisch notwendig ist, kann er durch anderes deutsches Plastermaterial, ausgenommen Granit, so gut wie nicht ersetzt werden. Und selbst der deutsche Granit kann es infolge seiner Struktur nicht allenthalben mit dem schwedischen aufnehmen. Es gehört zu einem guten Granitpflasterstein nicht bloß die nötige Härte und Frostbeständigkeit, Druckfestigkeit, sondern auch eine außerordentlich gute Spaltbarkeit. Ist letztere nicht vorhanden, so verursacht die Nachbearbeitung unverhältnismäßig hohe Kosten. Außerdem — das wissen auch die Schutzöllner — ist es wegen der hohen Transportkosten so gut wie ausgeschlossen, daß die deutschen Pflastersteine jemals das Gebiet erobern könnten, das jetzt die schwedische Konkurrenz beherrscht.

Wunderbar ist es auch und mit der Logik schwer in Einklang zu bringen, daß man um der „paar tausend Mark“, die die Städte an Zoll zu zahlen hätten, eine so riesige Agitation entfaltet. Die „paar tausend Mark“ stehen doch wirklich nicht in Einklang mit den „Hunderttausenden“, die man für „soziale Lasten“ aufwenden muß!

Sehen wir uns die „paar tausend Mark“ näher an. Der Königsberger Magistrat hatte berechnet, daß ihm die Mehrausgaben infolge des Zolles in einem einzigen Jahre auf 40 000 M. zu stehen kommen würden. Straßburg berechnete 25 000 M., Kolberg 15- bis 20 000 M. Die „paar tausend Mark“ steigern sich also auf etliche Millionen in jedem Jahre — wenn der Pflastersteinzoll gezahlt werden müßte.

Aber da ist eben der Haken. Die deutschen Kommunalverwaltungen müßten aus lauter Hohn bestehen, wenn sie den Steinindustriellen einfach ihre Klaffen ausliefern würden.

Es gibt ja schließlich noch andere Materialien, aus denen sich Straßen bauen lassen! Die Zahl der Erfindungen auf dem Gebiete des Straßenbaus hat sich in den letzten zehn Jahren geradezu übersürzt. Und wenn sich auch verstehen läßt, daß bisher die Stadtverwaltungen nicht sonderlich ge-

neigt waren, auf diesem Gebiete kostspielige Experimente zu machen, so würde sich das sofort ändern, wenn der Versuch gemacht werden sollte, die kommunalen Klaffen in dieser Weise zu schröpfen.

Und das ist es, was Arbeiter und Unternehmer des Steinsegergewerbes mit Recht befürchten, was sie neuerdings im höchsten Maße beunruhigt. Hat es doch einer der rührigsten Agitatoren für den Pflastersteinzoll offen ausgesprochen:

„Daß es sich nicht sowohl darum handelt, neue Absatzgebiete zu eröffnen, als — selbst bei geringerem Absatz — höhere Preise zu erzielen.“

Die Angehörigen des Steinsegergewerbes haben keine Lust, sich auf dem Altar der „nationalen Arbeit“ schlachten zu lassen zugunsten eines Schutzzolles, der vielleicht vorübergehend ein paar hundert Unternehmern die Taschen füllt, am letzten Ende aber niemand nützt, wohl aber ein ganzes Gewerbe zugrunde richten würde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Mai 1911.

Beendigung der zweiten Lesung der Reichsversicherungsordnung und schwedischer Handelsvertrag.

Aus dem Reichstag, 22. Mai. Ihre Absicht, die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung am Sonnabend zu Ende zu bringen, hatte die Mehrheit nicht durchsetzen können. Es blieb noch das sechste Buch über das „Verfahren“ zurück. Dieser Abschnitt wurde jedoch heute in drei Stunden erledigt. Zunächst kam es den Sozialdemokraten darauf an, das Verfahren bei der Unterjudung des Unfalls im Interesse der Verletzten oder ihrer Hinterbliebenen besser auszugestalten. So waren dem Antrage eingebracht, die darauf abzielenden, den Arbeitersekretären oder anderen sachverständigen Personen die Vertretung der Unterstützungsberechtigten zu ermöglichen. Die Genossen Busold, Schmidt und Mollenhuth bemühten sich vergeblich, die Mehrheit zu überzeugen, daß bei dem jetzt im Gesetz vorgeschriebenen Verfahren die Unternehmer einen unberechtigten Vorteil gegenüber den Arbeitern hätten, da sie immer über eine sachverständige Vertretung verfügen könnten, während dem einfachen Arbeiter es gar nicht möglich sei, sich in den Unklarheiten des verwinkelten Gesetzes zurechtzufinden. Der Ausschluß der Arbeitersekretäre von der Vertretung sei eine schwere Benachteiligung. Wenn man den Versicherungsamtmann als den natürlichen Anwalt der Verletzten hinstelle, so trete der Widerstand dieser Behauptung darin klar zutage, daß auf dem Lande der Versicherungsamtmann der Landrat sei. Es half aber alles nichts! Alle Anträge wurden abgelehnt. Die Abstimmung für den ausgelegten § 1341 wurde nachträglich nachgeholt. Auch da fiel der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen.

Damit war die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung, auf deren Bedeutung wir noch in einer besonderen Besprechung zurückkommen werden, erledigt.

Das Haus trat dann in die erste Beratung des Handelsvertrages mit Schweden ein.

Auch bei diesem Handelsvertrag zeigte es sich wieder, daß das deutsche Schutzöllnsystem ein zweischneidiges Schwert ist, da es kaum noch günstige Handelsverträge mit anderen Staaten ermöglicht. Je mehr die fremden Staaten Rohprodukte ausführen, auf deren Einfuhr Deutschland angewiesen ist, um so mehr lohter ist ihnen gegenüber Deutschland, da es in wachsendem Maße suchen muß, seine Industrieprodukte unter günstigen Bedingungen auf den fremden Markt zu bringen. So hatte denn auch Schweden bei den Verhandlungen über einen Handelsvertrag Deutschland gegenüber die günstigere Position und hat diese Position auszunutzen verstanden.

Der Staatssekretär Deibitz suchte natürlich das Regierungswerk noch Möglichkeit aufzuweichen; doch merkte man an seiner gequälten Rede, daß ihm nicht ganz behaglich dabei zumute war. Große Freude war bei keiner Partei im Hause vorhanden. Aber auch die Schutzöllner vermochten sich nicht zu der Forderung der Ablehnung aufzurufen; sie verlangten Kommissionsberatung, während Sozialdemokraten, Freisinnige und Nationalliberale aussprachen, daß bei allen Mängeln des Vertrages seine Annahme noch immer besser sei, als das Risiko eines Zollkrieges mit Schweden. Der Abgeordnete Speck, der namens des Zentrums seine übliche Schutzöllnrede hielt, jammerte zum soundso vielten Male nach dem Pflastersteinzoll, wobei er sich fälschlich auch auf die Wünsche der Steinarbeiter berief.

Genosse v. Dollmar trat allen diesen Schutzöllnerischen Unerzätlichkeiten entgegen, übte aber an dem Regierungswerk selbst scharfe Kritik, indem er an Tatsachen nachwies, daß unsere Diplomatie wieder einmal hinter ihrer Aufgabe zurückgeblieben sei. Sie hatte zwar Sachverständige zugezogen, da sie aber diese Sachverständigen ausschließlich aus Schutzöllnkreisen gewählt habe, sei sie in ein solches Fahrwasser gedrängt worden. Den entscheidenden Einfluß habe der Vertreter der Schwereisenindustrie ausgeübt, dem an dem Bezug der schwedischen Erze das meiste gelegen sei. Die Möglichkeit, die Herabsetzung der Einfuhrzölle in Schweden zu erreichen, sei darüber vernachlässigt worden. Dollmar erklärte, daß die geplante Kommissionsitzung eigentlich ganz zwecklos sei, da ja an dem Handelsvertrage selbst doch nichts geändert werden könne.

In der weiteren Diskussion erregte noch der Freiherr v. Camp großes Erstaunen, als er für die Aufrechterhaltung eines Freihandelszollens in Deutschland im angeblichen Interesse der armen Weerenischer sich ins Zeug legte. Mit Recht wurde ihm aus dem Hause sofort zugerufen, daß er selbst und seine Freunde mit dazu beigetragen haben, die armen Weerenischer durch die Aufhebung kostspieliger Weerenischeine zu drangsalieren. Der freisinnige Abgeordnete Defer verbreitete sich noch über den Widerstand des Pflastersteinzolles, durch den der Straßenbau in den Städten schwer gefährdet werde. Nachdem noch der antisemitische Abgeordnete Werner-Giehn bei dem Versuch, an dieser Stelle eine Reichsverbandsrede gegen die Sozialdemokratie zu verlesen, schwer verunglückt war, wurde die Debatte geschlossen und der Vertrag einer Kommission überwiesen.

Morgen steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über Verfassung und Wahlrecht von Elsaß-Lothringen auf der Tagesordnung.

Reichstagsarbeit.

Das Privatbeamten-Versicherungs-gesetz geht dem Reichstage voraussichtlich am Dienstag zu. Der früher veröffentlichte Entwurf ist fast unverändert aus den Bundesrats-

verhandlungen hervorgegangen, nur ein Abschnitt über die Befugnisse der privaten Versicherungskassen als der Reichsversicherung gleichwertige Einrichtungen ist neu aufgenommen worden.

Die Geschäftsordnung des preussischen Dreiklassenhauses soll derart zurechtgebesselt werden, daß die Sozialdemokraten möglichst ausgeschaltet werden können. Nach dem Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission soll das folgenbereinigte Gesetz lauten:

Fraktionien müssen mindestens 15 Mitglieder stark sein. Der Senatorenkonvent wird obligatorisch, er bestimmt die Stärke der Kommissionen und die Anteile der Fraktionen bei der Kommissionsbesetzung und regelt die Geschäfte des Hauses. Jede Fraktion ist mindestens mit einem Vertreter vertreten, auf je weitere 25 Fraktionsmitglieder entfällt ein neuer Vertreter im Senatorenkonvent. Die Mitglieder der Kommissionen werden von den Fraktionen nach einem vom Senatorenkonvent bestimmten Anteilpläne gewählt. Eine Änderung der Reihenfolge der Gegenstände der Tagesordnung ist während der Sitzung unzulässig, wenn 50 Mitglieder widersprechen. Die Reihenfolge der Redner im Plenum bestimmt der Präsident, wenn eine anderweitige Regelung nicht erzielt werden kann.

Natürlich werden sich unsere Genossen im Dreiklassenhause durch solche Geschäftsordnungskünste nicht mundtot machen lassen.

Die Mitschuldigen.

In ihrer Wochenrundschau spricht die „Kreuz-Ztg.“ u. a. auch von der Haltung der Freisinnigen bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung. Sie schreibt:

„Über dieser Umschau (in der Erbschaftsteuerfrage. D. Red. d. V.) reicht kaum an den Bandel heran, den die Fortschrittliche Volkspartei in ihrer Stellung zur Krankenkassenfrage vorgekommen hat. Kein bürgerliches Blatt hat lauter und entschiedener auf Maßnahmen gedrängt, um dem Mißbrauch der Krankenkassen zu sozialdemokratischen Parteizwecken ein Ende zu machen, als die „Freisinnige Zeitung“. Und kaum ein anderer Parlamentarier hat soviel vortreffliches Material zusammengebracht, um daraus die Notwendigkeit für solche Maßnahmen zu begründen, wie der fortschrittliche Abg. Dr. Ragdan. Nicht die „Kreuz-Ztg.“ ist es gewesen, wie der „Vorwärts“ fälschlich behauptet, die auf seinen Willkommensgruß an den Krankenkassenkongreß vor zwölf Jahren als einer neuen Waffe im proletarischen Befreiungskampfe zuerst aufmerksam gemacht hat, sondern das war die „Freisinnige Zeitung“, die jenes Blatt während sofort abdruckte und auf die Gefahr der sozialdemokratischen Herrschaft über die Krankenkassen sorgenvoll hinwies. Heute liest man es anders.“

Diese Feststellung des Junckerblattes ist nur zu berechtigt. Die Hege gegen die „sozialdemokratischen“ Krankenkassen, die wir in der letzten Zeit erlebt haben, hat eine ihrer Hauptquellen in den gehässigen Angriffen, die besonders zur Zeit der Bülowblockherrlichkeit von Dr. Ragdan und der „Freisinnigen Zeitung“ gegen die Krankenkassen gerichtet wurden. Wer dieses Organ der Epigonen Eugen Richters in jener Zeit verfolgt hat, der wird wissen, daß ihm kein Reichsverbandschwundel zu schädlich war, um ihn nicht gegen die Sozialdemokratie zu verwenden. Der Freisinn hat also kein Recht, über die Entziehung der Klaffen zu klagen, hat er doch das Feld mit vorbereiteten Helfen, auf dem sie in die Palme geschossen ist. Die Arbeiterfeinde können sich mit vollem Recht auf das vom Freisinn gelieferte Material berufen.

Religion und Geschäft.

Mit Kühnheit kämpften die Merkmalen gegen das Feuerbestattungsgesetz. Jetzt, da sie die Schlacht verloren haben, machen sie ihrem gequälten Herzen in allerhand Kapriolen Luft. Die „Germania“ hebt den Finger auf und warnt wie ein pfäffisches Schulmeisterlein vor der Sünde des Verbrennens. Ein Papi marx schreit auf, um die Kläubigen zu schrecken. Die „Königliche Volkszeitung“ kollektiert wieder mal mit dem Toleranzprinzip, das sie immer hervorhebt, wenn sie für eine ultramontane Intoleranz sich ins Zeug wirft. Daß man Gegner der Verbrennung zwingen müsse, für die Errichtung von Verbrennungsofen zu feuern, das sei ein Unrecht. Umgekehrt natürlich nicht. Das ist schwarze Logik! Doch lassen wir die Herrschaften toben und salbadern; wir verstehen ihren Schmerz. Er hat einen sehr materiellen Hintergrund. Die Friedhöfe befinden sich in noch großer Zahl im Besitz der Religionsgemeinschaften. Die machen mit dem Begraben ein feines Geschäft. Noch schwerwiegender ist die Sache für die Herren Geistlichen. Ihre offene Hand bei den Beerdigungen macht das Sterben zu einem recht teuren Vergnügen. Und diese lukrative Quelle droht das Leichenverbrennungsgesetz zu verstopfen. Schrecklich, wenn nun die Menschen auf die teuren Friedhöfe der Kirche verzichten und die Stiefelarie für Predigten und sonstiges Weiwel außer Kurs kommen. Das ist eine Gefahr, der man im Namen Gottes und der Kirche nach Möglichkeit begegnen muß. Wir verstehen den Schmerz der Schwarzen, darum unsere verzeihende Milde.

Ein Krankenkassenverkleumer am Pranger.

Die der Ortstrankenkasse in Remscheid angeschlossenen Arbeiter besprachen im Juni vorigen Jahres den Teil der Reichsversicherungsordnung, der sich auf die Krankenkassen bezieht. Bei dieser Gelegenheit äußerte der bürgerliche Stadtverordnete Krumm: „Ich wohne gegenüber unserer Ortstrankenkasse und habe beobachtet, wie dieselbe die Zentrale der ganzen Partei am Orte ist. Hier kommt alles zusammen, hier laufen die Depeschen ein, von hier aus wird alles geleitet. Wie oft habe ich beobachtet, daß bis spät in die Nacht hinein Beamte die Parteiarbeiten erledigt haben. Die Beamten werden vor ihrer Anstellung auf ihre politische Tätigkeit hin geprüft, dann erst werden sie eingestellt.“

Aufgefordert, diese Beschuldigungen zu beweisen, erklärte der wackere Mann, daß er erst Material sammeln müsse. Schließlich wurde er vor Gericht zur Verantwortung gezogen, und hier fiel der angetretene Wahrheitsbeweis jämmerlich ins Wasser. Seine Beschuldigungen muß dieser Kämpfer gegen die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ nur mit 50 M. Geldstrafe büßen.

Mandatsmüde Reichstagsabgeordnete.

Recht viele Abgeordnete haben bisher schon den Wunsch geäußert, nicht wieder zu kandidieren, darunter auch solche, die schon aufgestellt sind. Von den Konservativen werden als mandatsmüde bezeichnet die Abg. Cuen, Dr. Dröbber, Feldmann, v. Gernv. v. Stern, Köhler. Die Reichspartei stellt zu den Scheidenden die Abg. Eröpring, Hohenlohe, v. Daxen, Doerken, Dr. Kolbe, Schiller, Pauli-Oberdarm und wahrscheinlich den Herzog zu Trachenberg. Von den Nationalliberalen kommen in Betracht die Abg. Trautmann, Dr. Weber, Quasteb, Hogen, Dr. Goerte; vom Zentrum wollen nicht wieder kandidieren Freien (Recht), Schürmer, Deh-Rischak, Dr. Martin Spahn, Freiherr v. Freyberg, Herzog v. Arenberg, Uebel, Dr. Fischer, Dr. Schädel, Dr. Ritter, Dr. Heim, v. Strombeck. Vom Freisinn die Abg. Schrader, Stengel, Hoffmann, Enders, Dr. Poitthoff, Gudeberg, Graf v. Rothmer, Wieland, Storz, Rommen, Dr. Pfundtner, Dr. Dohren. Von den Polen wollen nicht wiederkommen Fürst Radziwill, v. Graboß, Kapierowski, Korfanty. Weiter kommen noch in Frage Göy v. Olenhusen (Welfe), Hanssen (Päne) und Lehmann-Jena (parteilos). Mancher ist unter diesen Abgeordneten, dessen Mandatsmüdigkeit nicht ganz freiwillig ist; und zu all den Gewonnenen wird noch eine große Zahl kommen, die zwar wiederkommen möchten, denen aber die Wähler einen Strich durch die Rechnung machen.

Nur der Reaktion nicht wehe tun.

Ein Parteitag der rheinischen Fortschrittler wurde am Sonntag in Solingen abgehalten. Der Bericht über den Stand der Parteibewegung behauptet, daß die Fortschrittler seit der Verschmelzung der linksliberalen Parteien im Rheinlande starke Fortschritte gemacht hätten. Die Zunahme der Organisierten betrage seit vorigem Jahre 72 Proz. Nur im Wahlkreise Eichhoffs, Remscheid, ist ein Rückgang zu verzeichnen, was daraus zurückzuführen ist, daß Eichhoff dem Parteisekretär verbot, in seinem Wahlkreise zu agitieren. Er rechtfertigte dies Verbot damit, daß wegen der rücksichtslos auftretenden Sozialdemokratie die Fortschrittler es in seinem Kreise nicht mit den rechtsstehenden Parteien verderben dürften. Die offiziellen Parteivertreter und der Abg. Kopsch verteidigten die Haltung Eichhoffs, während ein anderer Teil ihn scharf angriff.

Eigentlich ist es nicht recht zu verstehen, weshalb der Abg. Eichhoff nicht längst sich seinen Platz in den Reihen der Konservativen gesucht hat, mit denen er schon vielfach, im Gegenjag zu seinen Parteifreunden, gestimmt hat. Der Wahlkreis Remscheid war bereits im Besitz der Sozialdemokratie; Herr Eichhoff hat nur dann Aussicht, wiedergewählt zu werden, wenn die Christlich-Sozialen und das Zentrum für ihn stimmen. Um den Preis des Mandats ist diese Herde des Liberalismus schließlich auch bereit, einen Religionswechsel zu vollziehen. Das ganze Vorgehen ist aber kennzeichnend für die Ueberzeugungstreue der Kopsch und Blemmer, die diese Eichhoffsche Mandatspolitik ausdrücklich billigen.

Wer begnadigt wird.

Der Polizeinspektor Engler in Landshut (Schlesien) war wegen Vergehens im Amte, von der Strafkammer in Hirschberg zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Herr Gefängniswärter hatte ein Mädchen auf der Polizeiwache mißhandelt, um ein Geständnis zu erzwingen. Daß der Polizeinspektor auch ein tapferer Kämpfer gegen die Mächte des „Umsturzes“ war, versteht sich von selbst. Jetzt wird nun bekannt, daß die vier Monate Gefängnis im Gnadenwege in zwei Monate Festung umgewandelt worden sind. — Die zwei Monate „Ehrenhaft“ werden dem Herrn sicher nicht allzu beschwerlich werden.

Militärisches Schreckensurteil.

Wegen Fohlenflucht im Rückfalle wurden die Militär-Strafgefangenen Tändler und Grün vom Kriegsgericht zu Reife zu schweren Strafen verurteilt. Tändler erhielt 6 Jahre Zuchthaus, Grün 2 Jahre Gefängnis. Beide gaben als Motiv ihrer Flucht aus dem Militärgefängnis an, daß sie dort ungerecht behandelt worden seien.

Marokko.

Vor Jes.

Das für Sonntag oder Montag angekündigte Eintreffen der Kolonne Brulard in Jes scheint noch nicht erfolgt zu sein, wenigstens liegt heute keine Meldung darüber vor. Die einzige Nachricht über diese Ersatzkolonne besagt, daß sich Oberst Brulard mit dem Konsul Voisset vereinigt habe, der von El Mar mit 50 Kamelreitern nach Jes marschiert war. Daß diese kleine Schar ohne Schwierigkeiten zu der französischen Kolonne stoßen konnte, beweist, wie unwahr die Nachrichten waren, die über die bedrohliche Lage in und um Jes in die Welt gefandt wurden. Ruh man doch schon zu geben, daß seit dem 11. Mai kein Angriff mehr auf Jes erfolgt sei und daß ein großer Teil der belagernden Stämme in ihre Heimat abgerückt sei.

Bei Laurit wurde am Sonntag morgen ein französischer Posten angegriffen; die Marokkaner wurden zurückgeschlagen, sie verloren fünf Tote.

Die spanischen Truppen bei Ceuta sollen ihre Stellung weiter vorgeschoben haben, obgleich der Generalgouverneur den Duars der Umgebung erklärt hatte, daß er nur soweit vorrücken werde, als es der mit dem Nachsen abgeschlossene Vertrag gestatte.

Amerika.

Die Wahrheit über Milwaukee.

Nach bewährten Mustern hat sich in der Kapitalistenpresse ein ganzes Lügen-System über die rote Stadtverwaltung eingemiselt. Man beschuldigt sie der Vergewaltigung öffentlicher Gelder, der Anstellung unfähiger Beamter. Man hat ihr die Steuererhöhung, die doch noch von der früheren bürgerlichen Vertretung festgesetzt war, aufs Konto gesetzt, die Fabel von einer unerhörten Arbeitslosigkeit verbreitet u. s. w. Unsere Genossen sind dabei, die nötigen 100 000 Dollar in Anteilen aufzubringen, die zur sofortigen und ständigen Widerlegung solcher Lügen durch ein Tagesblatt erforderlich sind. Erfreulicherweise aber gibt es auch jetzt schon bürgerliche Blätter, die sich die Mühe nehmen, die Wahrheit zu ermitteln, und auch eheulich genug sind, sie zu schreiben. So berichtete die Redaktion des republikanischen „Evening Wisconsin“ auf Anfrage eines kalifornischen Blattes: Vor allem habe Milwaukee jetzt eine ehrliche Verwaltung. Diese Misthände seien beseitigt, unfähige Beamte entsetzt, die Einnahmen durch Heranziehung der Steuerhinterzieher verbessert. Die Arbeitslosen seien eher weniger als anderswo. Und der „Star“ in Indianapolis, der jede Sympathie für den Sozialismus ablehnt, hat einen Nachmann eigens nach Milwaukee gefandt. Er ist auch Antisozialist, hat aber die Dinge unbesungen geprüft. Zuerst wandte er sich an die Ankläger, die bürgerlichen Redaktionen, erhielt aber dort nur allgemeine Nebensarten als Auskunft. Ein Zeuge für die Miswirtschaft, der ihm genannt wurde, war nicht aufzufinden. Dann ging er zu dem Stadtkontrollleur, einem Genossen, der ihm die Bücher — die jedem offenstehen — zur Prüfung vorlegte und die Vorwürfe als Lügen nachwies. Von seinem System der Rechnungsführung sagt ein anderer bürgerlicher Sachverständiger: danach sei jede Art „Graft“ unmöglich. Milwaukee schulde dafür den Sozialisten ewige Dankbarkeit. „In diesem Stadthaus schaut auch jeder gerade in die Augen. Niemand scheint etwas verheimlichen zu wollen. . . . Man hat den Sozialisten nie die Praxis angetraut, eine große Stadt zu verwalten. Aber diese scheinen es zu können. Sie haben eine vernünftige, befriedigende Antwort auf jede vernünftige Frage.“ — So bricht sich die Wahrheit, allen Verleumdungen zum Trotz, doch Bahn. Und dahende amerikanischer Gemeinden haben gezeigt, daß sie nach der jahrhundertlangen Läusefressung und Ausplünderung durch die alten Parteien den Sozialisten die Ehrlichkeit und die Einsicht zutrauen, die zu gründlicher Besserung führen können. Bald werden es hunderte und bald werden es ganze Staaten der Union sein. Das Eis ist gebrochen!

Mexiko.

Die Unterzeichnung des Friedens.

New York, 22. Mai. Nach einem Telegramm aus Juarez ist das Friedensabkommen gestern Abend unterzeichnet worden.

Madero nahm auf dem Schlachtfelde von dem Heere Abschied und erklärte dabei, er gehe nach der Stadt Mexiko, um die Verwaltung zu modernisieren und ein neues Mexiko aufzubauen. Die aufrührerischen Mexikaner im Norden zerstreuen sich, in Juarez bleiben fünfhundert zurück.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, haben die Bundes-truppen Manganillo ohne Kampf übergeben. Ebenso hat sich Colima-City beim Erscheinen der Rebellen ergeben.

Aus der Partei.

Zum Kampfe gegen die Reichsversicherungsordnung gibt Soeben der Verlag von Landgraf u. Co. („Chemnitzer Volksstimme“) eine neue Broschüre aus der Feder des Genossen Hermann Kollendörfer heraus. Kollendörfer hat eine Fülle von schlagkräftigem Material zusammengestellt, das im Interesse des Kampfes gegen die Verschlechterung der Arbeiterversicherung sehr viel zur Aufklärung der Arbeiter beitragen kann. Die 40 Seiten starke, gut ausgestattete Broschüre kostet im Einzelverkauf 15 Pf. Sie eignet sich vorzüglich zur Massenverbreitung unter den Parteigenossen.

Polizellliches, Gerichtliches usw.

Zurückgewiesene Reichsverbandsklage.

Vor dem Schöffengericht in Buttstädt war der Landtags-abgeordnete Genosse Vaudert-Weimar wegen Verleumdung des Gutsbesizers Julius Hesse, der sich als „Vertrauensmann des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ präsentierte, angeklagt. Die Verleumdung sollte in einem Artikel des „Volkskalenders, Thüringer Landbote für 1911“, enthalten sein. In dem fraglichen Artikel wird, ohne den Ort und den Namen des Gutsbesizers anzuführen, geschildert, wie eine russisch-polnische Landarbeiterin im Dienste deutscher Landwirtschaft einen Arm verliert. Sie erhält Rente, im Winterhalbjahre mußte sie aber Deutschland verlassen, sie ging während dieser Zeit ihrer Rente verlustig. Als sie später nach Deutschland zurückkam, wurde sie von dem Gutsbesizer nicht wieder aufgenommen und schließlich als „lästige Ausländerin“ ausgewiesen. Ganz nebensächlich wird in dem Artikel angeführt, daß der Gutsbesizer sich vordem recht zutraulich der schönen Polin genähert habe, aber das Mädchen sei den Lodungen nicht gefolgt. In dieser Darstellung erblickte der Gutsbesizer einen Angriff auf seine Familienehre. Der Angeklagte habe als Sozialdemokrat die Tatsachen bewußt entstellt, um ihn als Vertrauensmann des Reichsverbandes herabzusetzen und die landwirtschaftlichen Arbeiter der Sozialdemokratie zuzuführen. Als es dem Anwalt des Klägers nicht gelungen war, die Glaubwürdigkeit der Zeugin und eines Zeugen, die nicht nur das vollauf bestätigten, was in dem Artikel nur lose angebeutet war, sondern den Gutsbesizer noch viel härter belasteten, zu erschüttern, versuchte er, die „Vernichtung der Familie und des Staates durch die Sozialdemokratie“ mit Reichsverbandsmaterial nachzuweisen. Nach mehr denn vierstündiger Verhandlung erfolgte Freisprechung; die Kosten hat der Privatkläger zu tragen. Das Gericht nahm die in dem Artikel angeführten Tatsachen als erwiesen an und erkannte dem Angeklagten zu, daß er berechtigt gewesen sei, die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Wofür ein bayerischer Bürgermeister keine Zeit hat.

In Schauerheim (Mittelfranken) wollten die Sozialdemokraten eine Versammlung abhalten. Der Vertrauensmann ging zum Bürgermeister, um die Versammlung anzumelden und auch gleich die Versammlungsplätze absteuern zu lassen. Der Bürgermeister erklärte, dazu habe er keine Zeit, und auf die Frage, wann er denn Zeit habe, erwiderte er, für Sozialdemokraten habe er überhaupt keine Zeit. Auf die Bemerkung, daß dann die Anmeldung schriftlich erfolgen werde, drohte er mit Dinaudwurf. Die Genossen haben sich beschwerdeführend an das Bezirksamt gewandt.

Soziales.

Prinzipielles von den Staatsbeiträgen zur Lehrerbefolgung.

Das Lehrerbefolgungsgesetz vom 20. Mai 1909, das den Staat hinsichtlich leistungsfähiger Gemeinden von den Staatsbeiträgen und Altersklassenzuschüssen befreien will, bestimmt in der Beziehung im § 50:

„Die Staatsbeiträge und Staatszuschüsse (§ 43—46, 49) fallen vom 1. April 1909 ab in Gemeinden endgültig weg, wo sie den Betrag von 2 vom 100 desjenigen Veranlagungssolls nicht übersteigen, das nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes der Gemeindebesteuerung der Einkommen von mehr als 900 M. für das Rechnungsjahr 1908 zugrunde zu legen war. Maßgebend ist einerseits das Veranlagungssoll nach dem Stande des 1. Januar 1901, andererseits der Betrag an Staatsbeiträgen und Zuschüssen, wie er am 1. Januar 1909 zugüglich der nach § 45 etwa gekürzten Summe zu zahlen war.“

Run bestimmt aber § 47 Absatz 1:

„Wenn innerhalb mehrerer Gemeinden die Grenzen geändert werden, so wird der Betrag, um den sich der für sämtliche beteiligte Gemeinden zu gewählende Staatsbeitrag verringern würde, auch fernerhin fortgezahlt.“

Die Stadt Düsseldorf, die ungewisselhaft zu den leistungsfähigen Gemeinden im Sinne des § 50 gehörte, der an sich also nach dem Gesetz keine Beiträge mehr zustanden, der aber vom 1. April 1909 ab sieben leistungsunfähige Gemeinden eingemeindet worden waren, verlangte die diesen Gemeinden zustehenden Beiträge und Zuschüsse nunmehr für sich, indem sie sich auf den zitierten § 47 Absatz 1 berief.

Die Regierung verhielt sich ablehnend. Der Bezirksausschuß beschloß jedoch im Sinne der Stadt und der Provinzialausschuß der Rheinprovinz bestätigte diesen Beschluß, wonach der Stadt Düsseldorf als Beiträge und Zuschüsse zusammen 85 000 M. zusammen sollten, nämlich der Betrag, den die eingemeindeten nichtleistungsfähigen Gemeinden sonst bekommen hätten.

Der Oberpräsident beanstandete den Beschluß des Provinzialrats als gefehlvoll und nunmehr hatte das Oberverwaltungsgericht auf Antrag des Provinzialrats darüber zu befinden.

Der Kultusminister und der Finanzminister liehen sich durch je einen Staatskommissar vertreten. Diese suchten aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes herzuleiten, daß solche Gemeinden, die, wie Düsseldorf, vom 1. April 1909 an überhaupt keine Staatsbeiträge und Zuschüsse erhalten, auch dann solche nicht erhalten dürfen, wenn ihnen Gemeinden einverleibt werden, die an sich Ansprüche hätten.

Das Oberverwaltungsgericht entschied zu Ungunsten des Oberpräsidenten und der Minister. Es sprach aus: Der 1. Januar 1909 (siehe § 50) sei insofern ein Stichtag, als diejenigen Zuschüsse, die nach der an diesem Tage festgestellten Relation einer Gemeinde zukommen, ihr auf alle Fälle verbleiben, ganz gleichgültig, ob sie dem nächst eingemeindet wird oder nicht, also auch dann, wenn sie in eine leistungsfähige Gemeinde eingemeindet wird. Ihre Ansprüche gingen dann auf die leistungsfähige Gemeinde über, in die sie eingemeindet worden seien. So sei es auch hier mit Düsseldorf. Düsseldorf habe auf die fraglichen Staatsbeiträge Anspruch. Soweit es sich um die Staat-

lichen Zuschüsse zur Alters-Zulagenklasse handle (88 000 M.), sei der Beschluß des Provinzialrats insofern nicht richtig, als diese Zuschüsse der Alters-Zulagenklasse selber und nicht der Stadt als solcher hätten zugesprochen werden müssen. Insofern könne deshalb die Beanstandung des Beschlusses des Provinzialrats nicht aufgehoben werden. Im übrigen (betreffend die Staatsbeiträge zur direkten Lehrerbefolgung) sei aber die Beanstandung des Oberpräsidenten aufzuheben und der Beschluß des Provinzialrats zu bestätigen.

Im Prinzip ist also die Stadt Düsseldorf mit ihrem Anspruche völlig durchgedrungen.

Die Arbeitsordnung auf den städtischen Gaswerken

spielte eine Rolle gelegentlich eines am Sonnabend vor dem Gewerbegericht verhandelten Rechtsstreits. Der Retortenarbeiter V. klagte gegen die Verwaltung auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 10,35 M., weil er für beide Osterfeiertage zur Arbeit bestellt und an beiden Tagen, ohne beschäftigt zu werden, wieder nach Hause geschickt worden war. Der Vertreter der Beklagten wendete unter Berufung auf die Arbeitsordnung ein, daß es der Verwaltung freistünde, jederzeit Änderungen an der Arbeitszeit vorzunehmen. Der Vertreter des Klägers hielt dem entgegen, die Arbeitsordnung sei erst kürzlich von der Verwaltung erlassen worden, ohne daß der Vorbericht des § 134d der Gewerbeordnung, den Arbeiterausschuß darüber zu hören, genügt worden sei; darum sei sie ungesetzlich. Zwar sei dem Arbeiterausschuß eine neue Arbeitsordnung vorgelegt worden, die aber nicht die Fassung hatte, wie die jetzt erlassene. Es sind einige den Arbeitern ungünstige Bestimmungen darin aufgenommen worden, nachdem der ursprüngliche Entwurf bereits den Arbeiterausschuß passiert hatte. Ueberdies könne auch die angezogene Bestimmung der Arbeitsordnung auf den vorliegenden Fall nicht angewandt werden. Der Vertreter der Beklagten meinte, es mühe erst die untere Verwaltungsbehörde eingreifen, solange das nicht geschehe, bestche die Arbeitsordnung zu Recht.

Das Gericht erklärte, die Arbeitsordnung sei rechtswirksam, aber auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar, weil es sich nicht um eine Aenderung der Arbeitszeit, sondern um den Ausfall zweier angelegter Arbeitstage handle. Die beklagte Verwaltung wurde verurteilt, an den Kläger 8,28 M. zu zahlen. Die Mehrforderung für die Entschädigung für Sonntagsarbeit erkannte das Gericht nicht an.

Aus Industrie und Handel.

Victoria.

Die Versicherungsgesellschaft Victoria zeichnet sich aus durch die Zahlung hoher Dividenden — im letzten Jahre 60 Prozent — und niedriger Löhne. Kürzlich brachte es die Verwaltung sogar fertig, ihren Angestellten die Verantwortung von gemeinschaftlichen Fragebogen, die dem Zwecke der Ermittlung der Arbeitsverhältnisse dienen sollten, zu verbieten. Bei Gefahr des Dinaudwurfs! So greift man in die privaten Angelegenheiten der Angestellten ein. Die Verwaltung muß ja wissen, ob sie das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Nun sind aber auch die Aktionäre unzufrieden. Sie bekommen zwar nette Bayen, aber sie wollen mehr haben. So fordert jetzt ein Aktionär durch Inserat im „Börsen-Courier“ (Nr. 226) seine Leidensgenossen von der Kuponschere auf, in der nächsten Generalversammlung gegen die Praxis der Verwaltung, die wieder mehr Tantieme als Dividende verteilen wollte, zu protestieren.

Der Orangebeugte schreibt:

Für die Generalversammlung am 27. Mai schlagen Vorstand und Aufsichtsrat wieder mehr Tantieme als Dividende zu verteilen vor. Die Abtragung auf Aktionärwechsel soll nur 500 000 M. betragen gegen 800 000 im Vorjahre, obgleich man allgemein annahm, daß der ganze Rest von 900 000 M. abgetragen würde, wodurch die Aktien jetzt börsenfähig geworden wären. Ferner erklärte der Generaldirektor dem Unterzeichneten jüngst, daß er auch nach Tilgung der Dividende nur um 25 M. pro Jahr und Aktie steigen lassen wolle, obgleich man glaubte, wie die Statuten annehmen lassen, daß dann die bisher für Abtragung der Wechsel benutzten Summen zur Dividende geschlagen werden sollten.

Diese und andere Bemachtigungen der Aktionäre müssen ein Ende haben. Sie waren nur dadurch möglich, daß z. B. in der letzten Generalversammlung außer Vorstand und Aufsichtsrat nur der Unterzeichnete erschien. Nach dem Verteilungsmodus anderer, solider Konkurrenzgesellschaften könnte die Victoria die 10—15fache Dividende verteilen, wenn man auch nicht so weit zu gehen braucht. Mögen Vorstand und Aufsichtsrat ihre hohen Dividenden ruhig weiter beziehen, aber auch den Aktionären endlich das zukommen lassen, was ihnen gebührt.

Wer das Kreuz hat, segnet sich zuerst und oftmals: Die Hauptmacher heimsen an Tantiemen und sonstigen Eintügelndern Hunderttausende ein. Daraus kann man ersehen, welche Riesensummen bei dem Versicherungsgeschäft „verdient“ werden.

Aus dem letzten Geschäftsbericht macht das „L. W.“ folgende Angaben: Der Gesamtüberschuß aus allen Abteilungen beziffert sich auf 34 288 696 M. (32 896 705). Davon erfordert die Auszahlung der von und bereits bekanntgegebenen Dividende von 875 M. (300) 750 000 M. (720 000); 500 000 M. (500 000) werden zur Tilgung der Wechsel der Aktionäre verwendet. Die Tantieme des Vorstandes hat sich von 550 579 M. auf 634 244 M., also um nahezu 10 Proz. erhöht. Da sich der Vorstand der Victoria aus vier Personen zusammensetzt, entfallen auf jedes Mitglied durchschnittlich 158 560 M. Der Aufsichtsrat erhält wie im Vorjahre 150 000 M. Tantieme. Insgesamt empfängt demnach die Verwaltung aus dem Ertragnis 784 244 M. Sonach kommt auf jede Person im Durchschnitt annähernd 200 000 M. Und die Beamten werden mit Gehältern bis zu 700 M. abwärts — entlohnt.

Som Krach im Gesehndikat. Herr Sinnet hat seinen Antrag auf Herabsetzung der Gesehpreis vorläufig zurückgezogen. Er will sich in der bevorstehenden Generalversammlung die Vollmacht geben lassen, im Falle der Ablehnung seines Antrages von seinem Betrechte Gebrauch zu machen. Der Konflikt im Gesehndikat ist also durch einen Waffenstillstand unterbrochen.

Die Bewertung der Licht- und Hochofengase.

In den letzten Jahren hat man im rheinisch-westfälischen Industriegebiet der Verwendung der Licht- und Hochofengase größere Aufmerksamkeit geschenkt. Zum Teil werden die Abgase in elektrische Energie umgewandelt, zum Teil dienen sie der Beleuchtung mittels Fernleitung. In Amerika ist man uns in dieser Beziehung voraus. In welchem Umfange die Licht- und Hochofengase in den einzelnen Ländern verwendet werden, zeigt folgende Tabelle, die die „Iron Coal Tr. Rev.“ vor kurzem veröffentlicht hat.

Land	Eferdelaste		Aus-nutzung Proz.	
	ver-fügar	aus-genutzt		
Deutschland und Luxemburg	2 075 000	481 428	23,2	
Vereinigte Staaten	2 620 000	937 490	35,9	
Frankreich	448 000	55 050	12,3	
Belgien	225 000	46 714	20,8	
Österreich-Ungarn	260 000	25 500	9,8	
Großbritannien	1 720 000	24 986	1,5	
Uebrigte Länder	815 000	64 541	7,9	
Zusammen		8 163 000	1 088 709	12,9

Die Tabelle ist berechnet auf Grund der Ziffern für 1908. In Deutschland wird mittlerweile eine nicht unbedeutende Steigerung der Verwendung eingetreten sein.

Gewerkschaftliches.

Ein Schlag für die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften.

Der Verein deutscher Kaufleute beschloß auf seinem am Sonntag abgehaltenen Delegiertenkongress den Austritt des Vereins aus dem Verbande der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften. Der von 30 Ortsvereinen gestellte Antrag wurde von dem Führer der Gewerkschaften Goldschmidt entschieden bekämpft, doch er vermochte den Austrittsbeschuß nicht zu verhindern. Für das Ausscheiden aus dem Gewerkschaftsverband wurde zwar geltend gemacht, daß Goldschmidt in der Arbeitskammerfrage nicht den Standpunkt des Vereins deutscher Kaufleute, sondern den des antisemitischen deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes vertreten habe; die eigentlichen Gründe sind wohl aber noch wo anders zu suchen. Im Verein deutscher Kaufleute ist die Meinung sehr stark vertreten, daß der Gewerkschaftsverband dem Verein der Kaufleute wenig nützen könne und die Mitgliedschaft des Vereins beim Verband nur den Verein unnötig belastet. Der Austritt des Vereins mit seinen 18 000 Mitgliedern aus dem angeblich rund 120 000 Mitglieder zählenden Verband der Gewerkschaften bedeutet eine erhebliche Schwächung der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften, die in dem letzten Jahre schon über zunehmende Bedeutung sich nicht freuen konnten.

Berlin und Umgegend.

Die Eisenformer und Berufsgenossen haben im Monat April eine Statistik über die Zahl der beschäftigten und der organisierten Arbeiter in den Eisengießereien von Groß-Berlin aufgenommen. Ueber das Resultat dieser Aufnahme berichtete Seitz in einer Besprechungsammlung, die am Donnerstagabend in den „Rustia“-Sälen, Adlerstraße, stattfand. Unter den Beschäftigten stehen die Former in der Zahl von 1170 an der Spitze, davon sind 1073 organisiert, fast sämtlich im Deutschen Metallarbeiterverband. Neben den Formern werden noch 85 Handformer und 663 Maschinenformer angeführt. Ferner sind beschäftigt 557 Kernmacher, 53 Kernmacherinnen, 512 Schleifer und Puffer, 777 Schmelzer und Hilfsarbeiter, 177 Schmiede und Schlosser, 82 Tischler und Zimmerleute.

In den 33 Betrieben in Groß-Berlin sind 4080 Personen beschäftigt, dazu kommen noch 188 Lehrlinge. Das Organisationsverhältnis hat sich stetig gebessert, die Zahl der Selbstigen ist stark zurückgegangen. Unter etwa 1000 Unorganisierten befinden sich noch nicht 200 Gelbe. Von den 4080 Beschäftigten sind 3043 organisiert, davon die überwiegende Mehrzahl im Deutschen Metallarbeiterverband. Nur 9 waren Mitglieder im Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften, und christlich organisiert waren gar nur 7. Den allgemeinen Beschäftigten bezeichnend als glänzend, soweit gegenwärtig die Berliner Eisengießereien in Betracht kommen. Am letzten Sonnabend meldeten sich nur 21 arbeitslose Berufsgenossen.

Außerhalb Berlins ist es vielfach gelungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Eisengießereien etwas zu verbessern und eine bestimmte Ordnung einzuführen. In 356 Betrieben sind feste Einstellungsbedingungen vereinbart worden; in 228 Betrieben wird der Stundenlohn bei Akkordarbeiten garantiert. Folgendes wird in 383 Betrieben ganz, in 355 Betrieben teilweise bezahlt; in 382 Betrieben wird für Fehltag keine Bezahlung geleistet.

In den Berliner Eisengießereien sind die Arbeiter, wie sich aus der Diskussion über Seitz's Referat ergab, mit den bestehenden Verhältnissen durchaus nicht zufrieden. Sie verlangen eine bestimmte Festsetzung der Stundenlöhne, eine Garantie des Stundenlohnes bei den Akkordarbeiten und eine bessere Regelung der Fehltagfrage. Die jetzige Regelung dieser Frage ist unzulänglich und führt fortgesetzt zu Differenzen. — Auf einige Vorurteile in hiesigen Eisengießereien wurde die Aufmerksamkeit der Versammlung gelenkt. Unter anderem wurde dringend gewarnt vor dem Eintritt in gelbe Vereine. In einigen Fabriken, wie bei Loewe, sucht man die Arbeiter durch eine Unterschrift, die von ihnen verlangt wird, zur Mitgliedschaft zu pressen. Mancher Arbeiter glaubt, eine „Fabrikordnung“ zu unterschreiben oder in eine Unterstützungsliste einzutreten; es handelt sich aber gewöhnlich um den gelben Verein.

Gegen ein Gerücht, daß streikende Former von Hartung in Moabit die Polizei zur Beilegung des Streiks anrufen hätten, wandte sich Seitz, indem er erklärte, daß bei dem Streik, der Anfang April stattfand, Leutnant Holte (Moabit's Angehöriger) und ein anderer Leutnant ihre Vermittlung selbst angeboten hätten. Die Streikkommission hatte nichts dagegen einzuwenden und es kam bald darauf zu Verhandlungen mit der Firma, die einen befriedigenden Abschluß fanden. Die Verhandlungen wurden nicht in Gegenwart eines Polizeileutnants geführt. Um seine Beweggründe befragt, antwortete Leutnant Holte, daß es ihm darum zu tun war, einer Reuauflage von Moabit's Kravatten vorzubeugen.

Die Lohnbewegung der Bäcker.

Etwa 60—70 Meister hatten bis gestern beim Bäckerverbande den Abschluß eines Vertrages nachgesucht. Diesen Meistern ist im Laufe des gestrigen Tages ein Vertragsformular zur Unterschrift vorgelegt worden. Der Vertrag bezieht sich bezüglich der Arbeitszeit, der Löhne, der Abschaffung des Kost- und Logiszwanges sowie der sanitären Bestimmungen vollkommen mit dem vom Einigungsamt gefällten Schiedsspruch. Doch weicht er von diesem ab in der Festsetzung des Ruhetages, der Lehrlingskassa und der Arbeitsvermittlung. Der Schiedsspruch wollte eine 36stündige Ruhepause gewähren: Jede Woche in Betrieben mit 5 und mehr Arbeitnehmern, alle zwei Wochen in Betrieben mit 3—4 Arbeitnehmern, alle 4 Wochen (vom 1. April 1913 ab alle 3 Wochen) in Betrieben von 1—2 Arbeitnehmern.

Diese Bestimmung des Schiedsspruchs hat bei den Mitgliedern des Bäckerverbandes besonders lebhaft Unzufriedenheit hervorgerufen, weil sie keinen Fortschritt bedeutet, denn was der Schiedsspruch über den Ruhetag festsetzt, das besteht schon seit Jahren in allen Bäckereien, die mit dem Verbande im Vertragsverhältnis standen. Der jetzt zur Unterschrift vorgelegte Vertrag geht einen Schritt weiter zur schließlichen Verwirklichung des wöchentlichen Ruhetages. Der Vertrag bestimmt, daß der 36stündige Ruhetag gewährt werde jede Woche in Betrieben mit 3 und mehr Arbeitnehmern, alle zwei Wochen in Betrieben mit 1—2 Arbeitnehmern. Vom 1. April 1913 ab sollen auch diese Betriebe den Ruhetag jede Woche gewähren.

Die Lehrlingskassa des Vertrages bestimmt, daß in Betrieben ohne Gesellen nicht mehr als ein Lehrling, bei mindestens zwei Gesellen höchstens zwei Lehrlinge, mehr wie zwei Lehrlinge aber in keinem Betriebe beschäftigt werden dürfen. — Nach der Lehrlingskassa des Schiedsspruchs war die Höchstzahl der in einem Betriebe zugelassenen Lehrlinge drei und zwar bei zwei und mehr Gesellen, während schon in Betrieben mit einem Gesellen zwei Lehrlinge gestattet wurden.

Die Bestimmung des Schiedsspruchs, welche die Errichtung eines zentralen paritätischen Arbeitsnachweises vorsieht, ist ja durch die Ablehnung des Spruches seitens der Meister von selbst hinfällig geworden. Anstelle dieser Bestimmung ist im Vertrage die nachstehende getreten:

„Die Einstellung von Arbeitskräften erfolgt, soweit nicht Sonderverträge mit dem Zentralverbande der Bäcker und Kandidaten dem entgegenstehen, durch den paritätischen Arbeitsnachweis, Müllerstraße 9. Das Bureau des Bäcker- und Kandidatenverbandes nimmt Arbeitsbestellungen Tag und Nacht entgegen.“

Wie man sieht, halten sich die Forderungen, welche der Bäckerverband den zum Vertragsabschluß geneigten Meistern vorlegt, in bescheidenen Grenzen. Selbst in dieser Situation, wo die Innungen im Bunde mit den Selbstigen und unter dem Vorhinein des Herrn Kahardt den Schiedsspruch des Einigungsamts umgestoßen haben, hält sich der Bäckerverband noch in allen wesentlichen Punkten — mit Ausnahme des Ruhetages — an den Schiedsspruch. Die Erweiterung der Ruhetagsforderung ist in der Tat die einzige wesentliche Abweichung. Daß der Verband in dieser Hinsicht seinem Ziele, den Bäckerarbeitern jede Woche einen vollen Ruhetag zu verschaffen, bei dieser Gelegenheit näherzukommen sucht, kann ihm gewiß niemand verdenken.

Eisenplatarbeiter und Ruffcher!

Durch den mit großer Einmütigkeit geführten Streik der Arbeiter von den Konstruktionswerkstätten befinden sich die Herren Arbeitgeber sehr in der Klemme. Täglich kommen Eisenbahnwaggons und Kähne mit Eisen beladen an, die eine sofortige Entladung erfordern. Die notwendigen Arbeitskräfte, die diese Arbeiten verrichten können, fehlen.

Es wird nun versucht, die Entladungen von den Arbeitern derjenigen Firmen ausführen zu lassen, die am Streik nicht beteiligt sind. Die Firma Dellischau läßt ihre ankommenden Ladungen nach dem Eisenplatz von J. E. Degener, Sidingenstraße, dirigieren.

Wie gemeldet, sollen heute ebenfalls wieder einige Ladungen, der Firma Dellischau gehörig, bei J. E. Degener ankommen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß bei anderen Firmen derselbe Versuch unternommen wird.

Wir erlauben unsere Kollegen Platarbeiter und Ruffcher, auf die ankommenden Ladungen genau zu achten und in Fällen, wo Ladungen von streikenden Firmen eintreffen, dem Bureau des Verbandes sofort Mitteilung zu machen.

Jede Art von Streikarbeit ist streng zu vermeiden.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Sektion 5. Industriearbeiter.

Der Streik bei den Vereinigten Berliner Mörkelwerken dauert fort. Die lieben Arbeitswilligen bereiten der Betriebsleitung recht unangenehme Stunden. Viel Geld, gut essen und wenig arbeiten ist bei ihnen die Lösung. Die ganze Ueberredungskunst wird angewandt, um die Streikenden mangelnd zu machen und sie zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, jedoch vergebens. Da auch die Betriebsleitung einsieht, daß mit den Hingemännern nicht zu arbeiten ist, bemüht man sich, aus der Provinz Arbeiter heranzuziehen. Bis jetzt ohne Erfolg. Die bürgerlichen Zeitungen, besonders der „Lokal-Anzeiger“, verbreiten Nachrichten über Streikunruhen und Erzehe, die von Anfang bis Ende erfunden sind. Die Arbeiter der Kalksandsteinfabrik von Guthmann haben sich dem Streik angeschlossen, weil man ihnen zumute, Streikarbeit zu verrichten und mit Arbeitswilligen zu arbeiten. Die Haltung der Streikenden ist musterhaft. Niemand wagt, daß hier Streik ist, wenn nicht durch die Anwesenheit einer ganzen Anzahl berittener Gendarmen das Strafenbild verändert würde.

Die in der Kolonie wohnenden Streikenden erhielten eine Zustellung vom Gericht, worin sie aufgefordert werden, die Wohnungen zu räumen.

Zuzug nach Niederlehme ist streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Ein Ausstand der Porzellanarbeiter ist wegen einer Lohnreduzierung von 4 bis 50 Proz. in Vordamm ausgebrochen. Die Firma Steingutfabrik Vordamm sucht in bürgerlichen Blättern bei hohem Lohn Streikbrecher. Als Anfangslohn für dieselben zahlt sie 3 bis 3,50 M., später, wenn sie eingearbeitet wären, würden sie im Akkord bis 45 M. verdienen. Der höchste Lohn bei den nicht reduzierten Akkordarbeiten betrug wöchentlich 30 M., bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit durchschnittlich 32 M.

Zuzug ist fernzuhalten. Besondere Anstrengungen sind anzusetzen gemacht worden, die bei dem Bau der Berliner Untergrundbahn Beschäftigten als Arbeitswillige zu gewinnen, von denen bereits einige nach Vordamm kamen, welche die Streikenden aber abblieben konnten.

Eine neue Geldentartung der Gelben.

In Melungen bei Kassel hat kürzlich ein Bezirksrat der Bäderinnungen von Kurorten stattgefunden, an dem auch die Leiter der gelben Bädereisenorganisation, Bismarckstr. 11, Berlin und Dreiwitz, Frankfurt a. M., teilnahmen. Diese unternehmerfremden Leute haben einem Bericht der „Marburger Landeszeitung“ zufolge dort alle bisherigen gelben Geldentarten übertrumpft. Als nämlich ein Antrag der Bäderinnung von Marburg zur Beratung kam, der die Herbeiführung eines Reichsbäderbundes von Sonntagabend bis Sonntagabend für das gesamte Bädergewerbe forderte, nahmen auch die beiden Gelben das Wort, um sich entschieden gegen den Antrag zu erklären. Diese sonderbaren Arbeitervertreter haben durch ihre den Arbeiterforderungen und dem sozialen Fortschritt ins Gesicht schlagenden Auslassungen denn auch erreicht, daß der Antrag Marburg mit 65 gegen 52 Stimmen abgelehnt worden ist.

Höher geht's selbst bei den Gelben wohl nimmer! Zeigen die Unternehmer wirklich einmal einigermassen soziales Verständnis für die Verbesserung im Gewerbe und etwas Entgegenkommen den Arbeiterforderungen gegenüber, dann kommen diese gelben Wiederwärtler daher und schlagen diese lokale Befinnung zu Boden.

Zu der Lohnbewegung auf den Rheindampfern.

Die Lohnbewegung der Maschinenisten und Heizer bei der Breunlich-Rheinischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Köln ist mit Erfolg beendet. Bei der Verhandlung am Sonnabend, den 20. Mai, kam ein dreijähriger Tarif zustande, der den Maschinenisten und Heizern eine Lohnerhöhung von 3—5 M. pro Woche bringt. Die bisher gezahlte wöchentliche Sommerzulage von 2 M. für die Monate Mai, Juni, Juli, August und September bleibt bestehen. Die Arbeitszeit im Hafen ist auf 9½ Stunden festgelegt. Der Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer ist anerkannt. — Mit diesem Vertragsabschluß sind die Lohnbewegungen auf den Personendampfern beendet. Die Erfolge für die Arbeiter sind in jeder Beziehung ganz beachtenswert.

Die Differenzen auf der Seeschiffswerft Blohm u. Voß in Hamburg sind erledigt. Die Arbeiter nehmen am Mittwoch, den 25. Mai, die Arbeit wieder auf. Der Kampf wird abgeschlossen, um die schwebenden Verhandlungen über die Einstellungslohne zwischen dem Vorstande des Deutschen Metallarbeiterverbandes und dem Vorstande des Metallindustriellenverbandes Hamburg nicht zu unterbinden.

Achtung, Optiker und Mechaniker! Bei der Aktiengesellschaft Hahn für Optik und Mechanik in Hirschhausen bestehen unhaltbare Arbeitsverhältnisse. Die Firma, die früher selbständig war, aber seit dem 1. Januar d. J. der Berliner Aktiengesellschaft Goery angegliedert ist, hat früher ein einigermaßen erträgliches Verhältnis mit den Arbeitern gepflegt. In allen die Arbeiterangelegenheiten betreffenden Fragen wurde der Arbeiterauschuß gehört. Seitdem Herr Wagner, früher bei Goery, Obermeister ist und der Betrieb nach seinen Maximen geleitet wird, ist das anders geworden. Statt den Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen, beharrt Herr Wagner diese in unerhörter Weise. Bei Einführung der Akkordarbeit wurden die Akkordpreise so niedrig angesetzt, daß ein Verdienen über den Stundenlohn ausgeschlossen ist. Arbeiter, die auf die marxistischen Instrukate der Firma von weit hergekommen sind, erhalten nach kurzer Zeit, wenn sie Herrn Wagner nicht passen, den Stuhl vor die Tür gelegt.

In einer Versammlung haben die beschäftigten Arbeiter zu diesen Zuständen Stellung genommen und, um besonders die von auswärts zureisenden Kollegen vor Schädigungen zu schützen, beschlossen,

über den Betrieb die Sperre zu verhängen. Kein Metallarbeiter irgend einer Branche darf bis auf weiteres bei der Firma Aktiengesellschaft Hahn für Optik und Mechanik wegen Arbeit anfragen oder welche annehmen. Der Betrieb ist unter allen Umständen streng zu meiden.

Metallarbeiter aller Branchen! Im Osnabrücker Stahlwerk sind wegen schlechter Entlohnung Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist bis auf weiteres gesperrt.

Die Ortsverwaltung Osnabrück des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Einigungsversuche im Hamburger Holzgewerbe.

Am 20. d. Mts. trat das Einigungsamt des Hamburger Gewerbegerichts zusammen, um den Versuch einer Einigung zu unternehmen. Es wurde zunächst nur die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises verhandelt. Der Arbeitgeberverband ließ erklären, daß er den paritätischen Arbeitsnachweis anerkennen würde, wenn die Unternehmer berechtigt seien, sich auch anderweitig Arbeitskräfte zu beschaffen, während die Arbeitervertreter betonten, daß der Nachweis ohne Obligatorium wertlos sei. Der Vorsitzende Dr. Bohnen machte den Parteien den Vorschlag, einen paritätischen Arbeitsnachweis einzurichten, doch sollten die Unternehmer die Berechtigung haben, auch außer dem Nachweis Arbeitskräfte einzustellen. Die Arbeitervertreter erklärten, den Vorschlag in dieser Form nicht akzeptieren zu können, weil in der Praxis nach dem Wortlaut des Vorschlages das Obligatorium des Nachweises vollständig beseitigt sei. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen stellte sich heraus, daß sowohl die Arbeitgeber- wie Arbeitervertreter nur in wenigen bestimmten Fällen Einstellungen außer durch den Arbeitsnachweis zulassen wollten; die Arbeitervertreter verlangten, daß diese Fälle genau umschrieben werden sollten. Der Vorsitzende des Einigungsamtes verbandelte darauf, daß das Einigungsamt beschlossen habe, am Dienstag, den 23. Mai, in dieser Frage einen Schiedsspruch zu fällen, der den Parteien dann schriftlich zugestellt werden sollte.

Zum Streik bei den Hafengebäuden in Wilhelmshaven.

Etwa 400 Arbeiter der Firma P. Holzmann u. Co. haben die Arbeit eingestellt, weil die Firma nur 39—42 Pf. Stundenlohn zahlt. Der Tariflohn für das Tiefbaugewerbe am Ort beträgt 52 Pf. für Arbeiter und 58 Pf. für Kammer- und Einbauer die Stunde. Die Arbeiter sind zur Hälfte Deutsche, die übrigen sind Polen und Ruthenen.

Am 18. d. Mts. fanden Verhandlungen statt. Die Forderung der Streikenden lautete auf Anerkennung des Vertrages. Das Angebot der Firma war: den Stundenlohn für die Nachtarbeit von 42 Pf. auf 48 Pf. zu erhöhen. Die Arbeiter der Tagarbeit sollen nach Schichtwechsel abends noch 2 bis 3 Stunden mit anderer Arbeit beschäftigt werden, damit auch für diese der Schichtlohn steigt. Die übrigen Arbeiter, die beim Schichtwechsel nicht in Frage kommen, sollen täglich 13 Stunden arbeiten, damit auch für diese der Tagesverdienst steigt. Dieses Angebot war eine Verkündung der Arbeiter, es wurde in der Versammlung denn auch einstimmig abgelehnt. Hierauf stellte die Firma den Arbeitern eine Bedenkzeit bis zum 19. d. Mts., wer bis dahin nicht die Arbeit wieder aufgenommen hätte, sei als entlassen zu betrachten. Dieser Schiedsspruch ließ jedoch die Streikenden kalt.

Die Firma Holzmann u. Co. führt fast in allen größeren Städten Deutschlands sowie des Auslandes Arbeit aus. Ihre Ausbeutungspraxis geht dahin, daß sie 10 Pf. pro Stunde und darüber weniger zahlt wie die übrigen Firmen in den betreffenden Orten. Um aber einen Lohnausgleich zu schaffen, läßt die Firma P. Holzmann u. Co. täglich 12, 13 und 14 Stunden arbeiten, auch an Sonntagen läßt sie arbeiten. Einen 10stündigen Arbeitstag erkennt die Firma grundsätzlich nicht an, auch dann nicht, wenn am Orte mit der Organisation der Unternehmer für den Tiefbau ein Tarifvertrag abgeschlossen ist.

Zuzug ist streng fernzuhalten!

Die Lohnbewegung der Bäcker in Südwestdeutschland.

Mit der Bäder-Zwangsinnung in Feuerbach bei Stuttgart und dem Zentralverband der Bäcker wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der die Kost im Hause des Meisters beseitigt und einen Mindestlohn von 20 M. pro Woche festsetzt. Außerdem sind die Ferien tariflich geregelt. Während vor den Toren Stuttgarts das Unternehmertum im Bädergewerbe eine Reformierung der veralteten Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Gesellenorganisation durchführte, sträubten sich die Bäckermeister in Stuttgart mit Händen und Füßen, von den bestehenden Zuständen abzulassen. Hier hat die Innung jede Unterhandlung abgelehnt und mit dem gelben Gesellenauschuß einen Tarifvertrag vereinbart, in dem das Bestehende sanktioniert wurde. Von einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist überhaupt keine Rede. Mit diesem Schachzug wird aber die Innung nicht auf ihre Rechnung kommen; jetzt hat sich das Gewerkschaftsamt der Sache angenommen.

In Karlsruhe hat die Innung jede Unterhandlung mit der Lohnkommission abgelehnt, auch die Vermittlungsversuche des Gewerbegerichts vorstehenden sind an dem ablehenden Verhalten der Unternehmervertreter gescheitert.

In Rannheim finden zurzeit Unterhandlungen mit den Unternehmern und Arbeitervertretern vor dem Gewerbegericht statt. Zu einer Einigung ist es dort noch nicht gekommen.

Letzte Nachrichten.

Der französische Ministerpräsident außer Gefahr.

Paris, 22. Mai. (B. L. Z.) Dr. Lannelongue erklärte über den Zustand des Ministerpräsidenten Monis, daß jede Furcht vor einer Komplikation infolge innerer Verletzungen zerstreut sei.

Die Reform des englischen Oberhauses.

London, 22. Mai. (B. L. Z.) Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs des Lord Lansdowne für die Reform des Oberhauses ist heute nach dreitägiger Debatte im Oberhaus einstimmig angenommen worden. Mehrere unionistische Peers sprachen sich gegen einzelne Punkte der Vorlage aus, aber die Mehrheit brachte ihre Billigung der Vorlage zum Ausdruck. Der Kriegsminister Lord Salisbury erklärte, die Regierung erkenne an, daß die Vorlage einen Fortschritt bedeute. Die allgemeine Debatte über die veto-Bill wird im Oberhaus morgen beginnen.

Aus der österreichischen Wahlkagation.

Lemberg, 22. Mai. (B. L. Z.) In einer Wählerversammlung des Paters Semp, der wegen russophiler Agitation von seinem geistlichen Amte entsetzt worden ist, kam es gestern in Lipica Dolna zu blutigen Ausschreitungen, bei denen ein Bauer getötet wurde.

Weitere Hubsnachrichten aus dem Reiche der Aviatik.

Delfau, 22. Mai 1911. (B. L. Z.) Der Kaiser Theile aus Bernburg unternahm einen Aufstieg mit einem selbstkonstruierten Flugapparat. In einer Höhe von etwa 10 Metern überschlug sich der Apparat. Theile stürzte auf die Erde und wurde schwer verwundet.

Reims, 22. Mai 1911. (Meldung der „P.-C.“) Ein neuer Flugunfall hat sich schon wieder auf dem Flugplatz von Vichy ereignet. Der bekannte Flieger Bardeau stürzte heute aus beträchtlicher Höhe mit seinem Apparat herab. Sofort herbeigeeilte Hilfsmannschaften zogen den Verunglückten vorsichtig unter den Trümmern seines Apparates hervor. Bardeau, der eine Schulter gebrochen hatte, war ohne Bewußtsein und mußte in die Klinik von Reims übergeführt werden.

Clampes, 22. Mai. (B. L. Z.) Der Flieger Frey ist heute auf dem Flug Paris—Madrid bei Madrid abgestürzt, sein Flugzeug wurde zertrümmert. Frey selbst blieb unverletzt.

Die Reichsversicherungsordnung

im Plenum des Reichstages.

Zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung haben die Kompromißparteien ebenfalls eine lange Reihe sozialdemokratischer Verbesserungsanträge, in fast allen Fällen ohne Debatte, niedergestimmt.

Versicherungspflichtig sind in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die versicherungspflichtigen Personen erst vom vollendeten 16. Lebensjahre ab. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die versicherungspflichtigen Personen von dem Zeitpunkt ab versicherungspflichtig werden, in dem sie in die versicherungspflichtige Beschäftigung eintreten.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ferner ist die Versicherungspflicht der Handlungsgehilfen und sonstigen Angestellten auf die Personen beschränkt, deren Jahresarbeitsverdienst nicht mehr als 2000 M. beträgt. Die Sozialdemokraten beantragten, daß alle Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 5000 M. versicherungspflichtig sein sollten.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ganz von der Versicherungspflicht ausgeschlossen sind die Hausgewerbetreibenden. Die Sozialdemokraten beantragten, die Versicherungspflicht auch auf diese Personen auszudehnen.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Eine Beschäftigung, für die als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird, ist versicherungsfrei. Die Sozialdemokraten wollten diese Beschränkung der Versicherten gestrichen haben.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Der Bundesrat bestimmt, wie weit vorübergehende Dienstleistungen versicherungspflichtig bleiben. Diese schwere Schädigung namentlich ausländischer Arbeiter sollte nach dem Antrage der Sozialdemokraten gestrichen werden.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes werden für die Versicherten fünf Lohnklassen gebildet, von denen die höchste die Versicherten mit einem Lohne von mehr als 1150 M. pro Jahr umfaßt. Die Sozialdemokraten beantragten, daß noch drei weitere Lohnklassen bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 2550 M. und mehr gebildet werden, weil sich danach auch die Beiträge und Leistungen abtufen.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse sollte bei einem Teil der Arbeiter der Ortslohn maßgebend sein. Die Sozialdemokraten beantragten, daß in allen Fällen, in denen der tatsächliche Verdienst höher ist als der Ortslohn, auch der tatsächliche Verdienst maßgebend sein soll.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Gegenstand der Versicherung sind Invaliden- oder Altersrenten sowie Renten, Witwengeld und Waisenaussteuer für Hinterbliebene. Die Sozialdemokraten beantragten, daß den Invalidenempfängern im Falle der Krankheit auch der Arzt gestellt und die Arzneimittel geliefert werden.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Invalidenrente erhält der invalide Versicherte. Als invalid gilt der, der nicht mehr ein Drittel des Verdienstes körperlich und geistig gesunder Personen derselben Art, mit derselben Ausbildung in derselben Gegend verdienen kann. Die Sozialdemokraten beantragten, daß bereits der als invalid gelten

soil, welcher nicht mehr die Hälfte jenes Verdienstes verdienen kann.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Altersrente erhält der Versicherte vom vollendeten 70. Lebensjahre an. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Altersrente vom vollendeten 65. Lebensjahre an gewährt werde.

Abgelehnt von den Kompromißparteien, (mit Ausnahme einiger Zentrumsabgeordneter und mehrerer Nationalliberalen.)

Witwenrente erhält die dauernd invalide Witwe des Versicherten. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Witwenrente allen Witwen der Versicherten, also auch den noch nicht invaliden Witwen gewährt werde.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß die noch nicht dauernd invalide Witwe wenigstens nach zurückgelegtem 70. Lebensjahre die Witwenrente erhalte.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Waisenrente erhalten nur eheliche Kinder. Die Sozialdemokraten wollten Waisenrente auch für die unehelichen Kinder bewilligt haben, denen der Verstorbene nach gesetzlicher Pflicht Unterhalt gewährt hat.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Der Anspruch der Hinterbliebenen eines Ausländers, die sich zur Zeit seines Todes gewöhnlich nicht im Inlande aufhalten, beschränkt sich auf die Hälfte der Bezüge ohne Reichszuschuß. Die Sozialdemokraten beantragten, daß diesen Hinterbliebenen der ganze Betrag der Bezüge ohne Reichszuschuß gewährt werde.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Um die infolge einer Erkrankung drohende Invaldität eines Versicherten oder einer Witwe abzuwenden, kann die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren einleiten. Die Sozialdemokraten beantragten dazu den Zusatz, daß die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren einleiten muß, wenn es zur Abwendung einer infolge einer Erkrankung drohenden Invaldität erforderlich erscheint und der Versicherte es beantragt.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Angehörige des Erkrankten, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, erhalten während des Heilverfahrens ein Hausgeld; es beträgt, wenn ihm nach der Krankenversicherung nicht mehr zustand, ein Viertel des Ortslohnes für erwachsene Logearbeiter. Die Sozialdemokraten beantragten, daß das Hausgeld diesen Betrag mindestens erreichen muß, aber je nach den Verhältnissen auch erhöht werden kann.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß, wenn der Versicherte mehrere Kinder unter 15 Jahren hat, die Frau und jedes Kind unter 15 Jahren mindestens je 20 Proz. des Ortslohnes, höchstens aber zusammen den vollen Betrag des Ortslohnes erhalten sollen.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Eine entsprechende Erhöhung des Hausgeldes beantragten die Sozialdemokraten auch für diejenigen Versicherten, die einer Krankenkasse angehören und in einer Heilanstalt untergebracht werden.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Anwartschaft auf die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung erlischt, wenn während zweier Jahre weniger als 20 Wochen Beiträge entrichtet worden sind. Jedoch lebt die Anwartschaft wieder auf, wenn der Versicherte in die Versiche-

rung wieder eintritt und danach eine Wartezeit von 200 Beitragswochen zurücklegt. Für diejenigen Personen aber, die bei dem Wiedereintritt in die Versicherung das 40. Lebensjahr bereits vollendet hatten, ist das Wiederaufleben der Anwartschaft sehr erschwert worden. Die Sozialdemokraten wollten diese schwere Schädigung der Versicherten in den Fällen ausschließen, in denen der Versicherte wieder in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eingetreten und dadurch nach dem Gesetz gezwungen ist, die Versicherung wieder zu beginnen.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Sozialdemokraten wollten den ganz ungenügenden Betrag der Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrente ganz bedeutend erhöhen.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Fabrik-, Seemanns- und ähnliche Kassen können die Invaliden-, Alters- oder Hinterbliebenenunterstützung, die sie ihren versicherten Mitgliedern geben, um einen Teil der Bezüge nach der Reichsversicherungsordnung kürzen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese schwere Schädigung der Versicherten beseitigt werde.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ebenso ermäßigen sich die Unterstützungen, die Knappschaftsvereine oder Knappschaftsklassen den Hinterbliebenen ihrer reichsgesetzlich versicherten Mitglieder geben, um den halben Wert der reichsgesetzlich Bezüge der gleichen Art. Auch diese Schädigungen der Vergarbeiter wollten die Sozialdemokraten gestrichen haben.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Der Vorschlag der Invalidenversicherungsanstalten muß der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden. Die Aufsichtsbehörde kann ihn beanstanden nicht nur, wenn er gegen Gesetz oder Satzung verstößt, sondern auch, wenn er nach der Meinung der Aufsichtsbehörde die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalt gefährdet. Dies ist die Bestimmung, durch die das Heilverfahren der Versicherungsanstalten eingeschränkt werden soll. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Beanstandung nur dann zulässig sein soll, wenn der Vorschlag gegen Gesetz oder Satzung verstößt.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner, daß die Versicherungsanstalten insbesondere auch das Arbeiterwohnwesen fördern können.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Sozialdemokraten wollten Sonderanstalten nur noch zulassen, wenn sie bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits bestehen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten: Solchen Versicherten, die bisher in einer Sonderanstalt versichert waren, soll für den Fall, daß sie anderweitig versicherungspflichtig werden, die Anwartschaft auf Leistungen an die Witwen und Waisen gegen Zahlung eines Beitrags erhalten bleiben.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Steigerung der Renten für die Wochen der Militärdienstzeit muß nach dem geltenden Gesetz das Reich bezahllen. Diese Last ist jetzt der Versicherungsanstalt auferlegt worden und muß daher durch die Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeiter gedeckt werden. Die Sozialdemokraten beantragten, diese Steuer wieder zu streichen.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Satzung der Krankenkasse kann bestimmen, daß bei einer Krankheit, die Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalls ist,

Terwin als schmiegfam verführerische, sieggewohnte Lulu in den ersten Akten.

Humor und Satire.

Ein deutscher Mann.

Bürgermenschen, seht, wen ich hier habe, Salutiert und ruft: Das Ganze halt! Dieser deutsche Mann heißt Doktor Schwabe, Und ist Rechtsanwalt. Wird betraut dem Paragrafensetzen Im Gebärenordnungsparadies Stieh er eines Tags auf den Kollegen, Welcher Liebsrecht hieß.

„Wie?“ sprach Schwabe mit erregten Nerven, „Ist nicht dieser Name schon fatal! Und wozu — wenn die's auch machen dürfen — Ist man national?“

Als er solches noch mit Schmerz bedachte, Kam's, daß Liebsrecht eine Rede schwang, Wo er Kitzel ausen madig machte Und mit Schimpfe mang.

Dieser Vorgang goh dem deutschen Manne, Welcher immer noch Herr Schwabe hieß, Das ersehnte Wasser auf die Pfanne; Und er lachte dies.

Mit den Händen, die er oftmals redte Wegen Ungerechtigkeiten (und gegen bar!), Schrieb er: Dieser L. ist ein Subjekte, Wie sein Vater war.

Dieser Schuß aus dem Kollegenlöcher Traf nun sonderbarerweise nicht, Was zur Folge hat, daß Jordan Kröcher Fast die Plage kriegt.

Aber einer wankt einher am Stabe, Und man grüßt ihn zwar und etwas kalt. Dieser deutsche Mann heißt Doktor Schwabe Und ist Rechtsanwalt.

(V. Scher im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Schiller-Manuskripte, die der Berliner Theateranstaltung aus Weimar geliehen waren, gelangten an eine falsche Adresse zurück, wurden vernichtet, rekonstruiert — und jetzt glücklich wiedergefunden. Von den vielen Instanzen, die dabei in Frage kommen, ist natürlich keine schuld daran.

— Mahlers Nachlaß enthält u. a. eine neunte Sinfonie, die bereits im Druck ist, sowie außer Viederkompositionen den Chor „Das klagende Lieb“.

— Der erste Kongreß für Luftschifferrecht. In Paris wird am 31. Mai unter dem Vorsitz von Millerand der erste Kongreß des Internationalen juristischen Komitees für Luftschiffahrt abgehalten werden. Das Komitee vereinigt in sich die Juristen aller Länder, die sich besonders mit der Luftschiffahrt beschäftigen.

Kleines feuilleton.

Die Zukunft des Dachgartens. Es wäre wirklich eine Tat ausgleichender Gerechtigkeit, wenn die Gärten, die dem Großstädter zu ebener Erde immer mehr beschnitten werden, sich wenigstens in luftiger Höhe, wo die Verhältnisse in klimatischer Hinsicht noch besser sind, eine Ergänzung fänden. Eigentlich ist doch gar nicht einzusehen, warum sich nicht mit der Zeit über die Dächer der Großstädte hinweg ein einziger Garten verbreiten sollte. Diese Entwicklung hat endlich begonnen, aber sie ist noch weit von dem entfernt, was aus ihr werden könnte und sollte. So lange es noch viele Häuser gibt, die auf ihren Dächern gar keinen oder einen nur kleinen ebenen Raum besitzen, wird die Einrichtung von Dachgärten beschränkt bleiben. Aber zunächst sollten alle flachen Dächer dazu ausgenutzt werden, und dann würde wohl das Beispiel dazu führen, daß neue Häuser schon mit Rücksicht darauf gebaut werden. Mit einem Wort: die Dachgärten müssen Mode werden. Ganz besonders in den Häusern, wo das Vorhandensein eines Aufzugs auch die Nähe des Treppensteigens überflüssig macht, muß ein Dachgarten jedem Hausbewohner hoch willkommen sein.

Die Proben, die in letzter Zeit gelegentlich in Wort und Bild von Berliner Dachgärten gegeben worden sind, konnten wohl zur Nachahmung anreizen. Mit gutem Willen und dem Aufwand von verhältnismäßig wenig Arbeit und Kosten läßt sich auf dem Dach eines Weisshauses ein Garten von gar nicht geringer Ausdehnung heranzubauen. Selbstverständlich wird sich eine solche Anlage nicht beliebig auf einem Hause gestalten lassen, bei dessen Bau von vornherein darauf nicht gerechnet worden ist. Abgesehen von dem vielleicht arg beschränkten ebenen Raum, muß darauf Bedacht genommen werden, daß eine reichliche Bewässerung des Gartens zu keinen Unzuträglichkeiten führt und namentlich werden Sicherungen nötig sein, die der Gefahr eines Absturzes auf alle Fälle vorbeugen. Die Frage ist freilich, wie weit man in solchen Dachgärten auch Räume ziehen und damit für natürlichen Schatten sorgen kann. Einmal ist das jedoch nicht die Hauptfrage, und ferner leidet die Beobachtung, daß sich sogar im Rouverwerk Räume und Sträucher ansiedeln und zu stattlicher Größe auszuwachsen können. Allerdings wird das mit Recht kein Hausbesitzer dulden wollen, aber es beweist die Möglichkeit, in verhältnismäßig wenig Erde in einem Dachgarten das gleiche zu erzielen. Das Wesentliche ist, daß ein Dachgarten die Gelegenheit zum Aufenthalt in Licht und Luft bietet, die beide kräftiger wirken als in der staubgefüllten Atmosphäre in unmittelbarer Nähe des Erdbodens und des Straßenpflasters.

Theater.

Modernes Theater (Vorstellung der Gesellschaft „Pan“): „Die Waise der Pandora“, Tragödie von Franz Wedekind. Das Stück, das seinerzeit dem Verfasser eine Anklage eintrug und nirgends die Genehmigung der Zensur für öffentliche Aufführungen fand, ist mehr als anderthalb Jahrzehnte alt — eine Fortsetzung des „Erdgeist“, der in der glänzenden Darstellung des Kleinen Theaters später Wedekinds Theatererbum begründet hat. Er kam in Mode, man hob ihn als Pfadfinder auf den Schild, die

krausen, launischen Absonderlichkeiten wurden als Ausdruck einer in neuen Stilarten sich auslebenden originalen Künstlerindividualität gedeutet. Die Macht, die er symbolisch „Erdgeist“ nennt, ist die Macht einer von jeder tieferen Seelenregung losgelassen, rein animalischen Instinkten hingeebenen, ringum Verderben stiftenden Weibnatur. Außerlich und unvermittelt, ohne Zusammenhang und Steigerung reihen sich die Begebenheiten wie ein buntes Puppenspiel aneinander. Das ganze Werk hindurch führt Lulu im Grunde immer dieselbe Verführungsgene auf. Die Handlung arbeitet mit einem weitläufigen Apparat von gewaltsamkeiten, der hart an das Gebiet des Melodramatischen freist. Nur in den Streiflichtern burtelst und schmerzlich schillernder Ironie blüht es lebendig auf.

In der „Waise der Pandora“ tritt dieser Spötterzug fast völlig zurück. Die Fäufung des Häßlichen und Graufigen erstickt die Lust zu einem solchen Spiel der Phantasie. Das Drum und Dran der Handlung aber ist noch um vieles umständlicher und komplizierter geworden. Lulus Befreiung — sie schoß am Schluß des ersten Stückes ihren Gatten nieder und ist von dem Gericht in der Zwischenzeit zu vieljährigem Gefängnis verurteilt worden, gemahnt an einen großen, sensationell vertiegnen Kriminalroman. Die Gräfin Bewähig ein bedauerenswürdiges Zwitwergschöpf, das in wohnsinniger Liebesleidenschaft an Lulu hängt, verhilft ihr zu einer kleinen Choleraerkrankung und dann, nachdem sie in das Lazarett geschafft ist, im Bund mit einem Artisten und dem jungen Doktor Schön, dem Sohne des Gemordeten, zur Flucht. Im zweiten Akt findet man die Gesellschaft in einem Pariser Demimonde-Salon unter aufgepumpten Gläsern, Saunern und Dinen. Lulu hat ihren Doktor, der im ersten Akt noch Gewissensstrudel ähuzerte, bereits vollkommen ausgeplündert und vergnügt sich damit, ihn, wie zuvor den Vater, mit anderen Männern zu betrügen. Der Hauptliebhaber, Spizel und Rädchenhändler im Nebenamt, will sie an ein ägyptisches Vordell verhandeln und droht ihr, wenn sie sich widersetze, mit der Anzeige bei der Polizei. Auch der Artist entpuppt sich als Erpresser. Sie schiebt ihn ab, indem sie ihre blind ergebene Sklavin, die Geschwiz, auf ihn hegt und die beiden, die sich innerlich verabscheuen, unter phantastischen Lügen aneinander kuppelt. Es sind das Szenen von krasser Unwahrscheinlichkeit, die ihren Jwed: Mitleid und Interesse für das arme, sich in perversem Sebnen hoffnungslos verzehrende, zu jedem Opfer bereite Wesen zu erregen, gründlich verfehlen.

Eine schneidend qualvolle Vision menschlichen Jammers ziehen die letzten Bilder, deren Wirkung durch strafferes Zusammenziehen noch sehr gesteigert werden könnte, vorüber. Lulu haust mit ihrem kranken, durch sie krank gewordenen Doktor und ihrem alten Vertrauten, dem grauhaarigen Sänder Schigold, in einem dunklen Londoner Bodenraum, und holt sich, ein paar Schillinge zu verdienen, Gäste von der Straße herauf. So findet die Geschwiz ihr bewundertes Idol und legt sich mit schrillum Fluche auf das Leben, die Schlinge um den Hals. Lulu, die Verberberin, endet unter dem Messer eines vertierten Schensals. Ja, der Ausschliker, hat sich zu ihr geschlichen.

In der Aufführung wirkten zum Teil dieselben Künstler mit, die das Stück neulich in einer Münchener Vereinsvorstellung gespielt hatten. Albert Steinrück, der den Schigold höchst prägnant charakterisierte, führte die Regie. Sehr gut war auch Maria Mayer in der schweren Rolle der Geschwiz und Johanna

für die Zeit, für die eine Unfallrente oder Heilungskosten ge-
währt wird, nicht das volle Krankengeld gewährt wird. Von dem
Krankengeld kann nur der Betrag gewährt werden, der den Betrag
der Unfallrente übersteigt. Diese ganz unberechtigte Schädigung
eines Berufsgenossen wollten die Sozialdemokraten gestrichen
haben.

Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Reichstag.

181. Sitzung. Montag, den 22. Mai,
mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: Regierungskommissare.
Die zweite Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt beim 6. Buch: Verfahren.

§ 1546 bestimmt, daß der Verletzte oder seine Hinterbliebenen
beim Verfahren zur Unterbrechung des Unfalls erwachsene Angehörige
oder andere geeignete Personen als Beistand zu den Verhandlungen
zuziehen können. Die Kommission hat hier eingefügt, daß als Bei-
stand keine Personen zugelassen werden, die das Verhandeln vor
Behörden geschäftsmäßig betreiben.

Abg. Busold (Soz.)

Begründet hierzu einen sozialdemokratischen Antrag, die von der
Kommission eingefügte Bestimmung wieder aufzuheben, da sie nur
dazu dienen würde, dem Verletzten den Beistand von Arbeiter-
sekretären zu entziehen.

Der Antrag wird abgelehnt mit allen gegen die Stimmen
der Sozialdemokraten.

Weim § 1547 hat die Kommission bestimmt, daß die Kosten für
die Hinzuziehung von Sachverständigen zur Feststellung des Unfalls
der Antragsteller zu tragen hat.

Abg. Brähne (Soz.)

Begründet einen sozialdemokratischen Antrag, die Regierungs-
vorlage wieder herzustellen, wonach nicht der Antrag-
steller, sondern der Versicherungsträger die Kosten für den Sach-
verständigen zu tragen hat.

Der Antrag wird mit allen gegen die Stimmen der Sozial-
demokraten abgelehnt.

§ 1560 regelt das Verfahren bei Erhebung des Einspruchs des
Verletzten gegen die Festsetzung der Unfallrente. Danach kann die
für den Erfolg des Bescheides zuständige Stelle bestimmen, ob
der Verletzte vor ihr oder vor dem Versicherungsamt vernommen
werden soll.

Abg. Schmidt (Soz.)

Begründet einen sozialdemokratischen Antrag, daß die Vernehmung
des Verletzten vor dem Versicherungsamt erfolgen soll. —
Es ist bedauerlich, daß in den Kommissionsbeschlüssen die Einheits-
lichkeit des Verfahrens in der Versicherung nicht herbeigeführt ist.
In der Krankenversicherung entscheidet das Versicherungsamt, bei der
Unfallversicherung ist es begutachtende Behörde. Nach den vorliegen-
den Beschlüssen hat das persönliche Anhören des Verletzten vor dem
Versicherungsamt gar keinen Wert. Das Verfahren ist
so kompliziert, daß ein Arbeiter sich gar nicht in dem
Wahl der Bestimmungen zurecht finden kann. Der Beistand eines
sachkundigen Arbeitersekretärs ist ihm aber durch die vorhergehenden
Beschlüsse verweigert. Das von der Kommission vorgesehene Verfahren
ist einer der wunden Punkte in der ganzen Versicherungsordnung,
es wird dem Verletzten unendliche Schwierigkeiten machen, zu
seinem Recht zu kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-
kraten.) Dieser Zustand kann auf die Dauer nicht in der
Reichsversicherungsordnung bestehen bleiben. Es muß zu dem
alten Aufbau des Verfahrens zurückgegriffen werden oder das Ver-
fahren selbst muß eine unabhängige Instanz sein, die selbständig
zu entscheiden hat. Die Kritik an der Art des Verfahrens konnte
leider nach den Beschlüssen der zweiten Lesung nicht genügend zum
Ausdruck kommen, sie wäre sonst von sachverständiger Seite ver-
nichtend ausgefallen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Fleischer (Z.): Der Vorredner hat an dem Verfahren
außerordentlich heftige Kritik geübt, die von ihm geäußerten
Befürchtungen werden sich in der Praxis aber nicht verwirklichen.
Auch wir halten das Verfahren nicht für ein ideales, wir
bewegen uns dabei eben auf dem Boden des Kompromisses.
Immerhin hat das jetzt vorgeschlagene Verfahren
besonders durch seine Regelung der Artzfrage sehr erhebliche Vorzüge
für die Arbeiter. Die Kritik des Vorredners war einseitig. Das
Verfahren bedeutet einen bemerkenswerten Fortschritt für die Ar-
beiter. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Dr. Müggen (Sp.): Der Vorredner hat ganz übersehen,
daß man dem Verletzten in etwa 65 Proz. aller Fälle den
Rekurs genommen hat und daß nur für diese Fälle das
Einspruchsverfahren gilt, das nicht im mindesten einen Ersatz bieten
kann. Tatsächlich bedeutet das Verfahren eine große Schädigung
für die Arbeiter. Es wird von „Dauerrenten“ ge-
sprochen, obwohl es keine Dauerrenten sind, vom „Ver-
sicherungsamt“, obwohl es sich nur um eine vornehmende
Person handelt. Abgeordneter Schmidt hat völlig recht
mit der Meinung, daß dieses Verfahren nur zu einer
Verleppung der Sache führen kann und es den Verletzten
erschwert, ihr Recht zu finden. Bei der Kompliziertheit des Ver-
fahrens ist die Zulassung von Arbeitersekretären sehr notwendig, sie
wird sogar von den Berufsgenossenschaften selbst gewünscht.
Dr. Fleischer ist also berufsgenossenschaftlicher als die Berufs-
genossenschaften selbst. (Beifall links.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): So ganz ungewöhnlich, wie es
die Gegner von der linken Seite darstellten, ist das hier vorgeschlagene
Verfahren doch nicht. Das gegenwärtige Verfahren ist doch durchaus
nicht ideal. Ich habe während der Osterferien mit den Arbeiter-
sekretären und Rechtschutzbeamten meiner Gewerbetreibenden verhandelt
und alle haben mir gesagt, das vorgeschlagene Verfahren sei dem
bisher üblichen vorzuziehen.

Abg. Wollensbühr (Soz.):

Wenn die Sachen immer so einfach lägen, wie Dr. Fleischer be-
hauptete, ja, dann brauchen wir eigentlich gar kein Ver-
fahren. Mein Freund Schmidt hat aber nachgewiesen und
keiner hat die Darstellung entkräften können, was für komplizierte
Fälle nicht nur möglich sind, sondern auch tatsächlich vor-
kommen und vorgekommen sind. Das verwickelte Ver-
fahren nun, das § 1560 in der Kommissionsfassung vorgeschlägt, macht
es dem Verletzten schwer, zu jeder Zeit einen sachverständigen Ver-
treter zu haben, während die Berufsgenossenschaften
naturgemäß stets über sachverständige Ver-
treter verfügen. Der Vertrauensmann der Berufsgenossen-
schaft hat unumschränkten Zutritt;

die Zuziehung gemeinschaftlicher usw. Vertrauensmänner
kann verhindert werden.

Wieder werden also Arbeiter und Unternehmer mit verschiedenem
Rang genießen. Selbst die Berufsgenossenschaften erheben Ein-
wendungen gegen die vorgeschlagene Fassung des § 1560. Man
sagt uns: der Versicherungsamtmann ist der natürliche Anwalt der
Verletzten. Auf dem Lande ist der Versicherungsamtmann durchweg
— der Landrat. Der Vertrauensmann der landwirtschaftlichen
Unternehmer soll also der Rechtsbeistand der klagenden Arbeiter sein!
(Hört! hört! bei den Soz.) — Man spricht von der Notwendigkeit,
das Reichsversicherungsamt zu entlasten. Dann hätte man nicht
eines derart schlechte untere Instanz schaffen sollen. (Lebhafte Zu-
stimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Beder-Krönberg (Z.): Ich lüchle die Kommissionsfassung zu
rechtfertigen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Bei der Krankenversicherung hat man das Versicherungsamt mit
den Befugnissen einer Spruchkammer ausgestattet; bei der Unfall-
versicherung aber nicht. Das macht im ersten Fall handelt es sich
um Krankenkassen, im zweiten um Berufsgenossen-
schaften. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Distinktion schiebt. Unter Ablehnung aller Ab-
änderungsanträge (gegen Sozialdemokraten und einen Teil der Fort-
schrittler) wird § 1560 in der Kommissionsfassung angenommen.
§ 1610 bestimmt, daß der Vorsitzende der Spruchkommission
in allen Sachen ohne mündliche Verhandlung eine Vorentscheidung
treffen kann.

Abg. Wollensbühr (Soz.)

Begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung dieses
Paragraphe.

Der Antrag wird abgelehnt.
§ 1620a überläßt dem Vorsitzenden in öffentlicher mündlicher
Verhandlung allein die Entscheidung über Leistungen der Kranken-
versicherung, wenn es sich um Leistungen im Gesamtwerte von
weniger als 50 M. handelt.

Abg. Wollensbühr (Soz.)

empfehlte kurz einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung dieser
Bestimmung.

Der Antrag wird abgelehnt.
Die §§ 1630 und 1630a behandeln das Verfahren vor dem
Oberversicherungsamt.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt die Streichung
des Absatz 2 im § 1630a, wonach in Sachen der Seemannsversicherung
für die Zuständigkeit des Oberversicherungsamtes der Heimatorten
desjenigen Fahrzeuges oder der Sitz desjenigen Betriebes maßgebend
sein soll, in welchem sich der Unfall ereignet hat.

Abg. Schwarz-Libek (Soz.):

Der Absatz 2, den wir zu streichen beantragen, bedeutet für
die Seeleute eine Ausnahmebestimmung. Sie
werden durch diese Bestimmung außerhalb des geltenden Rechts ge-
stellt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Schiffs-
besitzer kommen meist aus Mittel- und Süddeutschland. Sie werden
später, auch wenn sie sich verheiraten, nicht in den Küsten-
städten anständig, sondern lassen häufig ihre Familie in der
Heimat. Will man für diese Seeleute Ausnahmebestimmungen
schaffen, dann wird es bei einer eben. Rentenherabsetzung dem im
Inlande wohnenden Schiffsmann geradezu unmöglich sein, wegen
der hohen Reisekosten, seine Rentenansprüche bei dem an der Küste
sitzen Oberversicherungsamt zu vertreten. Diesen Stand-
punkt hat bisher auch die Regierung eingenommen. Ich bitte Sie
im Interesse der vielen Seeleute, die Ausnahmebestimmung für sie
zu streichen und unserm Antrag zuzustimmen. (Beifall bei den
Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 1645 bestimmt, daß die Spruchkammer nicht dadurch beschluß-
unfähig wird, wenn außer dem Vorsitzenden nur je ein Beisitzer aus
den Arbeitgeber- und Versicherungsrichtern ist. Wenn drei Beisitzer
erhalten sind, scheidet aus der doppelt besetzten Gruppe der jüngere
Beisitzer aus.

Abg. Schmidt (Soz.)

empfehlte einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung dieses
Paragraphe.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.
Der Rest der Vorlage wird unter Ablehnung aller Änderungs-
anträge ohne wesentliche Debatte angenommen. (Bravo!
rechts.)

Die am Sonnabend vertagte namentliche Abstimmung über
§ 1841 wird auf 5 Uhr verschoben.
Es folgt die

erste Beratung des Handelsvertrages mit Schweden.

Staatssekretär Delbrück (zunächst schwer verständlich) gibt einen
Ueberblick über die Verhandlungen. 1910 betrug die deutsche
Ausfuhr nach Schweden 100, die Einfuhr aus Schweden 164
Millionen; das ergibt eine allseitige Handelsbilanz im Betrage von
26 Millionen. Jedoch spielt im Gesamthandel Schwedens der
Handel mit Deutschland eine bei weitem größere Rolle als
der Handel mit Schweden im deutschen Gesamthandel. In-
dessen geht das deutsche Interesse über die ziffermäßige
Beteiligung des Handels hinaus; die Einfuhr aus Schweden umfaßt
ganz überwiegend Rohstoffe und Halbfabrikate, die in
Deutschland bearbeitet bzw. weiter bearbeitet werden. Die deutsche
Industrie ist also sehr stark am Handelsvertrage mit Schweden
interessiert.

Trotz aller Bemühungen ist es nur teilweise gelungen, eine Er-
höhung der schwedischen Zollsätze auf deutsche Waren über den jetzigen
Betrag zu verhindern, nur in ganz besonderen Fällen ist eine
Herabsetzung erfolgt. Als wertvolles Zugeständnis darf der Ver-
zicht Schwedens auf Eisenerz ausfuhrzölle während der
Dauer des Handelsvertrages betrachtet werden. — Wichtiger als die
erlangte Herabsetzung der bisherigen Zölle auf Wolle, Wolle-
stoffe, Eisenwaren, emaillierte Geschirre usw. ist es, daß uns eine be-
trächtliche Herabsetzung der hohen Zölle des autonomen schwedischen
Zolltarifs gelungen ist; wenn auch trotzdem bei manchen Waren die
neuen Vertragzölle höher sind als die bisherigen. In einigen
Fällen, in denen es nicht möglich war, eine Bindung zu erlangen,
ist wenigstens eine Maximalgrenze festgelegt worden, über die
hinweis Schweden seinen Zoll auf die betreffende deutsche Ware nicht
erhöhen darf. Um diese Konzessionen zu erhalten, mußten
wir Zugeständnisse in bezug auf Plastersteine und grobe
Zirkelwaren machen. Wir haben uns sehr geäußert gegen
diese Zugeständnisse, aber aus wohlwolligen Gründen gelangten
wir zu der Ueberzeugung, daß wir an dieser Frage nicht den
Handelsvertrag scheitern lassen konnten. Auch haben wir immerhin
zugunsten der deutschen Hartsteinindustrie eine Erhöhung des Zolles
auf schwedische Vordrücke durchgesetzt. — Im allgemeinen kann ich
sagen, daß es uns — übrigens unter Zuziehung und Anhörung von
Mitgliedern des wirtschaftlichen Ausschusses und Interessendirektoren
in allen Stadien der Verhandlung — gelungen ist, zu erreichen,
was überhaupt erreichbar ist, und ich bitte daher um
Zustimmung des Reichstages zu dem neuen Vertrage.

Abg. Sped (Z.): Es läßt sich nicht bestreiten, daß der alte
Handelsvertrag mit Schweden dem deutschen Handel im allgemeinen
von Nutzen gewesen ist; es kann aber nicht geleugnet werden, daß
die Handelsbilanz, wenn sie auch altid geblieben ist, sich für uns
ungünstiger gestaltet hat. — Der neue Handelsvertrag hat
unsere Position nicht verbessert, sondern verschlechtert!
Das ist die allgemeine Auffassung und zwar ohne
Unterschied der wirtschaftspolitischen Stellung. Wichtige Inter-
essen sind preisgegeben worden. Allerdings befanden sich
unsere Unterhändler in einer schwierigen Lage; denn wenn in
einem Lande ein hochauflörender Tarif eingeführt wird, be-
findet sich stets der erste Staat, der mit diesem Lande einen
Handelsvertrag abschließt, in besonders ungünstiger Lage. — We-
dauerlich ist, daß kein Vertreter der deutschen Plastersteinindustrie
zu den Handelsvertragsverhandlungen zugezogen worden ist. (Hört!
hört!) Die Preisbegünstigung bedeutet für Schweden sehr erhebliche
Vorteile, während sie für Deutschland gleich Null ist. (Sehr
richtig!) Es lautet die Frage auf, ob es richtig ist, die Preis-
begünstigungsklausel in alle Verträge aufzunehmen. Es scheint mir
richtiger, Tarifverträge abzuschließen, bei denen jeder Leistung eine
Gegenleistung gegenübersteht. (Sehr richtig!) Als ich hier im Reichstag
zurzeit meine Ausführungen über die Plastersteinindustrie machte, da rief
mir Abg. Scheidemann zu, meine Ausführungen stimmten nicht mit
den Wünschen der Steinarbeiter überein. Inzwischen haben wir
vielleicht Arbeiter gesagt, daß tatsächlich die schwedische Plaster-
steinindustrie die Ursache für die schlechten Beschäftigungsverhält-
nisse in der Plastersteinindustrie sei. (Widerspruch bei den Sozial-
demokraten.) Ja, es ist merkwürdig, daß die Herren von der
äußeren Linken nichts dagegen tun, wenn durch die Zollfreiheit der
schwedischen Plastersteine deutsche Arbeiter arbeitslos werden. (Sehr

richtig! Z. Unruhe S. d. Soz.) Wir beantragen die Einsetzung einer
Kommission von 21 Mitgliedern. In der Kommission werden
wir die Einzelheiten des Vertrages und auch die Frage prüfen, ob
der schwedische oder der deutsche Zoll bei Differenzen maßgebend
sein soll. Sie werden auch meinen Ausführungen entnommen haben,
daß wir dem Vertrag nicht sehr freundlich gegenüber-
stehen. Die endgültige Stellungnahme meiner Freunde wird ab-
hängig sein von dem Ergebnis der Kommissionsverhandlungen.
(Beifall im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Dollmar (Soz.):

Ueber den allgemeinen Charakter des Vertrages ist nicht viel zu
sagen. Die Sache sieht einfach so, daß, während der schwedischen
Regierung im großen und ganzen die gleichberechtigteste Stellung zu-
gebilligt wird, wir überall erhöhten Zöllen begegnen, wenn diese
Zölle auch gegenüber den autonomen schwedischen Zöllen herabgesetzt
worden sind. Der Vertrag ist zweifellos

ein ausgesprochen schlechter Vertrag.

(Hört! hört!) Wenn wir nach den Gründen des Mißerfolgs unserer
Unterhändler fragen, so liegt für jeden Denker die Hauptursache
auf der Hand. Als man seinerzeit bei uns den bekannten läden-
losen Hochzolltarif machte, wurde immer erklärt, man müsse
einen solchen genau spezifizierten Tarif haben, ohne den keine man
in Zukunft gute Handelsverträge nicht abschließen. Meine Herren,
da haben Sie jetzt einen solchen Vertrag, wie er durch Sie
hergebracht worden ist. (Sehr gut! bei den Sozial-
demokraten.) Sie haben eben damals gedacht, wir könnten allein
derartige Kunststücke machen und andere Leute, z. B. die Schweden,
sien dazu nicht fähig. Aber sie haben es uns doch nachgemacht, ja,
sie haben uns dabei durch ihren Tarif noch übertrumpft. Wir haben
das seinerzeit vorausgesehen, aber Sie haben über unsere Hin-
weise nur gelacht. Ich leugne nun nicht, daß diese nicht angenehme
Lage für unsere Unterhändler noch dadurch verschlechtert worden ist,
daß wir in der Hauptsache Fertigfabrikate ausführen, die zum Teil
von Schweden entbehrt oder aus anderen Ländern
bezogen werden können, während wir aus Schweden zum
größten Teil Rohstoffe oder leicht bearbeitete Roh-
stoffe, Halbfabrikate beziehen, die wir notwendig
brauchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem
glaube ich, daß wenn die Verhandlungen anders geführt worden
wären, wir in einer Reihe von Punkten zu einem besseren
Ergebnis gekommen wären. Daß die Regierung sich die größte Mühe
gegeben hat, glaube ich dem Staatssekretär aufs Wort. Man sieht
den ganzen Vertrag schon die Mühe aus allen Knopf-
löchern an. (Weiterkeit.) Aber mit der Mühe allein ist es nicht
getan, es kommt auf die Auswahl der Unterhändler an. (Sehr
richtig! links.) Früher hat man immer gemeint, unsere steifen
Bureaucraten erlangten eine Reihe von Voraussetzungen,
die zu diesem Amte notwendig sind. Diesmal hat man nun auf
Wunsch des Reichstages den Wirtschaftsausschuß herbeigezogen, vier
seiner Mitglieder sind nach Stockholm geschickt und sollen
den Gang der Verhandlungen fortgesetzt überwachen. Aber der
Erfolg zeigt, daß die Sache dadurch auch nicht besser geworden ist.
Ja ein Teil der Vöde wäre, wenn nur Bureaucraten da gewesen
wären, sogar wahrscheinlich nicht geschossen worden.
(Weiterkeit.) Unter diesen vier Vertretern hat sich nämlich als-
bald eine

sehr einseitige Interessenvertretung

gezeigt, und die Schweden sind sofort darauf gekommen, wer die
erste Weige dabei spielte. Das waren die Vertreter der
großen rheinischen Eisenindustrie. (Hört! hört!
bei den Sozialdemokraten.) Nachdem die Herren das erkannten,
war es für so geschickte Unterhändler, wie es die Schweden gewesen
sind, nicht schwer, sich von vornherein zu Herren der Situation zu
machen. Ich muß bei dieser Gelegenheit einige Worte über die
Einfuhr von Eisenerz reden. Ueber die Wichtigkeit dieser
Einfuhr besteht kein Zweifel. Aber es war offenbar ganz verfehlt,
gleich von vornherein diese Frage zum Schwerpunkt zu machen und
dabei zu zeigen, daß, wenn die Wünsche der Eisenindustrie er-
füllt sind, die anderen Dinge von untergeordneter Bedeutung seien.
Dadurch ist es den Schweden gelungen, das Uebergewicht zu be-
kommen. Wie sehr übrigens unsere Unterhändler und unsere Re-
gierung sich über den Wert des Eisenerzes für den Vertrag getäuscht
haben, dafür will ich Ihnen einen amtlichen Beweis führen. Aus
dem Protokoll des schwedischen Staatsrats vom 24. April 1911 ist
erichtlich, daß als Erlaß für die sonstigen Mißerfolge der deutschen
Regierung nicht nur die Zollfreiheit für die Erze gefordert wurde,
sondern selbst eine Einmischung in den Vertrag zwischen
der schwedischen Regierung und der schwedischen Eisenerz-
gesellschaft. Das Protokoll meint, dies Verlangen sei zwar
grundsätzlich bedenklich, wiege aber nicht schwer, wenn man die
Vorteile des Vertrages für Schweden betrachte
und weiter erwäge, daß nach jenem Vertrage die event. einzu-
führenden Ausfuhrzölle, mit denen man uns so gnädig gemacht
hat, von der schwedischen Regierung der Eisenerzgesellschaft wiederum
zurückbezahlt werden müssen. (Hört! hört!) Und daß weiter jener
Vertrag niemals im Auge gehabt habe, die Ausfuhr der schwedi-
schen Eisenerzgesellschaften irgendwie zu beschränken. Also
all das, womit man uns und unsere Vertretung in
Schweden bei den Verhandlungen gnädig gemacht hat, stellt
sich als nicht richtig heraus, während unsere Unterhändler
zweifelloso glaubten, sehr klug zu handeln. Ich
meine, es ist unergötzlich, daß man nicht von selbst auf den Ge-
banten kam, daß nicht nur wir ein Interesse daran haben, das
schwedische Erz zu bekommen, sondern daß Schweden ein
Interesse hat, das Erz auszuführen. (Sehr wahr!
links.) Die Menge an schwedischem Erz ist so groß, daß sie
schwerlich eine Verwertung im eigenen Lande finden kann. Von
einer Verhüttung im großen Maßstabe ist keine Rede. Der größte
Abnehmer ist Deutschland gewesen. (Sehr richtig! links.)

Herrn Sped müßte ich nur das eine erwidern, wenn er sagt,
seine Freunde würden sich die Abstimmung vorbehalten je nach Aus-
fall der Kommissionsverhandlungen, so weiß ich nicht, ob er be-
anspruchung, daß wir das mit einem traurigen oder erüßten Gesicht an-
sehen sollen. (Weiterkeit.) In der Kommission wird gar nichts
verhandelt werden. Es wird einiges hin- und hergerebet werden,
es wird sogar vielleicht eine amtliche geheime Ankündigung gegeben
werden, (Weiterkeit) damit gewisse Leute etwas in der Hand
haben, womit sie sich decken können. Aber im übrigen wird
genau das geschehen, was jetzt schon geschehen würde, wenn
wir sofort zur Abstimmung kämen, was zweifellos das Beste wäre. Doch
der Deutsche Reichstag bekommt ja an Neben offenbar niemals genug.
(Weiterkeit.) — Es ist auch von der Behandlung der Hand-
lungszweigen in dem Vertrage gesprochen worden. In den
meisten europäischen Ländern sind diese Hilfsorgane der Ausfuhr
von Steuern frei. Eine kleine Gruppe erhebt noch überhöhte
Steuern und dazu gehört auch Schweden. Für 30 Tage muß im
voraus der Betrag von 100 Kronen bezahlt werden. (Hört! hört!) Dazu
kommt, daß wenn der deutsche Handlungsfreisende in Schweden
sich irgend welche Strafe zuzieht, dann der Denunziant
die Hälfte von der Strafe bekommt. (Hört! hört!) Ich weiß nicht,
ob die Schweden, die ja sonst sehr freihändlerisch gesinnte Leute sind,
sich einmal daran gedacht haben, wie jämmerlich sich eine
solche Bestimmung ausmacht. Unbegreiflich ist es mir, daß nicht
einmal darin unsere Regierung hat eingreifen können. In welcher
Stellung sich die schwedische Regierung gefühlt hat, beweist ein Satz
aus dem schwedischen Staatsratsprotokoll: Weitere Erleichterungen
der in bezug auf die Handlungsfreisenden gerichteten Bestrebungen
wurden bestimmt abgewiesen. (Hört! hört!)

Dann ist über die Plastersteine gesprochen worden. Wir
haben uns wiederholt für

Zollfreiheit der Plastersteine

ausgesprochen. Wenn Herr Sped darauf hinweist, welcher Schaden
dadurch den Werksbesitzern und Arbeitern entstehe, so bemerke ich
ihm folgendes: Wir haben im bayrischen Walde einen sehr wert-
vollen Granit. Es gab dort früher eine blühende Industrie
mit 3000 Arbeitern, wo die erzeugten Plastersteine die

Donau hinunter nach Wien usw. geschickt wurden. Da wurde in den vier Jahren gegenüber Österreich ein Zoll auf Steine-
margariten bei uns durchgesetzt. Österreich hat dann seiner-
seits ebenfalls einen solchen Zoll eingeführt, und die Folge ist ge-
wesen, daß heute die ganze dortige Industrie ruiniert ist. (Hört!
hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach Wien sind damals 200 Zentner
zu 25 M. gefahren, heute kosten sie nach Leipzig 90 M. und
nach Berlin 100 M. Unsere böhmischen Landesleute
haben die Sache aufgeben müssen und sind dort, wo die
Industrie neu entstanden ist, größtenteils als Lehr-
meister hingegangen, denn wir hatten dort eine prächtige
Schule für Steinmetzen, deren Schüler überall gesucht waren. (Hört!
hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Sped verwies auf eine
Zuschrift, die ihm geworden ist. Nun, wir haben wohl alle Zu-
schriften von Steinbruchbesitzern bekommen, aber wer sie sich ansieht,
wird sich darüber klar sein, daß man ihnen nicht ohne weiteres
glauben kann. (Sehr richtig! links.) Wer die Dinge kennt,
wird wissen, daß, wenn eine Konkurrenz für unseren Handel auf
diesem Gebiete schädlich ist, es vielmehr

die schmutzige Innenkonkurrenz

ist. Der Horn, die Aufschneiderei, die Phantasie der Steinver-
beiger treibt die sonderbarsten Wüten. In dem Orte Mahen
gibt es eine sehr blühende Steinindustrie, sie liefert nach allen Seiten
ihre Hartsteine. Aber sobald nun irgend ein anderer Steinbezirk
Deutschlands nach Mahen Steine liefert, fangen diese Herren ein
furchtbares Geschrei an. Es sollte dort eine neue katholische Kirche
gebaut werden, deren Pfeiler aus Sandstein hergestellt werden sollten.
Da erschien nun ein Flugblatt, in dem es heißt: Die Volksseele
wird aufgeregt, wenn irgend eine Nichtberücksichtigung sich
zeigt... mögen darum diejenigen, die dazu berufen sind, doch auch
hier mit dem Menschenverstand rechnen, vorbeugen der Unzufrieden-
heit, dem Unwillen gerade am heiligen Orte, damit nicht statt
Gebete —, der Gedankenstich soll wohl bedeuten Fische oder so
etwas ähnliches, „emporkochen.“ (Hört! hört! bei den Sozial-
demokraten.) Alles das bloß, weil die Leute ihre Hartsteine
nicht verkaufen. Und nun kommt das Beste: „Und im stillen
Gotteshaufe, stimmt da nicht der dunkle Ton des Steines
gleichsam mit zur Andacht? Die ewige Haltbarkeit
unserer Steine, ist sie nicht ein Bild der ewigen Wahr-
heiten? (Stoche Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sandstein
und Lava — Modernismus und alte Wahrheit, so möchten wir
rufen: Was wollt Ihr?“ (Erneute große Heiterkeit links.)

Der Mann ist zweifellos Geschäftslatholisch, der Zentrumschrift,
der das geschrieben hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
Unruhe im Zentrum.) Leuten, die im Geschäft so viel Phantasie
aufbringen, sollte man doch nicht ohne weiteres glauben.

Was die Arbeiter der Steinindustrie betrifft, so denken sie
ganz wesentlich anders als die Unternehmer. Gewiß mag
es noch Arbeiter geben, namentlich solche, die nichts von einer
Organisation wissen, die ein lokales Käseblatt lesen, die da
meinen, die Einfuhr der schwedischen Steine verschulde ihre Lage.
Wenn einem solchen Arbeiter, dessen Horizont noch eng ist, der Arbeit-
geber sagt, hier sind Petitionen, die gegen die freie Einfuhr der
schwedischen Pflastersteine gerichtet sind; wenn diese Petition nicht
Erfolg hat, muß ich noch weniger Lohn zahlen als früher — dann
ist es erklärlich, daß der Arbeiter, der nicht viel davon versteht, die
Petition unterschreiben wird. (Sehr richtig! bei den
Sozialdemokraten.)

Aber die Organisation der Steinarbeiter, die große ausgedehnte
Organisation, welche die Arbeiter der größten und besten Werke in
sich schließt, stellt sich auf einen absolut anderen Stand-
punkt, der sich vollkommen mit dem unsrigen deckt. Diese Arbeiter-
verlangen in allererster Linie, daß niedrige Eisenbahn-
frachten eingeführt, daß keine Schiffsabgaben
geschaffen werden. (Hört! hört!) Sodann verlangen sie, daß ein
besserer rationaler Betrieb eingeführt wird. Endlich fordern sie
einen Tarifvertrag. Gegenwärtig sind die Löhne der Arbeiter
in der Steinindustrie so gedrückt, wie kaum irgend wo anders. Das
sind die wirklichen Forderungen der Steinarbeiter.

Der uns vorgelegte Vertrag ist schlecht. Aber ein Zollkrieg
würde auf alle Fälle noch viel schlechter.

Wir wollen den Zollkrieg nicht

und suchen ihn auf jede Weise zu vermeiden seiner wirtschaftlichen
und politischen Folgen für beide Teile wegen. Die Fortsetzung
des freundlichen Verhältnisses zu dem schwedischen Brudervolk
wollen wir unter keinen Umständen stören lassen. Destwegen
kann ich schon jetzt ganz unabhängig von den Kommissions-
verhandlungen sagen, daß wir trotzdem und allemal dem
Vertrage unsere Zustimmung geben werden. Wir fordern aber,
daß wir aus ähnlichen unerhörten Zügen, wie der beim Abschluß
des schwedischen Vertrages, endlich herauskommen. Wir
wollen in eine solche schädliche und unwürdige Zwangslage nicht
mehr kommen. Nordamerika hat bereits den ersten Schritt
getan zum Abbau des Hochzollsystems. (Sehr
wahr! links.) Das kann auch auf uns nicht ohne Einfluß bleiben.
Es ist die höchste Zeit, daß auch Deutschland sich von dem Wege
des gegenseitigen Abschermens der Nationen abkehrt und dahin
winkt, daß Europa wieder zu einem vernünftigen System
des Güteraustausches gelangt. (Lebhafte Beifall bei
den Sozialdemokraten.)

Die Beratung des schwedischen Handelsvertrages wird hierauf
zunächst unterbrochen und die letzte noch ausstehende namentliche
Abstimmung zur Reichsversicherungsordnung vor-
genommen.

§ 1341 wird in der Kommissionsfassung entgegen dem sozial-
demokratischen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage
mit 184 gegen 86 Stimmen bei einer Stimmenthaltung an-
genommen.

Damit ist das Einspruchsrecht der Aufsichtsbehörde gegen-
über den Aufwendungen der Landesversicherungsanstalten für das
Heilverfahren beträchtlich ausgedehnt.

Präsident Graf Schwerin-Völsch: Wir alle haben von dem
fruchtbarsten Unglück, das die französische Regierung betroffen hat,
gehört (die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen). Durch den
Absturz eines Aeroplans ist der französische Herr Kriegs-
minister getötet und der französische Herr Minister-
präsident schwer verwundet worden. Ich bin über-
zeugt, in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich unsere innigste
Teilnahme und zugleich unsere herzlichsten Wünsche auf Wieder-
herstellung des Ministerpräsidenten zum Ausdruck bringe. (Lebhafte
allseitige Zustimmung.)

Die Beratung des schwedischen Handelsvertrages
wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Röhrs (L.): Wir fragen uns: was kostet uns
der Vertrag? und richten danach unsere Stellungnahme ein.
Die Bestimmung, daß unsere Handelsreisenden in Schweden mit
gewissen Abgaben beauftragt werden, ist eine indirekte Zoll-
erhöhung. Ich würde empfehlen, daß wir gleiche Abgaben auch
den schwedischen Handelsreisenden in Deutschland auferlegen. Die
Schädigung unserer Pflastersteinindustrie durch die Zollfreiheit der
schwedischen Steine sollte ausgeglichen werden durch eine Erhöhung
der Eisenbahnfrachten für schwedische Steine. Ich
meine, es hätte bei den Vertragsverhandlungen doch mehr für uns
erreicht werden können. Der erste Fehler war, daß unsere
Regierung wartete, bis Schweden seine Waffen in geopolitischer
Richtung geschliffen hatte. Die deutschen Unterhändler trugen von
vornherein dem neuen schwedischen Zolltarif Rechnung, anstatt zu
verlangen, daß Schweden auf unseren Zolltarif Rücksicht nehme.
Es ist nicht zu billigen, wenn in solchen Dingen von vornherein der
Standpunkt des Gegners als richtig anerkannt wird. Die Absicht
Schwedens ist ja, seine Industrie zu fördern. Wir halten es aber
für die wichtigste Aufgabe der Gesetzgebung, unserer Industrie auch
den Markt im Inlande zu erhalten. Meine Freunde halten es für
wünschenswert, über verschiedene Punkte noch Aufklärung in
der Kommission zu erlangen. Wir werden dem Antrag auf
Einsetzung einer Kommission zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Meine Freunde stimmen der
Einsetzung einer Kommission zu. Dort werden wir auf Einzel-
heiten näher eingehen. Mit großer Befriedigung können wir
konstatieren, daß bei der Vorbereitung dieses Handelsvertrages die
Regierung eine intensive Fühlung mit allen beteiligten Kreisen ge-
nommen hat, wie sie früher nicht zu verzeichnen war. Die Härte,
aber berechnete Kritik an der Vorbereitung des portugiesischen Handels-
vertrages hat hier wohl besänftigend gewirkt. Es wäre wünschens-
wert, wenn wir näheres über die Verhandlungen
erfahren könnten. Wir im Reichstag sind ja eigentlich viel
weniger ausschlaggebend für die Ausgestaltung eines Handels-
vertrages als der wirtschaftliche Ausschuss. (Sehr richtig!) Es
geht eine Schuggewelle durch die ganze Welt.
Wir leben im Ausland, daß, je kleiner ein Land und je geringer
seine Produktion ist, es um so mehr mit dem Schuggol-
gedanken experimentiert und mit so exorbitanten Schug-
zöllen kommt, wie es Schweden uns gegenüber mit
seinem Zolltarif getan hat. Wenn man sieht, daß
ein solches Schuggollesystem aufgebaut wird
zu dem ganz bestimmten Zweck, dem Ausland
gegenüber etwas zu erreichen, dann sollte man sich da-
durch nicht blaffen lassen, dann sollte man sich auch den vom Ab-
geordneten v. Bollmar mit Recht hervorzuheben Gesichtspunkt
vor Augen halten, daß wir nicht nur Produktionsland, sondern
Konsumtionsland sind. Ich halte es für ausgeschlossen, daß
Schweden die Drohung mit dem Ausfuhrzoll für seine Eisenerze jemals
verwirklicht hätte, denn es ist auf deren Ausfuhr angewiesen. Der große
Bedarf unserer Industrie an Eisenerzen sollte den Staatssekretär
aber veranlassen, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Interessen
unserer Industrie an den Eisenerzen Marokkos gewahrt werden.
Als Ausgleich für die Schädigung unserer Pflastersteinindustrie sollte
Ihr ein billigerer Eisendutartariff gewährt werden. Ein
Teil meiner Freunde macht davon die Zustimmung zum
Vertrage abhängig. Wir werden erst in der zweiten Lesung
unser Entscheidung treffen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Defer (Rp.): Der Vertrag wird eingeleitet durch die Be-
merkung, er solle die Beziehungen zwischen Schweden und Deutsch-
land erleichtern und vermehren. Es ist eine melancholische und
freudlose Beschäftigung, nach diesem Leitmotiv den Vertrag zu
studieren, denn er hat nur die Wirkung, die Beziehungen
zu erschweren und zu vermindern. (Sehr richtig!
links.) Dieses beklagenswerte Ergebnis ist nicht verwunder-
lich. Es ist die logische und notwendige Konsequenz des
Zolltarifs von 1902. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Ver-
antwortung für den Mißerfolg tragen also die Parteien, die
diesem Zolltarif zugestimmt haben. (Sehr richtig!
links.) Bei Handelsverträgen wird jetzt so verfahren, daß keiner der
Unterhändler Konzessionen machen will. Wer eine großzügige
Handelspolitik machen wollte, würde fürchten, daß er nachher
mit ungenießbaren Situationsen oder schwedischen Pflaster-
steinen betworfen würde. (Heiterkeit.) Der vorliegende Vertrag
zeigt die unglücklichen Wirkungen dieser Art des Verhandels.
Charakteristisch ist, daß man das Jagdinstinkt in Bezug auf die
Freiheitsbeeren so besonders im Interesse der minderbemittelten Be-
völkerung preist. Wenn es sich um die Erleichterung der
Einfuhr von Fleisch handelt, kümmert man sich nicht
um die Interessen der Konsumenten, da ist es doch er-
freulich, daß die Regierung wenigstens für die ge-
fallte Kompromissfächer der Konsumenten sorgt. (Heiterkeit.)
Zum mindesten sollte bei der Zollauslegung die Regierung unsere
Interessen wahren. Seine Freude hat niemand an dem Vertrag;
das ist die logische Folge der Ueberbannung des Zoll-
schuges. Die Ablehnung des Vertrags wäre ja das einfachste,
aber die Verantwortung für einen Zollkrieg wöhlen wir nicht über-
nehmen. Wir werden für den Vertrag stimmen, weil er
immerhin besser ist als der autonome Tarif. Und unter der Herr-
schaft unseres Zolltarifs von 1902 wird noch anderer Ueberzeugung
ein besserer Vertrag auch nachher nicht abgeschlossen werden können.
Wir hoffen, daß das deutsche Volk mit diesem Zolltarif von 1902
auch einmal aufräumen wird. (Waboi! links.)

Abg. Hebe v. Camp (Rp.): Gegen die große Verbächtigung
des Abg. v. Bollmar gegenüber unsern Unterhändlern in Stockholm,
daß einer derselben nur die Interessen der Grobsteinindustrie wahr-
genommen habe, muß ich protestieren. (Präsident Graf Schwerin-
Völsch: Eine große Verbächtigung der deutschen Unterhändler hätte
ich gerügt.) Es ist überhaupt kein Vertreter der Grobsteinindustrie
bei den Unterhandlungen zugegen gewesen. Auch bei uns hat der
Vertrag keine Begeisterung erregt, es ist aber anzuerkennen,
daß die Verhandlungen in lokaler und freundschaftlicher Weise
geführt worden sind. Auch der Zolltarif von 1902 trägt nicht die
Schuld an dem unglücklichen Ergebnis, sondern einfach der Wunsch
Schwedens, seine junge Industrie zu fördern. Wir werden in der
Kommission prüfen müssen, ob wir in der Lage sind, der Zollfreiheit
schwedisches Pflastersteine zuzustimmen. (Beifall! rechts.)

Abg. Dr. Werner (wirtsch. Bg.): Den schwedischen Diplomaten
ist es bei den Vertragsverhandlungen gelungen, für ihre Industrie
große Vorteile herauszuschlagen. Die deutschen Unterhändler haben
solche Erfolge nicht erreicht. Redner verliest unter wachsender An-
nahme des Hauses mit einstimmiger Stimme eine längere Rede.

Präsident Graf Schwerin-Völsch: Herr Abgeordneter, das Ver-
lesen von Reden ist nur Abgeordneten gestattet, die der
deutschen Sprache nicht mächtig sind. (Heiterkeit und sehr
richtig! links.)

Abg. Dr. Werner: Ich habe durchaus nicht abgelesen.
Präf. Graf Schwerin-Völsch: Ich verbitte mir eine derartige
Kritik meiner Geschäftsführung.

Abg. Dr. Werner polemisiert gegen die Freisinnigen und Sozial-
demokraten, die inkompetent handelten, wenn sie für den Vertrag
stimmten. Seine Freunde würden den Vertrag ablehnen. (Ironisches
Waboi! links.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Rosenhüt (Soz.): Der Verfasser der Rede, die
Herr Dr. Werner vorgelesen hat (Sehr gut! und große
Heiterkeit links), hat behauptet, ich hätte einen Brief von Stein-
arbeitern erhalten mit der Aufforderung, wir sollten gegen den
Vertrag stimmen. — Ich habe einen Brief solchen Inhalts
nicht erhalten.

Abg. Dr. Werner: Dann gehörte der Brief zu denen, die
Sie nicht erreichten. (Heiterkeit.)

Der Vertrag wird an eine Kommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. (Zweite Lesung der
Eisenbahngesetz-Vorlage.)

Schluß 7/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

82. Sitzung. Montag, den 29. Mai,
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Die Beratung des Antrags der Budgetkommission betreffend
die Lage der staatlichen Bergwerke

wird fortgesetzt.
Abg. Dr. Köhling (natl.): Der Rückgang in den Erträgen
der staatlichen Bergwerke im Saarrevier ist vor allem auf or-
ganisatorische Mängel zurückzuführen. Die mittleren Be-
amten, die Steiger vor allem, sollten nicht mehr als Beamte, wo
sie dann auch bei mangelhaften Leistungen unfähig sind, sondern
an Vertragsverhältnissen angestellt werden. Wenn eine all-
gemeine Lohnerhöhung für die Arbeiter nicht möglich ist,
sollten wenigstens die tüchtigsten Arbeiter Zulagen erhalten; das
wird wesentlich zur Zufriedenheit der Bergleute bei-
tragen. Heute wird in dieser Beziehung vielfach ungerecht
und willkürlich verfahren. Wenn die Erträge der
Bergwerksverwaltung sich bessern sollen, muß der kaufmännische
Geist in die Verwaltung eingehen, von dem der Ministerpräsident
in Heidelberg sprach. (Waboi!)

Abg. Köhling (Rp.): Wir dürfen die Schuld an den mangel-
haften Erträgen der staatlichen Bergwerke nicht der Regierung
allein zuschieben; das Parlament trägt mit Schuld daran,
denn es hat die Maßnahmen, die dazu geführt haben, gebilligt
und hätte selbst frühzeitiger die Initiative zur Abhilfe ergreifen
müssen. Die Sozialpolitik der Regierung, die mit Schuld an den
Mindererträgen hat, billigen wir durchaus. Nur wäre vielleicht
eine Erhöhung der Löhne im allgemeinen angebracht; eine ge-
wisse Rücksicht auf die Privatindustrie ist aller-
dings nötig. In der Sorge für die nötigen Sicherheitsmaßnahmen
sollte die Verwaltung nach wie vor bahnbrechend vorangehen. Auf-
fallend ist die veränderte Haltung der Konventionen des Kohlen-
syndikats gegenüber, das früher Graf Kanitz nicht scharf genug
angreifen konnte. Die Regierung scheint dem Kohlenyndikat gegen-
über die Rolle der spröden Schönen spielen zu wollen. Ob das
angebracht ist, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls warne ich die Re-
gierung vor der Rolle des stürmischen Liebhabers (Heiterkeit). Vor-
sicht ist dem Kohlenyndikat gegenüber sehr am Platze. (Waboi
links.)

Abg. Korsantj (Soz.): Es ist klar, daß der Staat sozial-
politisch eine ganz andere Stellung einnehmen muß wie die Privat-
industrie; er muß insbesondere in Bezug auf die Höhe der
Löhne vorangehen und seinen Arbeitern eine stetige Be-
schäftigung sichern. Das Lantienensystem für die
Heizer usw. trägt nur zur Vermehrung der Unfallsziffer bei.

Abg. Reinert (Soz.):

Die Prüfung der Lage der Bergwerke durch die Kommission
hat auf mich den Eindruck gemacht, als ob Scharfmacher zu-
sammegekommen wären, um gegen die Arbeiter Stellung zu nehmen.
Die Tendenz hat dabei offenbar auch mitgespielt, die staatlichen
Bergwerke lieber der Privatindustrie zur Ausbeutung zu überlassen
oder sie so zu gestalten, daß die Privatindustrie ihre Freude daran
haben kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man spricht
immer davon, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen.
Aber nach Ansicht des Ministers gehört dabei nicht, daß die
Arbeiter höhere Löhne bekommen als in den privaten Berg-
werken. Wir halten es, trotzdem also die Staatsbergwerke noch
weit davon entfernt sind, Musterbetriebe zu sein, doch nicht für
angebracht, die Verwaltung durch den Staat aufzugeben. Es ist
notwendig, einmal den Wert der staatlichen Bergwerke
festzustellen, damit die Bevölkerung weiß, wofür großer nationaler
Reichtum in diesen Werken liegt. Bezeichnend war die Ausrufung
des Herrn v. Pappenheim, der Staat dürfe sich nicht von
humanitären Sonderbestrebungen leiten lassen. Davon ist auch gar
keine Rede. Was der Staat an Sozialpolitik geleistet hat, ist ge-
schehen, um sich die nötigen Arbeiter zu erhalten. Die freiwilligen
Leistungen zugunsten der Arbeiter betragen 1900
nur 5,2 Proz. der geschuldeten Leistungen. Davon ist also wirklich
kein Nützens zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
Im Saarrevier hat die Erhöhung der Löhne nicht Schritt ge-
halten mit der Belastung der Bergarbeiter bei den
Knappheitsfällen. Man vernimmt die sozialpolitische Einsicht des
Staates auf die frühere Einführung von Arbeiterausschüssen und
Sicherheitsmännern im Saarrevier. Demgegenüber erinnere ich
an die bekannten Ausführungen des Herrn Hilger auf der
Konferenz im Palaishotel, der selbst diese Sicherheitsmänner als
„weiße Salbe“ bezeichnete. (Hört! hört! bei den Sozialdemo-
kraten.) Auf die Rentabilität der Staatsbergwerke haben diese Ein-
richtungen keinerlei Einfluß gehabt. (Sehr wahr! bei den Sozial-
demokraten.) Die Lage dieser staatlichen Bergarbeiter wird mir in
Zuschriften aus dem Saarrevier als sehr traurig geschildert. Es
zeigen sich bereits

Spuren von Degeneration

in dieser Arbeiterbevölkerung. Die Wohlfahrtsvereine, die
Bewahrung von Land und Wohnung werden für die Arbeiter zur
Wohlfahrtsplage, sie dienen lediglich dazu, den Arbeitern
ihre Selbständigkeit zu nehmen. Wer von einer staatlichen Grube
entlassen ist, findet in der ganzen Gegend keine Arbeit. Ich frage
den Minister, ob in der Tat noch immer ein dahingehendes Ab-
kommen der staatlichen Verwaltung mit der Privatindustrie besteht;
das wäre ein mit modernen Grundsätzen ganz unvereinbarer
barbarischer Zustand. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
Auch die Behandlung der staatlichen Bergarbeiter
läßt viel zu wünschen übrig, sie werden vielfach wie Rekruten be-
handelt. Ein Arbeiter, der einen Vorgesetzten nicht gefällt hat,
wurde eine ganze Woche nicht arbeiten. Die Löhne sind im Saar-
revier in den staatlichen Bergwerken seit Jahrzehnten die ge-
ringsten. Auch von einer Steigerung der Löhne ist keine Rede.
1891 waren die Löhne eine Mark höher als 1906. (Hört! hört! bei
den Sozialdemokraten.) Ganz unerhört ist auch, wenn man die
mittleren Beamten für die mangelnde Rentabilität der staatlichen
Bergwerke verantwortlich macht. Hier behauptet man, sie leisten weniger in-
folge des niedrigen Gehalts. Warum zieht man dann nicht bei den
Arbeitern die Konsequenz, sie durch höheren Lohn zur Steigerung
der Leistung anzuregen. Nein, diese Konsequenz zieht man nur
bei den Vorgesetzten der Arbeiter, die man durch Prämien-
gewährung dazu veranlassen will, die Arbeiter noch immer mehr
anzutreiben und zu schikanieren. Das führt dann zu solchen
Katastrophen wie dem Haddodungsd. (Sehr wahr! bei den Sozial-
demokraten.) Die höheren Beamten sollten etwas länger gefeilt
werden, heute gehen sie vielfach, wenn sie einen Titel erlangt haben,
in die Privatindustrie über. — Man spricht von der Lofe-
rung der Disziplin und findet es unerhört, daß ein gewöhnlicher
Arbeiter das Recht hat, sich beim Minister zu beschweren. Wir
sind im Gegenteil der Meinung, daß dies Beschwerderecht dem
Arbeiter beizubehalten ist. (Sehr richtig! bei den Sozial-
demokraten.) Wenn dies Recht nehmen, heißt der brutale Be-
handlung der Arbeiter, ihrer Rechtslosmachung nach dem Wunsche
der Airdarf und Stinnes das Wort reden. Darin war sich die
Kommission einig. In der Verbächtigung und Ver-
schimpfung der Arbeiter als faule und unbewährte
Elemente hat man großes geleistet, aber von der Notwendigkeit, den
staatlichen Bergleuten das Koalitionsrecht zu geben, ist in der
Kommission keine Rede gewesen. Ich gebe zu, daß aus den
Ausführungen des Oberberghauptmanns ein gewisses soziales Ge-
fühl sprach, aber dies Verständnis an der Zentralstelle reicht nicht
hinein in die untere Verwaltung.

Wenn in der Kommission wieder behauptet worden ist, daß die
Leistungen der Bergarbeiter zurückgegangen seien, so haben
schon die Herren von der Regierung dargelegt, daß die Ursachen
dafür, daß pro Kopf der Belegschaft die Förderung steigt oder
fällt, so mannigfaltig sind, daß dies Steigen oder Fallen absolut
unabhängig ist von dem Fleiß der Arbeiter. (Sehr
wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einer der wichtigsten Beschlüsse
der Kommission ist dann die Forderung, daß der Staat in das
Kohlenyndikat einzutreten solle. Die Erfolge des
Zwangskohlenyndikats scheinen das Kohlenyndikat neidisch gemacht zu
haben. Das sieht das Kohlenyndikat augenblicklich in einer sehr
unangenehmen Lage befindet, ist ja zweifellos. Wir sind nicht
prinzipielle Gegner von Syndikaten, sie können unter Umständen
sehr segensreich wirken. Es wäre gewiß auch möglich, daß durch den
Zusammenschluß der Grobindustrie in Kartelle eine Erhöhung der
Arbeiterlöhne herbeigeführt würde, sowie der Abschluß von Tarif-
verträgen mit den beteiligten Gewerkschaften. Aber zu diesem
Zweck will man ja den Eintritt des Fiskus in das Kohlenyndikat
nicht. Der Fiskus selbst steht bekanntlich auf dem Standpunkt, daß
er mit den Arbeiterorganisationen nicht verhandelt und auch bei
dem Kohlenyndikat sind Autokratie und Despotie die
herrschenden Grundsätze. Wir würden einem Eintritt des Staates
in das Syndikat nur dann zustimmen können, wenn uns Garantien
gegeben werden, daß das Syndikat dann für Tarifverträge
eintritt. Das Syndikat ist insofern eine interessante Erscheinung,
als es beweist, daß die Kapitalisten in der kapitalistischen Gesell-
schaft eigentlich ganz überflüssig sind. Es würde genau dasselbe
erzeugt werden, ob nun der Ueberfluß, den das Syndikat erzielt,
als Dividende an die Kapitalisten verteilt wird oder den Ar-
beitern und Beamten zugute kommt. Insofern ist das Syndikat

gewissermaßen eine Etappe auf dem Wege zum Zukunftsstaat und zeigt, wie eine Expropriation der Kapitalisten möglich wäre. Die Entwicklung zur Bildung von Syndikaten ist in der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufzuhalten, es wäre sinnlos, sich dagegen zu wehren. Wir müssen aber verlangen, daß die Ausschreitungen solcher Syndikate den Arbeitern gegenüber verhindert werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Eintritt des Staates bietet uns dafür keine Garantie. Der Staat hätte dann nicht das Syndikat in Händen, sondern die zerstreuten Geschäftskräfte, die an der Spitze des Syndikats stehen, würden mit der Bureaukratie in kurzer Zeit fertig werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Ziel, das der Landtag der Regierung zuweist, muß vielmehr eine

Emanzipation von den Scharfmachern

sein, ein Abdrücken von den Leuten, die heute die Arbeiter in der Montanindustrie so unwürdig beherrschen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Machen Sie aus Anarchisten im Staatsbetriebe freie Arbeiter, dann wird sich, wenn auch nicht die materielle Rentabilität, so doch das moralische Ansehen der staatlichen Bergwerke heben. Und das ist uns vielmehr wert als einige Millionen Ueberflus. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei den ganzen Untersuchungen der Kommission sind am Ende wohl politische Motive ausschlaggebend gewesen. Sehr bemerkenswert ist ja da der plötzliche Umsturz der Konserverativen in ihrer Haltung zum Syndikat. Man hat diese veränderte Haltung in Verbindung gebracht mit dem Einrücken der Konserverativen in die Rheinprovinz, mit dem Ritt nach Köln. Die Großindustrie hat sich ja allmählich aus der nationalliberalen Partei hinübergezogen in die freikonserverative, die allerdings nur im Hause und nicht im Lande besteht. (Zuruf bei den Freikonserverativen.) Herr Spingis. Sie sind in einer nationalliberalen Versammlung aufgestellt. (Sehr! hör! bei den Sozialdemokraten.) Die Konserverativen gehen nun darauf aus, den großen Geldbeutel der Großindustrie für ihre Zwecke dienstbar zu machen und darauf ist offenbar auch ihr Umsturz in der Beurteilung der Syndikatspolitik zurückzuführen. Ebenso ist es auf politische Gründe zurückzuführen, daß Herr Brust in der Kommission gegen die mittleren Beamten auftrat, hier im Plenum aber für sie. Es ist natürlich für das Zentrum in Saarabien, wo bisher die Nationalliberalen tonangebend gewesen und wo das Zentrum ebenso behandelte wurde, wie wir anderwärts, sehr wertvoll, sagen zu können, daß es im Gegensatz zu den Nationalliberalen für die Arbeiter und mittleren Beamten eingetreten sei. Das ganze läuft also auf Wahlpolitik hinaus. Wir werden den Arbeitern klar machen, daß das Zentrum wie immer, weil es hinter verschlossenen Türen tätig ist, sich arbeiterfeindlich zeigt in der Öffentlichkeit aber arbeiterfreundlich redet. Die ganze Untersuchung der Kommission hat zum Resultat geführt, daß die Unrentabilität der staatlichen Bergwerke auf den Arbeitern sitzen bleibt. Dagegen protestieren wir energisch und verlangen, daß auch den staatlichen Bergarbeitern gegenüber Gerechtigkeit und Menschlichkeit geübt wird. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Spingis (H.): Ich habe schon bevor ich von den Nationalliberalen aufgestellt wurde, erklärt, daß ich mich den Freikonserverativen anschließen würde. Im übrigen sind wir in der Unterkommission nachdrücklich für die Arbeiter eingetreten. Den Abgeordneten Leinert möchte ich darauf hinweisen, daß Deutschland in der praktischen Fürsorge für die Arbeiter von keinem Lande der Welt übertroffen wird. 810 Millionen werden jährlich vom Reiche für sozialpolitische Zwecke verausgabt. Die Sozialdemokraten kritisieren alles, tragen aber nicht zur Besserung bei. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Eine unparteiische Kommission der Bergarbeiter sollte eingesetzt werden, um alle Beschwerden über die Sicherheitsmänner zu prüfen.

Abg. Imbusch (Z.) bestreitet, daß der Abg. Brust aus parteipolitischen Gründen seine Haltung in der Frage der Vertragsstreifer geändert habe und polemisiert gegen den Abg. Leinert.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.
Abg. Leinert (Soz.): Herr Imbusch hat gesagt, ich hätte den Kommissionsbericht nicht gelesen oder wüßte nicht die Unwahrheit gesagt, wenn ich ausgeführt hätte, daß niemand für das Koalitionsrecht und für höhere Löhne in der Kommission eingetreten sei. Das habe ich gar nicht gesagt. Herr Imbusch hat sich etwas zurechtgelegt, um gegen mich polemisieren zu können. Ich protestiere gegen diese ungeheuerliche Unterstellung.

Präsident v. Röcher: Herr Imbusch hat Ihnen ja gar nicht wissentliche Unwahrheit vorgeworfen. Er hat von einem Entweder-Oder gesprochen. Es bleibt also immer noch die Möglichkeit, daß Sie den Bericht nicht gelesen haben. (Heiterkeit.)

Die Denkschrift wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Entschließungen der Budgetkommission, die die Regierung beauftragen, in eine Prüfung der Frage einzutreten, wie die Erträge der staatlichen Bergwerke günstiger gestaltet werden können, werden angenommen.

Das Bullenhaltungsgesetz für die Rheinprovinz wird einer besonderen Kommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. Interpellation Dubrowski und kleinere Vorlagen.
Schluß 5 1/2 Uhr.

14. Generalversammlung des Zentralverbandes der Leder-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

München, 20. Mai 1911.

Die Beratung der Statutenänderungsanträge nahm auch noch den letzten Verhandlungstag in Anspruch. Reueregele wurden die Streikunterstützung, Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung. Die Gemahregelunterstützung wird in der Höhe der Streikunterstützung inklusive der Kinderunterstützung derjenigen Beitragsklasse gewährt, der das Mitglied angehört und darf nur unter Zustimmung des Zentralvorstandes gewährt werden. — Wöchnerinnen erhalten vom Tage nach der Entbindung bis zu 6 Wochen die Krankenunterstützung.

Die Anstellung eines fünften besoldeten Beamten im Zentralvorstande wird in namentlicher Abstimmung mit 33 gegen 17 Stimmen beschlossen. — Der Sitz des Zentralvorstandes bleibt wie bisher in Berlin und wurden die diesbezüglichen Anträge abgelehnt.

Nach einer 1 1/2stündigen Debatte wurde die Spezialdebatte über die Statutenänderungen geschlossen.

Das neue Statut tritt am 1. Juli in Kraft. Den Mitgliedern des Zentralvorstandes wird rückwirkend zum 1. Januar ein jährlicher Wohnungsgeldzuschuß von 120 M. gewährt.

Der Zentralvorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt. Als fünfter besoldeter Beamter wurde durch Stimmgittel Knappe-Berlin gewählt.

Der Sitz des Ausschusses bleibt wie bisher in München. Die nächste Generalversammlung findet in Berlin statt.

19. Generalversammlung der Bergarbeiter Deutschlands.

Bochum, 19. Mai 1911.

In der Woche vom 21. bis 27. Mai wird im hiesigen Viktoriahotel die 19. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter tagen. Der

Geschäftsbericht des Vorstandes

für die Jahre 1909/10 enthält ein reiches Agitationsmaterial auch für die Allgemeinheit der Arbeiter.

Mit der Entwicklung des Verbandes in den beiden Berichtsjahren, so schreibt der Vorstand, kann man nicht voll zufrieden sein, wenn auch immerhin ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Am

Schlusse der vorigen Berichtszeit Ende 1908, hatte der Verband 112 513 Mitglieder, am Schlusse 1909 waren es 120 280 und am Schlusse 1910: 123 437 Mitglieder. Relativ viel stärker haben sich die vorhandenen Zahlstellen in den beiden Berichtsjahren vermehrt. Im Jahre 1908 waren 737 Zahlstellen vorhanden, im Jahre 1909 758 und im Jahre 1910: 821. — Daß die Steigerung der Mitgliederzahl hinter den Wünschen und Erwartungen zurückbleibt, ist nicht im Mangel an Agitation zu suchen. Agitation ist in der Berichtszeit genügend getrieben worden. Zuerst setzte sie Anfang 1909 aus Anlaß des großen Grubenunglücks auf Seche Kabbod ein. Die Forderung war eine bessere Grubenkontrolle. Im Herbst 1909 wurde der Plan der rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer bekannt, einen Zwangsarbeitsnachweis einzuführen. Auch diese Tatsache war geeignet, die Gemüter der Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen aufs äußerste zu erregen. Die Erregung kam auch in einer großen Zahl von Versammlungen zum Ausdruck, aber die Bergarbeiter waren viel zu schwach organisiert, um die Unternehmung von ihrem Vorhaben abzuhalten. Der Zwangsarbeitsnachweis kam mit dem 1. Januar 1910 zur Einführung. Der Agitation war weiter dienlich das Inkrafttreten der Sicherheitsmännernovellen zu den Bergwerken Preußens und Sachsens sowie die insolge dessen stattgefundenen Wahlen der Sicherheitsmänner, und im Ruhrgebiet endlich die Wahlen der Anspinnstälte. Diese Wahlen brachten dem Verbande allenthalben große Erfolge, die beweisen, daß er das größte Vertrauen bei den Bergarbeitern genießt. Aber sie vermochten die Masse der Bergarbeiter nicht berart aufzurütteln, daß sie in genügenden Scharen die Notwendigkeit des festen Anschlusses an die Organisation erkennen.

Ein Hemmschuh für die Entwicklung des Verbandes ist die große Fluktuation. Im Jahre 1910 z. B. sind 37 217 Mitglieder neu aufgenommen worden, durch Liefertritte aus anderen Organisationen, Zugang, Rückkunft vom Militär entstand noch ein weiterer Zuwachs von 13 768 Mitgliedern, trotzdem war nur ein wirklicher Gewinn von 3157 Mitgliedern zu verzeichnen.

Sieht man von der Entwicklung des Verbandes nach der Mitgliederstärke ab und betrachtet seine Entwicklung nach den Kassenverhältnissen, so ist das Resultat durchaus zufriedenstellend. Die Einnahmen an reinen Mitgliederbeiträgen betrug im Jahre 1908: 1 792 068,75 M., im Jahre 1909: 1 817 551,30 M. und im Jahre 1910: 2 122 877,66 M. Die Einnahmen aus reinen Mitgliederbeiträgen haben sich also um 18,4 Proz. gesteigert, während die Steigerung der Mitgliederziffer nur 9,7 Proz. ausmacht. Das beweist, daß der Restant weniger werden, die Stabilität und innere Festigung der einmal dauernd Gemonnenen Fortschritte macht. — Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betragen 5 578 508,23 M. Das Gesamtvermögen betrug am 31. Januar 1909: 2 816 944,04 M., am 31. Januar 1911: 4 228 937,22 M.

Unter den Ausgaben nennen wir 471 134,40 M. für Streikunterstützung, 73 000 M. Streikunterstützung an andere Verbände, 178 594,28 M. für Gemahregelunterstützung, 63 758,30 M. für Arbeitslosenunterstützung, 624 956,95 M. für Krankenunterstützung, 164 642,50 M. für Sterbegeld.

Abgesehen von dem Streik der Mansfelder Bergleute fanden große Kämpfe statt. Es fanden insgesamt statt: 22 Streiks und Aussperrungen, daran waren 13 736 Personen beteiligt. Erreicht wurde für 2657 Personen eine Lohnerhöhung von wöchentlich 1418 M., eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung für 155 Personen von 930 Stunden.

Die Bergarbeiter haben noch ein großes Stück Arbeit vor sich. Es gibt in Deutschland mindestens 750 000 organisationsfähige Bergarbeiter, davon gehören nur 16,5 Proz. dem freien Verbande an. Die anderen drei Bergarbeiterorganisationen haben zusammen noch nicht 16,5 Proz. der deutschen Bergarbeiter als Mitglieder. Möge die Generalversammlung dem Verbande neue Waffen liefern, um seinen erstrebten Zielen näher zu kommen.

Bochum, 21. Mai 1911.

Die Eröffnung und Konstituierung der Generalversammlung gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Mehrere tausend Männer und Frauen sahen und standen im Riesensaal des Schützenhofs, in ihrer Mitte der Vorstand, die Delegierten und Gäste, 7 Kameraden aus Belgien, Eifers, der Vorsitzende der holländischen Bergarbeiterorganisation, Umbreit von der Generalkommission, zusammen etwa 150 Personen. Reichstagsabgeordneter Hue hielt, oft von lebhaften Zustimmungen unterbrochen, eine packende Begrüßungsrede. Dann begrüßte Arbeitersekretär Hören aus Bochum im Namen des Bochumer Gewerkschaftskartells die Delegierten. Verbandsvorsitzender Sachse teilte mit, daß unter Berufung auf den famosen Sprachenparagrafen des Reichsvereinsgesetzes die Behörde das Reden in einer fremden Sprache nicht gestattet. Aber wie immer wurde der Behörde ein glänzendes Schnippen geschlagen. Der bekannte Genosse Henri de Man ergriff im Namen seiner sechs Freunde in deutscher Sprache das Wort. Die belgischen Genossen befinden sich in Deutschland auf einer Studienreise, um das Wesen und die Einrichtungen der Zentralgewerkschaften zu studieren. Die belgischen Organisationen, die sich hauptsächlich auf lokaler Grundlage aufbauen, machen nicht mehr die Fortschritte, die der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen. In Belgien ist keine Stabilität in den Organisationen. Zur Kampfszeit schwellen sie mächtig an, nach erledigten Kämpfen schrumpfen sie wieder zusammen. Deshalb macht sich jetzt immer stärker die Bewegung zur Zentralisation bemerkbar, damit die Arbeiter nicht mehr ihre Kräfte aufreiben in belgischen, sondern in planmäßiger, stabiler Organisationsarbeit das Ertrugene halten können. — Der Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: Französisch zu reden ist meinen Freunden verboten, deshalb wollen sie französisch singen. Und unter dem brausenden Beifall der ganzen Versammlung brachten die Siedeln in französischer Sprache die Internationale zum Vortrag. Ebenso großen Beifall löste es aus, als der Vorsitzende der holländischen Bergarbeiter seine Rede in streng westfälisch-holländischem Plattdeutsch hielt. Nachdem noch Umbreit, der Vertreter der Generalkommission, gesprochen, konstituierte sich die Generalversammlung.

10. Generalversammlung der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Im hüringischen Glasindustriegebiet, in dem kleinen Städtchen Ilmenau, tagt vom 22.—27. Mai die zehnte Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter. Der Tagung voraus gehen Branchenkonferenzen, in denen die Verhältnisse der einzelnen Berufe eingehend besprochen und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden sollen. Auf der Tagesordnung der Generalversammlung stehen 7 Punkte. Neben dem Geschäftsbericht sind davon die wichtigsten: „Die Verschmelzungstage“; „Arbeitschutz in der Glasindustrie“ und „Beratung der Anträge“. Bei der Verschmelzungstage handelt es sich um die Schaffung einer Zentralorganisation der drei keramischen Arbeiterverbände, der Töpfer, Porzellan- und Glasarbeiter. Einzelne Mitglieder des Glasarbeiterverbandes sprachen sich zwar für die Verschmelzung mit den Metallarbeitern oder Fabrikarbeitern aus, aber diese Wünsche dürften keinen allzugroßen Widerhall bei der Generalversammlung finden. Bei Beratung des Punktes „Arbeitschutz in der Glasindustrie“ werden erneut die Forderungen der Glasarbeiter an die Gesetzgebung erhoben werden. Die Glasarbeiter verlangen vor allem eine Begrenzung der Arbeitszeit. Die Arbeitszeit soll auf 8 Stunden beschränkt und in der Glasindustrie das Arbeiten an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der erforderlichen Unterhaltung des Feuers an den Öfen, verboten werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat schon wiederholt die Wünsche der Glasarbeiter in Anträgen dem Reichstag unterbreitet, dieser nahm auch schon entsprechende Reso-

lutionen an, aber bis heute ist noch nichts gelang. Was den so berechtigten Forderungen der Glasarbeiter entspricht. Insbesondere fehlt es auch noch an genügendem Arbeiterinnen- und Kinderschutz.

Geschäftsbericht.

Die Jahre 1909 und 1910, über die sich die Geschäftsperiode erstreckt, waren auch für die Glasindustrie wirtschaftlich ungünstig. Besonders dürfte die Flaschenindustrie in keiner vorausgegangenen Wirtschaftsepoke so stark in Mitleidenschaft gezogen worden sein wie in diesen Jahren. Die Arbeitslosigkeit war ganz bedeutend und die Furcht vor der Entlassung hielt die im Betrieb stehenden Kollegen ab, sich ernstlich mit der Verbesserung der Lebenshaltung zu beschäftigen. Fast alle Kämpfe, die der Verband führte, widmeten sich gegen beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, oder aber gegen fortgesetzte Entlassungen. In dem Krisenjahre 1909 konnten über die Hälfte der beabsichtigten Verschlechterungen nicht abgemehrt werden. Erreicht wurde in diesem Jahre lediglich für 24 Personen eine Lohnerhöhung um 105 M. pro Woche. Abgewehrt wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit für 67 Personen um 201 Stunden wöchentlich und eine Lohnerhöhung für 368 Personen um 368 M. pro Woche. Nicht abgewehrt konnten aber werden eine Lohnerhöhung für 473 Personen um 727 M. pro Woche und eine Verlängerung der Arbeitszeit für 20 Personen um 160 Stunden wöchentlich. Das Ergebnis der Lohnkämpfe im Jahre 1910 ist bedeutend besser. Es wurde erreicht: eine Verkürzung der Arbeitszeit für 182 Personen um 534 Stunden und eine Lohnerhöhung für 1454 Personen um 2217 M. pro Woche. Abgewehrt wurde eine Arbeitszeitverlängerung für 79 Personen um 386 Stunden und eine Lohnerhöhung für 58 Personen um 156 M. wöchentlich. Nicht abgewehrt konnte eine Lohnerhöhung für 36 Personen um 19 M. pro Woche werden. Tarifverträge wurden 1909 in 8 Fällen für 169 Personen und 1910 in 14 Fällen für 1242 Personen abgeschlossen. All diese Zahlen zeigen zur Genüge, mit welcher Hartnäckigkeit die Glasarbeiter zu tun haben und wie schwer ihre wirtschaftlichen Kämpfe in den beiden Berichtsjahren waren.

Unter der wirtschaftlichen Depression hatte auch die Mitgliederbewegung zu leiden. Am Schlusse der vorigen Geschäftsperiode betrug die Zahl der Mitglieder 17 218, Ende 1909 aber nur noch 14 625. 1910 ging es wieder aufwärts, dieses Jahr schloß mit einer Mitgliederzahl von 15 742 ab. In der Glasindustrie sind aber noch weitere 18 214 organisationsfähige Arbeiter tätig, so daß der Verband noch ein sehr großes Arbeitsfeld vor sich liegen hat.

Nach dem Kassenbericht balanzieren bei einem Kassenbestand von 130 020,12 M. die Einnahmen und Ausgaben mit 701 930,68 M. An Beiträgen wurden in der Berichtszeit 500 268,30 M. eingenommen. Für die Arbeitslosenunterstützung wurden 215 740,93 M. für die Streikunterstützung 58 392,30 M. und für die Gemahregelunterstützung 3204,61 M. ausgegeben.

Aus der Frauenbewegung.

Christliches Massenmorden.

Die Beschlüsse des Reichstages in der Frage der Witwen- und Waisenversicherung sichern einen Fortbestand graufigen Mütter- und Kindermordes. Was den Witwen und Waisen geboten wird, rechtfertigt kaum die Bezeichnung „Versicherung“; ist es doch nur ein schlechter Ersatz für die Armenunterstützung. Nach wie vor bleibt die Mütterchaft für Proletarierinnen ein Zustand erhöhter Sorge um die Existenz. Die ungenügende Fürsorge wird auch in Zukunft viele tausende Mütter und Säuglinge ins Grab reißen. Der christliche Staat hat kein Geld für Mutter- und Säuglingschutz. Milliarden opfert er den Junkern an Liebesgaben, Milliarden dem Moloch Militarismus, ungezählte Millionen erkranken die Getreideexporteure durch das unbeschränkte Ausschufsystem, Millionen verschlingt der Pferdesport, im Handumdrehen erhöhte man das Gehalt Wilhelms II. um 3 1/2 Millionen Mark. — Millionen werfen man für Spiel und sonstiges Lumpengefindel zum Fenster hinaus — aber für unsere Mütter und Säuglinge hat der Vater Staat kein Geld. Wahrlich ein nettes christliches Mischen. Und der Hauptträger dieser Politik ist die politische Vertretung der katholischen Kirche, das Zentrum, in dem Diener der Kirche und der christlichen Religion dominieren. Muß man da nicht schaudern? Mit der Christlichkeit und den Frommen kennt man sich nie recht aus — nur das findet man stets: die Armen werden geprügelt! Die vor Frömmigkeit tiefenden christlichen Organe bringen es sogar noch fertig, ihren Sieg über die Witwen, Waisen, Mütter und Säuglinge jubelnd in die Welt hinauszufahren, die Betrogenen und Betrübten zu verhöhnern. Eines der widerlichsten dieser Sorte katholischer Christenblätter, die „Arbeiterin“, ein Organ, das angeblich speziell die Interessen der Proletarierinnen vertritt, verfährt sein Entzücken über die Beschlüsse des Reichstags zu folgenden, Scham und Empörung auslösenden höhnischen Auslassungen:

... Das wichtigste im neuen Gesetze wird aber wohl die Witwen- und Waisenversicherung.

Hier werden ja die Herren Sozialdemokraten wahrscheinlich wieder ein wahres Jubianergeschrei anschlagen, weil nicht gleich jede Witwe eine Rente von 50 und soviel tausend Mark bekommt.

Das jede Witwe 50 und soviel tausend Mark bekommt, hat kein Mensch verlangt. Die Sozialdemokratie verlangt weiter nichts, als daß die Witwen vor dem Verhungern, vor der allerschlimmsten Not gesichert werden sollen. Und darüber höhnt ein katholisches Arbeiterinnenorgan, das selbstverständlich die Frömmigkeit heftigster Weise schätzt und verzapft, das die Arbeiterinnen immer aus dem Himmel verweist und ihnen das Stückchen Brot aus der Hand schlägt. So brutal, so gemütsroh wie dieses augenverdrehende Christentum kann das wildeste Heidentum nicht gewesen sein. Was brauchen arme Witten und Waisen Unterstützung, wenn nur die Kirche mit Reichthümern sich den Wogen überlassen darf, und die Herren Geistlichen in fetten Freuden sich göttlich tun können. Die Raube der Aufführung und Erkenntnis über diese Gesellschaft!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Donnerstag, den 25. Mai (Himmelfahrt): Ausflug nach Wilhelmshagen (Besuch des Grabes von Clara Wälder). Abfahrt früh 9,23 Uhr Schleißer Bahnhof bis Radnsdorf; dann Fußwanderung. Rückfahrt bis Wilhelmshagen. Treffpunkt 12 1/2 Uhr am Kirchhof. Nachmittags geistliches Beisammensein im Restaurant Neuer Krug in Wilhelmshagen.

Witterungsbericht vom 22. Mai 1911.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Emmenda	760,0	SW	3 mäßig	10	Davranada	764,5		4 wolkenl	8		
Darmstadt	762,0	SW	2 heftig	11	Petersburg	759,0		2 bedeckt	4		
Berlin	760,0	SW	3 heftig	10	St. Petersburg	765,5	SW	1 halb bb.	12		
Frankfurt	763,0	SW	3 heftig	11	Berden	761,5		1 bedeckt	10		
Köln	762,0	SW	2 wolkenl	9	Wars	764,0	SW	3 bedeckt	10		
Wien	761,0	SW	1 heftig	8							

Wetterprognose für Dienstag, den 23. Mai 1911. Ein wenig wärmer, aber veränderlich, mit etwas Regen und ziemlich trübem westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wack, Berlin. Für den

Inseratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend.

Am Freitag, den 26. Mai, abends, findet eine Flugblattverbreitung

in Berlin und den größeren Vororten statt.

Das Nähere wird morgen bekannt gegeben.

Der Zentralvorstand.

Borghagen-Kummelsburg. Am Donnerstag, den 25. d. M. (Himmelfahrtstag) veranstalten die Mitglieder des Wahlvereins einen Ausflug nach Rühredorfer Kallberge.

Freitag, den 26. Mai, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung. Die Genossen treffen sich in den bekannten Lokalen.

Wilhelmstr. 8, Nieder-Schönhausen-West. Mittwoch, den 24. Mai, abends 8 Uhr: Öffentliche Volksversammlung im Lokal von Rühlsburg, Stroupprinzenstraße.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Donnerstag (Himmelfahrtstag) findet eine Herrenpartie statt. Treffpunkt früh 1/2 7 Uhr am Straßenbahnhof. Abmarsch 7 Uhr.

Berliner Nachrichten.

Mißstände im polizeilichen Leichentransport.

Es bestehen genaue ministerielle Vorschriften, wie sich die Polizei in Selbstmordfällen und in Unglücksfällen mit tödlichem Ausgang zu verhalten hat. Diese Vorschriften beziehen sich ebenfalls auf die Behandlung der Leichen wie der Verwandten oder sonst nächstbeteiligter Personen.

Es ist für ganz Berlin nur ein einziger Obduktionswagen mit Pferdebetrieb vorhanden, der aber nicht, wie fast allgemein angenommen wird, seinen Standort auf dem Grundstück des Leichenschauhauses, sondern eine reichliche halbe Wegstunde entfernt in der Georgenkirchstraße auf dem Fuhrhof des Fuhrers Herrn Scharfberg hat.

Nach dieser erfreulich deutlichen Auskunft, die das Leichenkommissariat entlastet, liegt ein dreifacher Mißstand vor. Erstens muß die Abholungsmeldung seitens des Polizeibureaus schneller erstattet werden. In der Regel ist doch auf dem ersten Blick zu übersehen, ob irgendwelche kriminellen Bedenken vorliegen oder nicht.

Nach dieser erfreulich deutlichen Auskunft, die das Leichenkommissariat entlastet, liegt ein dreifacher Mißstand vor. Erstens muß die Abholungsmeldung seitens des Polizeibureaus schneller erstattet werden. In der Regel ist doch auf dem ersten Blick zu übersehen, ob irgendwelche kriminellen Bedenken vorliegen oder nicht.

Siel zu langsam geschieht ferner die Ermittlung und Benachrichtigung der Verwandten von Selbstmördern, wenn aus dem bei der Leiche gefundenen Papieren nicht sofort alles Nähere ersichtlich ist.

an beteiligter Stelle erfolgte, obwohl genau bekannt war, wohin sich die Polizei zu wenden hatte. Ebenso sind die dann ermittelten Angehörigen amlich erst von dem Selbstmorde benachrichtigt worden, als bereits die Beerdigung vollzogen war, zu der nun selbstverständlich die Angehörigen, besonders wenn sie auswärtig wohnen, nicht rechtzeitig erscheinen können.

Vollbibliothek für Russt. Aus dem Rathaus wird geschrieben: Erreichterweise werden neuerdings, einem lebhaften Verlangen der Zeit entsprechend, in verschiedenen Städten Volksbibliotheken für Russt. eröffnet, wodurch der Allgemeinheit Gelegenheit geboten wird, unentgeltlich Russtalien und Russtliteratur zu entleihen.

Wieder eine Bespigelung?

Vor mehreren Wochen teilten wir mit (in Nr. 78), daß ein Schlosser L. in seiner Wohnung von einem fremden Menschen aufgesucht worden war, der sich ihm als „Kollege“ vorstellte. Der angebliche Kollege meldete ihm, auf dem Verbandsbureau sei ein Mitgliedsbuch gefunden worden, daß dem L. zu gehören scheine.

Der Kollege erzählte, daß er für ein plumpe Bespigelungsmanöver hält, auch Bekannte von ihm durch einen höchst verdächtigen Besucher über ihn ausgefragt und dabei beschwänbelt worden sind. In einer Familie, bei der L. vor einigen Jahren längere Zeit in Charnberg gewohnt hatte, erschien ein Mann, der sich als Sohn des Inhabers einer Mechanikerwerkstatt vorstellte.

Der Kollege erzählte, daß er für ein plumpe Bespigelungsmanöver hält, auch Bekannte von ihm durch einen höchst verdächtigen Besucher über ihn ausgefragt und dabei beschwänbelt worden sind.

„Die Zeit am Montag“ glaubt Gelegenheit nehmen zu sollen, dem „Vorwärts“ gute Lehren zu erteilen. Anlaß dazu gibt ihr eine — an anderer Stelle unseres Blattes wiedergegebene — Gerichtsverhandlung gegen zwei Inseratenacquisiteure, die in Zittau für ein Bezugsquellenverzeichnis der Firma Ulbricht in Dresden Inserate gesammelt, dabei aber in der skandalösesten Weise Geschäftsleute zur Aufgabe von Inseraten genötigt haben.

Der „Vorwärts“, der gerade in jüngster Zeit allerlei Schwindeldelicten von Hausieren aufgedeckt hat, die arme Arbeiter unter Verufung auf die Partei zu neppen versuchen, wird sicher diese moralische Verpflichtung anerkennen und danach handeln. Das sozialdemokratische Zentralorgan veröffentlicht nämlich gleichfalls ein Bezugsquellenverzeichnis, welches die Dresdener Firma a bei ihm aufgegeben hat.

Abgesehen davon, daß eine Zeitung für das Verhalten von Acquisiteuren — wenigstens nicht für die Nichtangestellten — verantwortlich gemacht werden kann, so glauben wir sagen zu können, daß in jeder sozialdemokratischen Zeitung der Schwindel bekämpft wird, auch wenn er bei Erlangung von Inseraten für die Zeitung betrieben werden sollte.

Ueber ein Bootunglück auf der Ober-Spree berichteten gestern morgen die meisten Montagsblätter. Am „Neuen Bierhäuschen“ in Treptow, heißt es, kenterte ein mit drei Personen, zwei Herren und einer Dame besetztes Ruderboot, weil die Insassen während der Fahrt die Pflöge wechselten.

berichtet wird, handelte es sich um eine wohlvorbereitete kinematographische Aufnahme. Der Aufnahmeapparat stand und arbeitete so offensichtlich, daß ein Irrtum über das Unglück nicht leicht möglich war.

Warum die Anstaltstraße Wannsee—Stahnsdorf nicht gebaut werden kann. Als die Berliner Stadtsynode das Terrain für den Südwest-Zentralfriedhof dort draußen in Stahnsdorf ankaufte und dasselbe für den Beerdigungszweck einrichtete, war ihr bereits von den Aufsichtsbehörden die Genehmigung zum Bau eines Anschlußgleises an die Staatsbahn von Wannsee aus erteilt.

Erhebliche Beruntreuungen sind auf dem Odeflügel Bahnhof entdeckt worden. Ein Assistent Heinge und eine Assistentin Margarete Michaelis, die dort im Fahrkartenverkauf beschäftigt waren, haben jeder 7000 bis 8000 M. amtliche Gelder unterschlagen. Die 41 Jahre alte Assistentin hatte kürzlich einen Erholungsurlaub von 10 Tagen. In dieser Zeit kamen Unregelmäßigkeiten ans Licht.

Beim Rangieren schwer verunglückt ist Sonntag auf dem Tegeler Güterbahnhof der Hilfswächter Karl Schöte aus der Schlieperstraße 78 zu Tegel. Der Mann kam in die Gefahr, zwischen den Buffern zweier Wagen erdrückt zu werden.

Ertrunken sind am Sonnabend nachmittag bei dem herrschenden Sturm zwei Ruderer, Söhne eines Potsdamer Regierungsrates, auf einer Ruderpartie zwischen Sakrow und Pfaueninsel. Die Leichen konnten bis Montag mittag noch nicht geborgen werden.

Ein Revolverheld feuerte am Sonntag nach einem Streit in einem Lokal in der Korförderstraße plötzlich auf einen Gast einen Schuß ab, der glücklicherweise fehl ging.

Heinrich Heine hat aus dem Olymp einen giftigen Pfeil auf uns abgeschossen. Er protestiert gegen unsere Sonntagssnotiz, in welcher ihm nachgeredet wird, daß er bei seinem Berliner Aufenthalt sich auf den Terrassen des Jostfischen Cafés am Potsdamer Platz aufgehalten habe.

Zu einer Laube erschossen hat sich am Sonnabend nachmittag der 29 Jahre alte Schraubendreher Ernst Leistert, Finowstraße 19. Seit sechs Wochen war er Lungenkrank und arbeitsunfähig.

Radschneiderei. Zwei schwere Unglücksfälle trugen sich am Sonntagnachmittag fast zu gleicher Zeit auf und in der Nähe der Olympia-Badrennbahn in Wlössensee zu. Während des Rennens kam der 35 Jahre alte Kaufmann Fritz Semmrau aus der Brüsseler Straße 37 verheerend den Drahtgittern der in der Rennbahn befindlichen Spielplätze zu nahe und wurde von einem ihn überholenden anderen Fahrer mit seinem Rade so unglücklich zur Seite und gegen die Gitter geschleudert, daß er schwere Verletzungen an den Augen, den Wangen und den Händen erlitt.

Weiß er in Berlin keine Stellung gefunden, hat sich der 21 Jahre alte Kaufmann Willi Schröder aus Posen erschossen. Der junge Mensch war voller Hoffnungen nach Berlin gekommen. Er glaubte, hier eine günstige Stellung zu bekommen, doch sollte er sich bitter getäuscht haben.

Straßensperrung. Der Landrat von Keltow macht bekannt: Wegen harter Reparatur wird die Steinbahn der Chauffee Wannsee—Köhlhasenbrück vom 24. bis 31. d. M. gesperrt. Fahrwerke, die den Sommerweg nicht benutzen können, werden auf die Provinzialchauffee Berlin—Potsdam bezw. Neubabelsberg—Kaiserstraße—Klein-Blinden vertwiefen.

Einen erheblichen Verlust hat am Sonntagabend ein junger Arbeiter erlitten, der in dem Vergnügungspark in der Geimstraße ein schwarzes Lederportemonnaie mit 16 M. Inhalt und ein Lotterielos verlor. Der Finder wird um Abgabe an Cornelius bei Schulz, Quiggstraße 129, Seitenflügel I, gebeten.

Das hiesige städtische Schulmuseum bemüht sich, in seinen Räumen eine Sammlung und Ausstellung zu schaffen, die in möglichst anschaulicher Weise ein Bild der Entwicklung des Berliner Schulwesens von den ältesten Zeiten bis in die Gegenwart gibt, um Jungen schulisches Vergangenes für die kommenden Geschlechter zu bewahren. Zur Aufstellung sollen gelangen: Bilder alter Berliner Schulen, Bilder und Schriftstücke von Berliner Schulmännern, Schulgegenstände und von Personen der Schulverwaltung, ältere Schulzeugnisse, Prämien, Medaillen, ältere Lehr-, Hand- und Lesebücher, ältere Bilderbücher, Lehrer- und Kinder-albums, Hefte, Zeichnungen, Schularbeiten früherer Generationen, Geburtsstamps und Zeitwünsche, zeitgenössische Urteile über das Berliner Schulwesen, Zeitungsnachrichten usw. Darum wird nicht nur an die Berliner Schulen und Lehrer, sondern an die weitesten Kreise der Berliner Einwohnerschaft die Bitte gerichtet, die Sammlung durch geschenkwürdige Überlassung von Gegenständen dieser Art zu bereichern. Wunders an sich werkslose Dokument, das nur aus Pietät aufbewahrt wird, würde im Rahmen einer schulgeschichtlichen Sammlung großen Wert erhalten. Auf Wunsch werden die Namen der Geber an den Gaben bezeichnet. Auch die kleinsten Beiträge werden dankbar angenommen. Freundliche Angebote bittet man an die Verwaltung des städtischen Schulmuseums, Stallstraße 54, zu richten.

Der Zoologische Garten hat neuerdings einen im vollen Feder-schmuck prangenden männlichen Papua-Paradiesvogel erworben, der einen der großen verglasten Flugkäfige des Neuen Vogelhauses bewohnt. Ein Paradiesvogel-Weibchen befindet sich mit anderen Vögeln zusammen im Nebenkäfig, und man hofft, daß es gelingen wird, aus den beiden zunächst unvertäglichen Tieren ein Paar zu machen. Außerdem besitzt der Garten noch ein schönes Männchen des Schöpfeder-Paradiesvogels und ein junges Stück des Königs-Paradiesvogels.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein neues Krankenhaus für Geburthilfe soll auf dem Grundstück Sophie-Charlotten-Straße 116 errichtet werden. Zunächst sind zwei Krankenpavillons nebst Entbindungsgebäuden mit 211 Betten für 113 Erwachsene und 98 Säuglinge vorgesehen worden. Für den zweiten Bauabschnitt sind weitere 207 Betten geplant. Die gesamten Grundstückskosten belaufen sich auf 749 745 M., die Baukosten für den Teilbau auf 820 000 M. Die gesamten Bau- und Einrichtungskosten des ersten Bauabschnittes einschließlich Kosten des Grundstückes betragen 2 740 000 M. Eine entsprechende Vorlage des Magistrats ist der Stadtverordnetenversammlung zugegangen.

Wilmerdorfer-Halensee.

Die Wilmerdorfer Schuljahrfeier wurde am Sonntag im Vel-sein kommunaler und staatlicher Vertreter eröffnet.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Der vom Gemeindevorsteher zu Beginn der Sitzung mitgeteilte Rechnungsabschluss für das Jahr 1910 kann wiederum als sehr günstig bezeichnet werden. Gegenüber dem Voranschlag belaufen sich die Recheinnahmen, auf die einzelnen Posten verteilt, wie folgt: Gemeindefinanzsteuer 52 000 M., Betriebssteuer 400 M., Gewerbesteuer 5400 M., Grundsteuer 13 800 M., Umsatzsteuer 188 900 M., Entwässerung 24 000 M., Anliegerbeiträge 88 900 M. Der Rechnungsabschluss für das vergangene Jahr stellt sich abzüglich des Ueberschusses des Elektrizitätswertes gegenüber dem Voranschlag um 372 000 M. günstiger. Das Elektrizitätswerk brachte einen Ueberschuss von 128 340,06 M. Im vergangenen Jahr betrug derselbe 20 000 M. Eine vom Regierungspräsidenten gewünschte Änderung der Hundesteuerordnung, wonach Wachhunde auf unbauten Grundstücken oder Lagerplätzen steuerfrei bleiben, wurde debattelos angenommen. Beschlossen wurde auch, für das Realreformgymnasium zwei neue Oberlehrerstellen auszuwählen, außerdem soll ein weiterer Rektor in der Mädchenschule angestellt werden. Die Mitglieder des Armenausschusses beabsichtigen gemeinsam eine Beschäftigung der Trinkerheilstätte „Waldfrieden“ bei Fürstentwale vorzunehmen. Die Mittel hierfür in Höhe von 400 M. wurden bewilligt. Derselben bewilligte die Verarmung Mittel für Erweiterung des Nadelnbes und bessere Beleuchtung der Rheinstraße. Auf eine Anfrage des Gemeindevorstandes v. Brochm über die Frage der Stadtveränderung erwiderte der Bürgermeister, daß er in dieser Angelegenheit schon wiederholt beim Landrat angefragt habe, derselbe habe ihm jedoch bisher noch nie Auskunft geben können. Weiter sei auch er nicht informiert. In einer Sitzung anfangs des Jahres beschloß die Gemeindevertretung, der am Orte bestehenden „Freien Turnerschaft“ eine Gemeindegymnastikhalle zur Verfügung zu stellen. Für diejenigen jedoch, die unsere Dorfgärten infolge längerer Beobachtung bei ihren Beratungen genau tagierten, stand schon damals fest, daß der größte Teil der Herren dem Antrag des Genossen Richter damals zustimmte in der sicheren Voraussetzung, daß der Landrat doch die Genehmigung verweigern würde. Daß diese Annahme richtig war, bewies so recht das Mißgeschick einiger sich liberal nennender Herren, als Genosse Richter gegen diesen unerhörten Eingriff in die Selbstverwaltung entschieden protestierte. Er sagte dem Gemeindevorstand auf den Kopf zu, daß derselbe die Eingabe an den Landrat wohl so abgefaßt habe, daß die Genehmigung wohl oder übel erfolgen mußte. Bei dieser Gelegenheit zeigte es sich wieder einmal drastisch, daß diese Vertreter, hervorgegangen aus einem niederträchtigen Wahlsystem, den Schein von Selbstverwaltung gar nicht wert sind. Es fehlte hier bloß noch, daß dem Landrat das Juchitzrecht gegenüber nicht gefinnungsgläubigen Gemeindevorstellern eingeräumt würde. Der immer als unfreiwilliger Spionmacher fungierende Herr Gerlen ergriff als einziger in dieser Angelegenheit das Wort, natürlich nicht als Verteidiger der Selbstverwaltung, sondern er versuchte nur die Vertreter der Arbeiterschaft durch ein paar geistlose Witze zu verhöhnen. Sonst war man allgemein mit dem Resultat der Komödie sehr zufrieden.

Karlshorst.

Uns wird über einen Vorfall Mitteilung gemacht, der sich am Sonnabend hier abgespielt haben soll. In der frühen Morgenstunde hat ein Zeitungsausdräger unmittelbar am Bahnhof einen Mann in schwermütigem Zustande liegen sehen. Er will, so wird behauptet, sofort auf der Polizeiwache in der Dönhofsstraße hierüber Mitteilung gemacht haben. Als der Zeitungsausdräger abends zwischen 5 und 6 Uhr an jener Stelle wieder seinem Beruf nachging, fand er den Mann noch dort liegend vor. Eine Untersuchung ergab, daß der Fremde tot war; die Todesursache soll Schlaganfall gewesen sein.

Unter Mithilfe von zwei Polizeibeamten wurde nunmehr die Leiche mit einem Tuch aus Sackelwand umhüllt und auf einem einfachen Kostenvagen davongefahren.

Trifft diese Mitteilung in allen Teilen zu, so muß die Frage aufgeworfen werden, warum die Polizei nicht für die rechtzeitige Wegkaffung des kranken Mannes gesorgt hat. Die Gemeinde besitzt einen Krankenwagen, der, wie man uns versichert, besseren Herren, die auf der Rennbahn verunglückten, Dienste geleistet hat. Mit diesem Wagen hätte doch auch der hilflose Schlemmigst weggeschafft werden können. Es ist zunächst Pflicht der Gemeindebehörde, diesen Fall einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen und der Öffentlichkeit über das Ergebnis derselben Mitteilung zu machen.

Wittenau-Vorsigwalde.

Die erste Gemeindevorsteher-Sitzung im neuen Rathaus wurde mit einer Ansprache des Gemeindevorstehers Witte eingeleitet. Aldann wurden die neugewählten Vertreter, Direktor Doemisch und

Betriebsdirigent Schöneberg eingeführt. Hierauf gelangten die Tätigkeitsberichte der Schulärzte zur Kenntnis der Gemeindevorsteher. Aus dem Bericht des Herrn Dr. Kassel für die Schulen in Wittenau geht hervor, daß jedes Kind im Jahre zweimal untersucht worden ist. Der Gesundheitszustand wird als befriedigend bezeichnet. Die Zahl der Lungenerkrankungen betrug wie im vorigen Jahre 9,8 Proz. Epidemisch traten Masern, Scharlach und Diphtherie auf. Von der letzteren Krankheit wurden 20 Kinder in Wittenau befallen. Aus dem Bericht des Herrn Dr. Nisch, Vorsigwalde, geht hervor, daß das Jahr 1910 leider ein recht ungünstiges war. Bei der Scharlach- und Diphtherieepidemie wurden 200 Fälle ärztlich behandelt; die Schulen waren 10 Wochen geschlossen. Untersuchungen wurden 870 Kinder an 18 Untersuchungstagen. Unter ständiger Kontrolle befinden sich 178 Kinder. Die Lungenkrankheiten sind von 9,55 auf 10,32 Proz. gestiegen, Blutarmut von 8,19 auf 12,1 Proz., Ohrenentzündungen von 4,4 auf 5,72 Proz., Augenentzündungen von 2,1 auf 2,99 Proz. Der Arzt hebt am Schluß hervor, daß ihm eine Bage und Messergeräte noch nicht bewilligt seien. Der Gemeindevorsteher bemerkt hierzu, daß Herr Dr. Kassel, mit welchem er Rücksprache genommen, die Anschaffungen für un-nötig halte. Die Verlegung eines Ammoniakdruckrohres der Stadt Berlin durch Wittenauer Gebiet wurde unter folgenden Bedingungen genehmigt. Die Stadt Berlin trägt, soweit sie Anlieger ist, ein Drittel zu den Kosten der Neupflasterung der Spandauer Straße bei. Für den laufenden Meter sind jährlich 5 Pf. Anerkennungsgeld zu zahlen. Die Stadt übernimmt die Instandhaltung der Straßen, durch welche das Druckrohr geht, in einer Breite von 2,15 Meter. Ueber den Punkt, daß die Stadt Berlin sich verpflichtet, die in der Charlottenburger Straße durch Brand geschädigten Gebäude in der richtigen Bauausführung neu zu errichten, soll eine oberverwaltungsgerichtliche Entscheidung herbeigeführt werden. Dem Architekten Veier werden die Entwürfe für das Feuerwehrturm und den Schulhausneubau in Vorsigwalde für 2000 bezw. 3000 M. übertragen. Ueber den Ausbau der Straßen 81-89 längs der Nordbahn wird ein Vertrag mit der Wittenauer Bodengesellschaft geschlossen, welcher die Fertigstellung der Straßen bis zum 1. Oktober 1912 vorsieht. Die Gesellschaft stellt eine Haf-tungskautions von 5000 M. für die Durchführung des Vertrages. Die von unseren Genossen beantragte Stellungnahme zu einer Arbeitsordnung für die Gasanstalt in Wittenau rief eine längere Debatte hervor. Infolge zu diesem Antrage war eine seit dem 15. März in Kraft getretene Arbeitsordnung, welche die gerechten Forderungen der Gasarbeiter unberücksichtigt ließ, z. B. die Einrichtung eines Arbeiterschusses, Regelung der Arbeitszeit: a) für die Gasarbeiter und Handwerker auf neun Stunden, b) für die Feuerhausarbeiter auf acht Stunden (Dreischichtsystem), Einführung von Wochenlöhnen unter Zugrundelegung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 6 Tagen. Die Wochenlöhne sollen für Gasarbeiter 25 M., steigend von Jahr zu Jahr um 1 M. bis 27 M., für Handwerker 27 M., steigend von Jahr zu Jahr um 1,50 M. bis 30 M., für Feuerhausarbeiter 33 M. festgesetzt werden. Soweit höhere Löhne bezahlt werden, bleiben dieselben unberührt. Bezahlung der Arbeiter mit 25 Proz. der Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag. Im Dreischichtsystem zählt, wenn sieben Schichten in eine Woche fallen, die siebente Schicht als Sonntagsarbeit mit entsprechendem Zuschlag. Auf die Forderungen: Krankengeldzuschuß, Sommerurlaub und Ruhegeld hatten die Arbeiter verzichtet. Vom Gemeindevorsteher Witte wurde Verlegung dieser Angelegenheit befürwortet. Genosse Adam übte an dieser in Kraft getretene Arbeitsordnung berechnete Kritik und beantragte am Schluß seiner Ausführungen die Wahl einer Kommission, welche eine neue Arbeitsordnung auszuarbeiten soll. Betriebsdirigent Schöneberg wies darauf hin, daß in den Berliner Gasanstalten vor Jahren die 12-Stundenschicht für Feuerarbeiter eingeführt worden sei, dabei arbeiteten die Arbeiter 4 Stunden und machten 1 1/4 Stunden Pause. Bei Einführung der Achtstundenschicht hätten sich die Arbeiter verpflichtet, mehr zu arbeiten, also 1 1/4 Stunden Arbeit und nur 1/4 Stunde Pause. Sämtliche größeren Gaswerke haben die Achtstundenschicht; ob dieselbe bei kleineren Gaswerken ohne Risiko eingeführt werden könne, müsse untersucht werden. Die Versammlung nahm am Schluß der Debatte unseren Antrag einstimmig an. Der Kommission gehört auch Genosse Adam an, aber nur solange, bis die strittigen Fragen ihre Erledigung gefunden haben. Nach einer Mitteilung des Gemeindevorstehers soll, voraussichtlich am 1. Juni, die verlängerte Strecke der Straßenbahn von der Jrenenstraße Daldorf bis zum Bahnhof Wittenau eröffnet werden.

Französisch-Buchholz.

Die Grundstücke von der einen Seite der Pafewaller Straße gehören zum Gebiet von Heinersdorf, das an diese Straße grenzt. Eines dieser Grundstücke gehört Herrn Krüger. Er wurde auf Grund der Ortspolizeiverordnung für Franz-Buchholz vom 5. Mai 1894 angeklagt, weil er die Pafewaller Straße vor seinem Grundstück nicht gereinigt habe.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Es handele sich um eine Straße und um eine Verordnung des Orts Franz-Buchholz. Die Grundstücke der einen Seite der Pafewaller Straße gehörten aber zum Orte Heinersdorf und Angeklagter sei Bürger dieses Ortes. Deshalb könne die Verordnung für Franz-Buchholz auf ihn keine Anwendung finden. Die Besitzer der Heinersdorfer Grundstücke seien nicht verpflichtet, die zu Franz-Buchholz gehörige Straße zu reinigen, da sie unter das Ortsrecht von Franz-Buchholz nicht fielen.

Gerichts-Zeitung.

Ein plumper Erpressungsversuch

beschäftigte gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts III. Angeklagt waren der neunzehnjährige Photographengehilfe Fritz Bernau, dessen siebzehnjähriger Bruder Helmuth B. und der Arbeitsbürsche Ernst Müller, sämtlich aus Spandau. Der Angeklagte Fritz Bernau ist trotz seiner 19 Jahre ein Anirps, der knapp über die Schranken der Anlagensankt hinwegsehen konnte. Von ihm war die Idee ausgegangen, sich durch ein kleines Erpressungsmandat in den Besitz einer größeren Summe zu setzen. — Am 11. März d. J. erhielt ein in Spandau anfassiger Kapellmeister einen von orthographischen Fehlern strotzenden Brief, welcher die geheimnisvolle Unterschrift „Die Nachwandler“ trug. In diesem Briefe wurde der Empfänger aufgefordert, umgehend 50 M. unter der Chiffre „555“ an das Hauptpostamt in Spandau einzufahren, andernfalls ihm eine große Blamage bevorstehe, die ihn in den Augen seiner Mitmenschen lächerlich machen würde und ihn vom Scheitel bis zur Sohle kompromittieren würde. Der Kapellmeister setzte sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung, die ihm riet, zum Schein auf die Sache einzugehen und einen mit Papierschnitzeln gefüllten Brief abzugeben. Das Postamt wurde dann am nächsten Tage von einem Polizeisergeanten beobachtet. Als der Angeklagte Müller den Brief abholte und der auf der Straße wartende Helmuth Bernau gerade die Frage an ihn richtete: „Was' gefasst?“ wurden beide verhaftet. Später stellte es sich heraus, daß der Angeklagte Fritz B. den Brief geschrieben hatte. Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate bezw. 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht sprach die Angeklagten Helmuth B. und Müller frei, da der Nachweis, daß ihnen der Inhalt des Erpresserbriefes bekannt gewesen war, nicht als geführt anzusehen sei. Dagegen wurde Fritz Bernau mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit derartiger Erpressungen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Raubschwindler

stand gestern in der Person des Kaufmanns Paul Borna vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist schon mehrfach vorbestraft, weil er immer wieder als Beauftragter einer Versicherungsgesellschaft auftritt und in Zeitungen junge Leute als Vertreter und zur Einrichtung von Agenturen der Gesellschaft in verschiedenen Städten Deutschlands suchte. Den jungen Leuten, die sich daraufhin bei ihm meldeten, nahm er kleinere und größere

Summen als Raubtion ab und überließ sie dann ihrem Schicksal. Er hat zuletzt eine Justizstrafe von 10 Jahren erlitten, die er am 10. Februar d. J. verbüßt hatte. Schon am folgenden Tage mietete er sich in der Vorfigstraße eine Stube und begann sofort wieder ein altes Gewerbe. Er suchte im „Arbeitsmarkt“ einer hiesigen Zeitung als angeblicher Generalagent einer Versicherungsgesellschaft einen geeigneten jungen Mann, der an einem bevorzugen Platte die Vertretung der Gesellschaft übernehmen könne. Er hatte auch sofort wieder Glück, denn es meldete sich umgehend ein Bewerber, der imstande und auch gewillt war, die verlangte Raubtion von 1000 M. zu leisten. Zu seinem Glück wurde er vor Schaden durch die Vorsicht seines Vaters bewahrt, der noch in der letzten Stunde Erkundigungen über den Angeklagten einzog und erfuhr, daß dessen Angaben nichts als Schwindel waren. Dagegen sind zwei andere Bewerber dem Angeklagten zum Opfer gefallen. — Das Gericht beurteilte den betrieblamen Mann zu 2 Jahren Justizhaus.

Einen empfehlenswerten Schuttmann

nannte die Stadt Altona ihr eigen in der Person des Magistratsboten Wönnig, der sich vor dem Landgericht wegen Diebstahls zu verantworten hatte. Es hatte heillosen Aufsehen erregt, als im Rathaus nach einer Sitzung entdeckt wurde, daß ein Kullt erbrochen, und daraus ein Geldbetrag entwendet war. Der Verdacht lenkte sich sofort auf Wönnig, der dann auch unter Anklage gestellt, aber zumeist infolge seines sicheren Auftretens freigesprochen wurde. Wönnig trat dann beim Polizeikorps als Schuttmann ein. Als er auf der Wachtstube einmal Nachtdienst hatte, meldete ein Nachtschuttmann, daß eine Frau für ihren plötzlich schwer erkrankten Mann ärztliche Hilfe benötige. Wönnig, der früher Krankenwärter gewesen war, begab sich in die Wohnung des Betroffenen, der aber inzwischen bereits verstorben war. Er verließ die Wohnung zwar bald, kam aber am nächsten Morgen wieder. Während seiner damaligen Anwesenheit soll dem Verstorbenen eine Uhr gestohlen worden sein. Der Verdacht lenkte sich wieder auf Wönnig, der denn auch zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Wegen dieses Urteils legte er Berufung ein. Sein Einspruch wurde aber angesichts des vorliegenden Beweismaterials kostenpflichtig verworfen. Es wurde erwiesen, daß zu der fraglichen Zeit nicht nur kein anderer Fremder in der Wohnung anwesend gewesen war, sondern es fand sich auch die gestohlene Uhr bei Wönnig vor, die zudem noch Spuren zeigte, daß sie erst durch Abheben der inneren Wandung so hergerichtet wurde, daß sie in die dem Wönnig gehörende Uhrkapsel hineinpaßte. Diesem Beweismaterial gegenüber beschränkte sich die Verteidigung darauf, dem Gerichtshof nahelegen, die Frage nach etwaiger Kleptomane zu prüfen. Das Gericht ging aber hierauf nicht ein, sondern erkannte dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend auf Verurteilung der Berufung.

5000 Mark für ein Wort.

Weniger zweifelhaft als im Lotterispiel erscheint das Glück für den, der einem Kasser eine wissenwerte Auskunft geben kann und dabei seine Vorteile zu wahren versteht. Hierzu ist der im nachstehenden mitgeteilte Rechtsstreit von Interesse.

Der Rentner S. in Deutsch-Wilmersdorf bei Berlin war mit dem Verkauf eines Ochs Oibendorf beauftragt. Er traf den Kaufmann R. aus Grottkau, und dieser teilte dem R., mit, daß er einen Kaufschreiber wisse. Der S. versprach darauf, dem R. die Hälfte der Kassergebühr zu zahlen, wenn dieser den Kaufschreiber nenne. Das ist geschehen. S. hat den Kauf aus vermittelt und dann eine Kassergebühr von mindestens 10 000 M. erhalten. Von diesen 10 000 M. hat R. die Hälfte mit Zinsen eingeklagt.

Landgericht und Kammergericht zu Berlin erkannten auf einen Eid des Klägers über das freiwillige Versprechen und verurteilten für den Fall der Eidesleistung den Beklagten zur Zahlung der 5000 M. Das Kammergericht hat, wie das Reichsgericht jetzt ausgesprochen, zurechtfindend angenommen, daß der Vertrag sich als ein Unterkaufvertrag darstellt, wie ihn der § 552 des Bürgerlichen Gesetzbuches beschreibt. Danach ist derjenige, der für den Nachweis der Geheltheit zum Abschluß eines Vertrages einen Kasserlohn verspricht, zur Entrichtung des Lohnes nur verpflichtet, wenn der Vertrag infolge des Nachweises zustande kommt. Im vorliegenden Falle ist das geschehen und deshalb der Beklagte zur Zahlung verpflichtet, wenn sein Versprechen als erwiesen zu gelten hat. Da aber die Darstellung des Klägers in Zusammenhang aller Umstände überwiegend wahrscheinlich sei, sei es angebracht gewesen, ihm und nicht dem Beklagten den Eid über das Versprechen aufzuerlegen.

Dieser Urteil hatte der Beklagte durch Revision beim Reichsgericht angegriffen, jedoch erfolglos. Der 3. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofs hat die Revision zurückgewiesen. (Azt. J. S. 91/10.)

Betrügerische Inseratenakquisition.

Vor dem Landgericht Bauen wurde gegen zwei Inseratenakquisitioner der Firma Robert Ulbricht in Dresden verhandelt, die im Sommer und Herbst vorigen Jahres im Verbreitungsgebiet der Jittauer Volkszeitung Inserate für ein Bezugsquellenverzeichnis eintrudeln, für dessen Abdruck die Firma Ulbricht den Raum in der Zeitung gepachtet hatte. Die Volkszeitung hatte den Pachtvertrag im guten Glauben an die Reklamtät abgeschlossen, mußte aber bald aus den eingehenden Beschwerden Zweifel schöpfen. Ehe jedoch der Verlag Zeit zur näheren Untersuchung hatte finden können, beschuldigte die freisinnige Jittauer Morgenzeitung die Volkszeitung, sie habe die Geschäftsleute durch Agenten in erpresserischer Weise durch Vohlottdrohung zum Inserieren in dem Verzeichnis veranlaßt und so zu einer Zwangssteuer in die Parteikasse gepreßt, und dergleichen mehr. Nun waren die Agenten Rosberg und Kantenstrauß angeklagt wegen Betruges, weil sie sich den Geschäftsleuten bei ihren Inseratenwerbungen als Vertreter, Abgeordnete und Vertrauensleute der Volkszeitung, der Partei, der Parteileitung, des Gewerkschaftsartells usw. ausgegeben hatten, während sie doch nur Agenten eines privaten Inseratenbureaus waren, und wegen Erpressung, weil sie bei den meisten Geschäftsleuten verdeckt oder offen und auf mannigfaltige Art mit dem Vohlot und dem Verluste der Arbeiterkundschaft gedroht hatten, sobald die Leute sich weigerten, ein Inserat in dem Bezugsquellenregister zu bestellen. Geradezu dummdreist nimmt sich die Vohlotregelung der beiden Agenten aus, das Bezugsquellenverzeichnis werde in allen oder den meisten Versammlungen der Arbeiter vorgelesen und diese würden veranlaßt, nur bei den Inseratenbesitzern des Verzeichnisses zu kaufen. Trotzdem schieber leicht denken kann, daß die Arbeiter in den Versammlungen andere als derart geistreiche Beschäftigungen haben, geglaubt wurde das Märchen. Unter die Anklage wegen Betruges fällt nach der Vorwurf, daß die Angeklagten versprochen, daß die Inserate des Verzeichnisses nicht, wie das Muster zeigte, sechs, sondern siebenstellig waren, und daß die Agenten widerpersönlichen Geschäftsleuten mündlich zwar vierteljährliche Inseratenverträge zugehanden, ihnen aber Verträge für ein ganzes Jahr zur Unterschrift vorlegten. So haben die Agenten, von denen selbsterklärt wurde, daß sie auch persönlich mit der sozialdemokratischen Partei nicht das mindeste zu tun haben, ihr Geschäft in schamhafter Weise zu betrügerischen Zwecken mißbraucht und ihr auch, indem sie behaupteten, der Ertrag der Inserate komme in die Parteikasse, den Ruf einer Geldverpressungsanstalt angehängt. Zu der Verhandlung waren 46 Zeugen aus allen Gegenden der Provinz und auch der Unter-nemer des Bezugsquellenverzeichnisses Ulbricht-Dresden selbst geladen, der sein Unternehmen, die Handlungen seiner Agenten und seine eigenen Beziehungen zu der Affäre möglichst harmlos anzusehen sich bemühte. Das Urteil lautete auf fünf Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrenverlust für jeden der Angeklagten. — Wie vor einiger Zeit bereits mitgeteilt worden ist, hat die Jittauer Volkszeitung ihr Verhältnis zu der Firma Ulbricht gelöst.

„Sie sind ein ganz frecher Patron!“

Diese Worte sind, wenn von einem Gerichtsvorsitzenden einem Angeklagten gegenüber gebraucht, um eine Ungebühr zurückzuweisen,

keine Beleidigung. Also entschied am Sonnabend die Strafkammer V des Landgerichts Hamburg als Berufungsinstantz, vor der sich der Amtsrichter Abendroth wegen Beleidigung eines Handelsmanns M. zu verantworten hatte. Die angebliche Ungebühr des M., der im September 1910 vor dem Forum des Herrn Abendroth in einer Einspruchssache (Uebertretung der Straßenordnung) stand, soll darin liegen, daß er, als zwei Polizisten die Uebertretung bekundeten, während seine Zeugen nicht beedigt wurden, die Erklärung abgab: „Dann bekomme ich hier doch kein Recht.“ Mit diesen Worten wollte er die ihm ungünstige Prozeßlage charakterisieren, einen Vorwurf gegen das Gericht sollten sie nicht enthalten. Daran ließ der Vorsitzende die Eingangs erwähnten Worte fallen, um, wie er sagte, „die Würde des Gerichts zu wahren“. Von den ihm zu Gebote stehenden schärferen Mitteln habe er keinen Gebrauch machen wollen. Die erste Instanz sprach den Amtsrichter frei, weil es sich um eine auf der Stelle wiederzugegebene Beleidigung handelte, die nach § 199 der Strafprozeßordnung straffrei sei. Gegen das Urteil legte M. Berufung ein. Er warf die Frage auf, was ihm wohl passiert wäre, wenn er die inkriminierten Worte dem Vorsitzenden gegenüber gebraucht hätte? Das Gericht verworft die Berufung als unbegründet. Der Privatkläger habe sich damals in einer ganz freien Weise betragen, indem er sagte, er bekäme doch kein Recht. Wenn er dem Gericht auch wohl nicht den Vorwurf der Rechtsbeugung habe machen wollen, so enthielten die Worte doch eine grobe Ungebühr vor Gericht. Amtsrichter M. habe nicht von den ihm zur Verfügung stehenden schärferen Mitteln der Ordnungstrafe Gebrauch gemacht, sondern habe die mildere Form der Zurückweisung angewendet, so daß die Worte als Beleidigung nicht in Frage kämen. Wenn der Privatkläger am Schlusse der Verhandlung die Frage aufwarf, was ihm wohl passiert wäre, wenn er die Worte an den Vorsitzenden gerichtet hätte, so verkenne er völlig die Situation. Der Vorsitzende müsse für eine ordnungsgemäße Abwicklung der Rechtspflege sorgen. Daß ein Angeklagter dem Vorsitzenden gleichgestellt sei, davon könne im Ernste nicht gesprochen werden. — Also mit Ausnahme der Richterlaste ist jeder vor dem Gesetze gleich. Es lebe die Gerechtigkeit!

Augenügender Strafantrag bei Preßbeleidigung.
Das Landgericht Altenburg hat am 24. Januar den Redakteur der „Volkszeitung“, Paul Fröhlich, wegen Beleidigung der Kriegervereine des Herzogtums Altenburg zu Geldstrafe verurteilt. Er hatte am 2. September 1910 einen Artikel „Arbeiter und Sedanrummel“ veröffentlicht, der mit den Worten begann: „Außerhalb der alkoholisch verunstalteten und durch amozogenen Stumpfsinn unheilbar verblödeten Kriegervereine.“ Dadurch hat er nach der Feststellung des Gerichts die Kriegervereine und Militärvereine des Herzogtums beleidigt. Der Strafantrag ist von dem Vorstand des Verbandes der Kriegervereine gestellt und vom Vorsitzenden Freiberger von Sedendorff und dem Schriftführer Haupe unterzeichnet. Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Der Strafantrag wurde nicht als ausreichend erachtet. In Frage kommen könne nur, ob der Strafantrag als ein solcher der beiden Unterzeichneten wegen der ihnen persönlich zugefügten Beleidigungen anzusehen sei. Es sei nicht festgestellt, ob die Unterzeichner schon zur Zeit der Beleidigung Mitglieder der Kriegervereine waren und überhaupt sind. Zur Entscheidung dieser Frage mußte das Urteil samt den Feststellungen aufgehoben werden, obwohl materielle Bedenken gegen dasselbe nicht vorlagen.

Aus aller Welt.

Pfarrer und Lehrer.

Ein prächtiger Frühlingsmorgen war es Sonntag, im Dorf, Kirchlein zu G., das im herrlichen Franconienland in der Rheingegend liegt. Die Schönheit des Morgens drang selbst in das ernste und herb gestimmte Kirchenstübchen und die warmen Sonnenstrahlen, die durch die vom Alter getrübteten Fenstercheiben lugten, besichtigten die allenthalben schwebenden Weihrauchwolken und machten die vergoldete Krone der Muttergottes strahlend.
Eben waren die letzten Töne eines Kirchenliedes verklungen, mächtig und feierlich, gemessenen Schrittes war der Pfarrer die Stufen zur Kanzel hinaufgeschritten und hatte mit lundiger Hand den auf diesen Tag passenden Evangelientext aufgeschlagen. „Geliebte Gemeinde!“ so hub der Pfarrer an, „die Worte des Evangeliums, die unserer heutigen Betrachtung zugrunde liegen, haben folgendes: „Da brach der Geistliche plötzlich ab, seine Mieme verfinsterte sich, er fuhr mit beiden Händen hastig in die Höhe nach der von Frangen umfäumten Krongelochartigen Bedachung der Kanzel und machte danach eine Handbewegung, als wollte er etwas in die Tiefe werfen.“

Nachdem also die Spinne, die durch die Schuld des Kirchendieners, der zugleich Lehrer ist — von der Kanzel, wo sie ihre tummelnden Uebungen machte, hinabgeschleudert war, drehte der Pfarrer sein stark gerötetes Antlitz in die Richtung nach der Orgel und rief empörten Tones: „Herr Lehrer, so was ist es! Sausfall, wenn das wieder passiert, dann...“ Das weitere ließ der Erzähler ungefragt und las feierlich und mit exakter Betonung der aufhorchenden Gemeinde das Evangelium vor, um dann darüber, wie üblich, bald salbungsvoll, ermahrend und gütig, bald zornig wegen allerlei Laster zu predigen.
Inzwischen sah dröben an der Orgel, die geballten Hände in den Holentastchen — ergrimmt und ärgerlich wie ein schuldlos in den Korger gesperrter Schüler, der Herr Lehrer, und schaute durchs Kirchenfenster in den Pfarrgarten, dort sah auf einem blühenden Blütenstrauch eine Amsel und stötte lustig und frei ein frisches Lied in den leuchtenden Frühlingmorgen hinaus.

Schwere Unfälle bei Flugvorführungen.

Außer der Katastrophe bei Issy les Moulinaux, über die wir an anderer Stelle berichten, haben sich am letzten Sonntag bei Flugvorführungen zwei weitere schwere Unfälle ereignet. Als der Gradestieger Ingenieur Schwandt am Sonntagabend nach einigen wohlgeleitungen Rundflügen in die Zelthalle bei Augsburg zurückkehren wollte, durchbrach die nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge den Korridor. Bei dem Gedränge wurde die Frau des Schlossermeisters Weiß von dem Propeller derart an Kopf getroffen, daß sie einen schweren Schädelbruch erlitt. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Zwei andere Personen wurden gleichfalls nicht unbedenklich verletzt.

Aus Odessa wird gemeldet, daß in der Stadt Kursi ein Aeroplan in die Menschenmenge fiel, wobei, teils durch den Apparat, teils bei der entstehenden Panik, hundert Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden. An dem Aufkommen von fünf schwerverletzten Personen wird gezweifelt.

Die Gegenpole der göttlichen Weltordnung.

Aufspeicherung ungeheurer Reichtümer bei wenigen Besitzenden und grenzenloses Elend in der großen Masse des Volkes sind unauflösbliche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wie diese Gegenstände in Erscheinung treten, erweisen zwei Statistiken, die sich auf englische Verhältnisse beziehen. Nach der einen solchen veröffentlichten sind in England in verfloßnen Jahre 119 Personen des Hungertodes gestorben, davon allein 54 in der Grafschaft London.

Dagegen gibt es, wie der Minister Lloyd George vor wenigen Tagen im Parlamente erklärte, in England 10800 Personen, die ein Einkommen von über 100000 Mark pro Jahr haben. 20 Geschäftsleute in England haben ein Einkommen von einer Million Mark und mehr. Indessen gibt es eine Anzahl von Herzögen und Lords, die ein weit größeres Einkommen haben.

Explosion eines Hochofens.

Ein schweres Unglück hat sich am Sonntagmorgen auf den Werken der Firma de Wendel in Joazeuf (Frankreich) zugetragen. Durch das Platzen eines Gasrohres wurde ein Hochofen in die Luft gesprengt. Die niederstürzenden Trümmer verletzten 18 Arbeiter sehr schwer. Einer der Verunglückten ist seinen Verletzungen erlegen.

Vom Auto überrannt.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonntag auf der Chaussee, die von Paris nach dem bekannten Rennplatz Maisson Laiffite führt. Als eine Abteilung des 5. französischen Miniregiments die Chaussee entlang marschierte, kam ein Automobil in rasendem Tempo an, und da der Chauffeur scheinbar die Gewalt über den Wagen verloren hatte, fuhr dieser mit großer Kraft in die marschierende Truppe hinein. Ein Offizier und vier Soldaten wurden schwer verletzt. Der befehlshabende Offizier machte sich sofort zur Verfolgung des davoneilenden Wagens auf, es gelang ihm aber nicht, denselben zu erreichen.

Große Ueberschwemmung in Mähren.

Die während der letzten Tage niedergegangenen Regenmengen haben weite Gebiete Mährens überschwemmt. Die Besäzwa hat einen Teil der Stadt Pretau unter Wasser gesetzt, so daß die Bewohner aus den gefährdeten Häusern in Sicherheit gebracht werden mußten. Unterhalb Pretau wurde der Weichwasserdamm mehrfach durchbrochen und mehrere Gemeinden wurden überflutet. In Rojetein stehen dreißig Häuser unter Wasser, drei Gebäude sind eingestürzt. In Soboditz stürzten fünf Häuser ein, bei Tobitschan ist der Bahndamm gerissen und der Verkehr unterbrochen. Die March und ihre Nebenflüsse sind angeschwollen, doch beginnt das Wasser bereits zu fallen.

Kleine Notizen.

Auf der Landstraße erschlagen. Bei einem Streit auf der Landstraße bei Friedberg in Hessen schlug die Frau des Tagelöhners Jakob Vornträger die Frau des Weichbindermeisters Wagner tot. Zwischen den beiden Frauen bestand schon seit längerer Zeit eine erbitterte Feindschaft. Frau Wagner konnte sich noch bis an ein Wirtshaus schleppen, wo sie tot zusammenbrach. Sie hinterließ sechs Kinder.

Ungetreuer Gewerkschaftsbeamter. Der frühere Gauleiter des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Georg Döbler, wurde wegen Urkundenfälschung und Betrug vom Landgericht München I zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Schweres Eisenbahnunglück in Böhmen. Zwischen Hochwiesel und Smidat entgleiste Sonntagmittag ein Eisenbahnzug und stürzte vom Damm ab. Es wurden 18 Personen verletzt, einige davon schwer.

Vater und Sohn verbrannt. Infolge Explosion eines Alkoholbehälters brach in der französischen Ortschaft Verdalriere eine Feuerbrunst aus, während welcher ein 86jähriger Greis mit seinem 58jährigen Sohn in den Flammen umkamen.

Nichter Lynch. In Lake City in Florida wurden sechs Reger von einem Goldhauer aus dem Gefängnis geholt und erschossen, weil sie im Verdacht standen, einen weißen Farmer ermordet zu haben.

Wie die Alten jungem ... In der ungarischen Stadt Legled waren zwei Schüler des Gymnasiums in ein und dasselbe Mädchen verliebt. Es kam darum zwischen den beiden zu einem Duell. Nach dem zweiten Augenschuß stürzte der eine Duellant schwer verwundet zu Boden und starb bald darauf. Die „Deutsche Tageszeitung“, der wir die Nachricht entnehmen, nennt den siegreichen Duellanten einen jugendlichen Rörder. Sonst heißt in den Kreisen der Leser des agrarischen Blattes ein Duell „standesgemäße Austragung eines Ehrenhandels“.

Eingegangene Druckschriften.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 11. Nummer des 28. Jahrganges, 16 Seiten stark, erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir hervor: Bilder: Zur Krönungsfeier in London. Von H. Langemann. — Aus Dalibor. Von G. Müller. — Wehr Lohn oder der Tod. Von R. Angerer. — Die Ausklarung der Justizhandlung. Von H. W. Jentsch. — Bitterung. Von Emil Erd. — Mariannes Karoladensteuer und die albanischen Deber. Von Erich Schilling. U. a.

Legt: Die Erziehung. Von Tobias. — Die Reichsversicherungsordnung. Von P. E. — v. Arnim-Schönbergheim an v. Below-Platenburg. — Der vergessene Ratsherr. Von Tobias. — Deutschlands Ueberflut. Von K. W.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist soeben Nr. 17 des 21. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Feinde des Mutterrechts- und Säuglingsgesetzes. — Die Erforschung der Vaterlosigkeit. Von Otto Vogel. — Die wirtschaftliche Lage der Jüdischen Arbeiterinnen. Von E. F. — Zum Kapitel der „übertriebenen Humanität“ in der Arbeiterversicherung. Von G. Sch. — Ein bedeutungsvoller Kampf im Holzgewerbe. Von G. — Für Mutter- und Säuglingschutz.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Musterung. Von Ludwig Kalogl. — Von den Eingeborenen Inner-Australiens. III. — Ueber Schreibstörungen. Von G.

Uns Herzwegs Nachsch. Von B. Fleury. 94 S. 3. Krone u. Cie., Kaufmann.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstrasse 69, oben vier Treppen — Parterre —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufschlag und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. N. 71. 1. und 2. Zur Rückgabe ist der Text verpflichtet, der das Verhältnis ohne gesetzlichen Grund gelöst hat. Der Anspruch verjährt in zwei Jahren, von der Lösung des Verhältnisses an gerechnet. — H. S. 85. 1. Beim Vatentamt. Köberer erfahren Sie durch Anfrage. 2. Wenn ein Schuldbrief vorliegt, ja. 3. Zeugen oder Urkundenbeweis. — Jean G. Die Armenverwaltung hat darüber kein Bestimmungsrecht. Die entsprechenden Vereinbarungen sind mit der fraglichen Frau, die sich etwa zu den Dienstleistungen findet, zu treffen. — B. P. 72. Soja, Nüchternheiten, einige Stühle, eventuell auch das Fahrrad und die Kommode. — P. 15. 1. Wird der Helmschiff bestrahlt, so erfolgt endgültige Einstellung des gegen Sie abhängigen Verfahrens, andernfalls dessen Fortsetzung. 2. Der Paragrah schreibt vor, daß die vorläufige Einstellung des Verfahrens wegen Beleidigung zu erfolgen hat. — D. G. 50. Nach der Rechtspredung liegt ein Dauerdelikt vor, so daß bei Rücktritt Bestrafung erfolgen kann. — W. G. 100. Die Hälfte des Kranzengeldes aus der Ortskasse, der volle Betrag aus der Mittelkasse. — W. T. Schönhausen. Die Heranziehung ist zulässig. Ob die Höhe begründet ist, ergibt sich aus den Vorschriften der Berufsgerichtsbarkeit. — W. W. Sie haben den Termin verläumt. — G. P. 11. 1. Auf Ihren Fall bezieht sich der Artikel nicht. 2. Magistrat. Steuerbescheid. — H. G. 49. Der Mann kann binnen Jahresfrist auf Aufhebung der Scheidung klagen. Tut er das nicht, so ist er unterhaltspflichtig. — S. A. 25. 1. Kein. 2. Die Kündigung ist, aber nicht mit trüßlicher Wirkung, schon jetzt, auch im Juli, zulässig. — W. G. 7. 1. Gollgipräsidium. 2. Volksschulbildung reicht aus. 3. Das hängt vom Einkommen des Arztes ab. 4. 6 Monate. 5. 400 M. 6. Kein. — R. G. 15. Der unterschriebene Vertrag ist rechtsverbindlich. — G. 32. 19 Mark.

N. R. 100. Der Vertrag erscheint ansehbar. — Wetzlar. 30. Dr. Reinhardt wohnt in Basel, wenden Sie sich an hiesige Kanzlei.

Marktpreise von Berlin am 20. Mai 1911, nach Ermittlung des Königl. Reichspräsidiums. Kartoffelballe Preise (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Linien 20,00—60,00. Kartoffeln 6,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Baufleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 2,80—4,40. 1 Kilogramm Karphen 1,10—2,40. Halm 1,20—3,00. Haber 1,40—3,80. Roggen 1,20 bis 2,80. Gerste 0,80—2,00. Erbsen 1,20—3,40. Weizen 0,80—1,90. 60 Stück Kleebe 2,00—3,00.

Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	21. 5.	20. 5.		21. 5.	20. 5.
Remel, Mühl	187	-5	Saase, Großh.	118	-18
Bregel, Zusterburg	28	-5	Saabel, Spanbau	53	-7
Reichel, Born	70	0	Mathemow	105	-5
Oder, Rathor	688	+216	Speer, Spremberg	90	0
„ „ „ „	125	-7	Reckow	69	-2
„ „ „ „	147	-1	Weser, Wamben	-72	-10
Wärthe, Schrimm	16	0	„ „ „ „	11	+5
„ „ „ „	24	-2	Rhein, Ragnitzsankau	550	+62
Rehe, Borhamm	16	0	„ „ „ „	247	+21
Elbe, Zeitzmühl	122	-7	„ „ „ „	233	+9
„ „ „ „	-2	+40	Reder, Heilbronn	108	-17
„ „ „ „	166	+5	Main, Berthelm	—	—
„ „ „ „	138	+8	„ „ „ „	71	-1

+) bedeutet Sturz, — Fall, —) Unterbege. *) Höchstes Wasser. Die Oder ist bei Rathor bis heute früh um 702 cm gestiegen, während der höchste dort beobachtete Wasserstand 737 cm betrug. Das Hochwasser der oberen Oder gehört somit zu den höchsten seit 1813 überhaupt vorgekommen, wird jedoch durch die Nebenflüsse unterhalb Rathors nicht erheblich verhärt; insbesondere ist die Gläzer Reiffe seit vorgestern abend wieder im Fallen.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin. (Telephon: III, 2583.)
Mittwoch, den 24. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5:

Versammlung der Dachdeckerhilfsarbeiter.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen des Kuratoriums über den partiellen Arbeitsnachweis.
2. Verhandlungsangelegenheiten.
Bollgültiges Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Kardinal Malz-Kaffee

Ist das beste Casegegetränk für jedermann. Magenleidenden, Herzkranken, Nervösen etc. kann er nicht warm genug empfohlen werden. Überall zu haben. Nur in roter Packung.

Scholandts Gesellschaftshaus (Schmökewitz)

an der Görlitzer Bahn. Inh. B. Schmidt. Tel. Amt Zeuthen 28.
Herrlich am Seddensee gelegen. Säle, Hallen, Kegelbahn, Schießstand. Dampfersteg für Dampfergesellschaften. Vorzügliche Küche. Gutgepflegte Bier. Den verehrten Vereinen und Gesellschaften für Ausflüge zu Wasser und Land bestens empfohlen.
1910 Der Wirt.

Beilen Sie sich

und beschäftigen Sie die letzten 17 Parzellen in Zepernitz, die ich sehr billig verkaufe. — Klare gratis. — J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Kraft-Rotwein

Feurig-Süß
Fl. 150 u. 200
Santalucia 900
Apotheken, Drogen- u. Kolonial-Geschäften. Nachahmungen sind zu verwerfen.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlungen
Jahreslohn
Merren-Karderoben
Julius Fabian
Gr. Frankfurter
Strasse 37, II
Eingang Strausburger Platz
II. Geschäft:
Turmstr. 18
nur erste Etage,
kein Laden

Messers und Gabeln werden blank wie neu

bei dem Putzen mit echtem
Dr. Landmann's
Messer-Putz-Pulver.
Bist 10 Pf., Streubüchse 30 und 50 Pf.
Nur echt in Original-Verpackung in allen
besseren Geschäften zu haben.
Dr. L. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1A.

Mahlsdorf,

Cu. N. von 8 W. an, 20 Pf.-Zahl.
J. Rieger, Gontardstr. 5.
Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zarenba
Weinbergweg 1, dir. a. Rosenthaler
Tor. — Billigste Bezugsquelle!
Berufung I. zur dauernden Rundschiff

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden
Dr. Popke, Rosenhaller Str. 70,
Spr. 9-2, 8-9, Sonnt. 9-3

Kennen Sie sie?

Wenn nicht, dann beschäftigen Sie die
Villenkolonie Karow,
die ausschließlich Gartenliebhaber
a. b. Stettiner Bahn. 20 Pf. Fahrt.
300—500 M. Anz. genügt. Klare gratis.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Blumen- und Franzbinderrei

von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.

Pollmanns

Bandagen
Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummilwaren etc.
Berlin N., Leddringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Tege-Hühner,

garantiert junge, beste Leget, empfiehlt
F. Wegner, Berlin SO.,
Mariannenstr. 34.



Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 20. Mai mein herzenguter, freudiger Sohn und Bruder, der Buchbinder

Hermann Rabe
im Alter von 31 Jahren nach schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Dies zeigt tiefbetrußt an die trauernde Mutter
19106
Witwe **Rabe** nebst Tochter.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 8. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse und langjähriger Bezirksführer, der Buchbinder

Hermann Rabe
(Bezirk 170) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)

Am Sonnabend, den 20. Mai, verstarb nach kurzem Leiden der Buchbinder

Hermann Rabe.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
24/2 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Straßener Viertel.
Bezirk 340.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin Frau

Else Sydow
(Käfersdorfer Str. 11) gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
210/4 Der Vorstand.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 19. d. M. starb am Schlaganfall im Alter von 70 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer

Heinrich Fechler.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
1912b Der Vorstand.

Turnverein „Fichte“
M. d. A.-T.-B.

Nachruf.

Am Freitag, den 19. d. M., nachmittags 1 Uhr, verstarb nach langem schweren Leiden unser eifriges Mitglied

291/14

Max Güdemann.

Die V. Männer-Abteilung.
Wir werden seiner stets gedenken!

Die Hausfrau praktisch, wie immer, kauft zur Reisezeit für die ganze Familie Florians Zahnputz-Kasten, Zahnpulver, Zahnbürste, Mundwasser. Preis nur M. 1.—. Zu haben in Konsumvereinen, Genossenschaften und einschlägigen Geschäften sowie direkt 10 Stück M. 8.50, 24 Stück M. 18.— franco Nachnahme durch Arthur Wasservogel, G. m. b. H., Berlin W. 50, oder durch die Chemischen Werke Florian & Co., Britz-Berlin.

Malchower Kautabake
Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
VII 3861, Berlin O 27, Grüner Weg 112.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 8. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Graveur

Karl Lange
Hermannstr. 158 (14. Bezirk) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Krankenassistent, schillerender Graveur

Karl Lange
am Sonnabend nach langem, qualvollem Leiden im 44. Lebensjahre verstorben ist.

Dies zeigt tiefbetrußt an
Marie Lange nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Zions-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
1918b

Verband der Bureauangestellten.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß unser Mitglied

Karl Lange
(Ortsliste Schöneberg) am 20. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Zions-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, 99/106, aus statt.
45/6

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel.
Bezirk 340.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin Frau

Else Sydow
(Käfersdorfer Str. 11) gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
210/4 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Köpenick.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Wilhelm Hentschel
Mit-Glied.
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 23. d. M., nachmittags 5 Uhr statt. Treffpunkt 4 1/2 Uhr beim Kollegen Joch.

Um rege Beteiligung ersucht
75/1 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Chauffeur

Albert Floricke
am 19. d. Mts. im Alter von 27 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Beobachter-Krankenhauses, Birkenstraße, aus statt.
68/4 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Rudolf Möller
am 20. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes, Neuer Fährtenbrunner Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Hermann Blumberg
am 20. d. Mts. an Sudeckkrankheit gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Mai, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Elisabeth-Kirchhofes in der Wolfenbüttelstraße aus statt.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler

Max Güldmann
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
117/13 Die Ortsverwaltung

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.
Verwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser alter Kollege

Otto Zarn
am 18. Mai nach langem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag nachmittags 4 Uhr auf dem Ostkirchhof in Ahrensfelde statt.
40/6 Der Vertrauensmann.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Brauer

August Nichter
am 21. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, auf dem Südwestfriedhof in Stahnsdorf statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

(Fahrerbindung: 12⁰⁰ vom Wannseebahnhof Berlin oder 1⁰⁰ vom Bahnhof Charlottenburg nach Wannsee. Von hier aus Kraftwagenverkehr nach dem Südwestfriedhof.
42/17

Herzlichen Dank allen denen, die mir beim Dahinscheiden meines Mannes, des Arbeiters **Ferdinand Sondram** ihre Teilnahme bekundeten, besonders auch für die schönen Reden. Allen besonderen Dank auch den Herren Sängern, welche am Grabe gelungen. Wittenau, den 23. Mai 1911.
Frau Witwe Marie Sondram.

Dankagung.

Für die liebevolle Teilnahme und die zahlreichen Spenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes

Albert Lenz

sagen wir allen Freunden und Verwandten, Kollegen und Kolleginnen der Firma Reich, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem Wahlverein sowie den Sangesbrüdern „Norddeutsche Schiffe“ für die letzte Ehre am Grabe unseres herzlichsten Dank.

Die trauernde Familie G. Lenz.

Von der Reise zurück 78/2⁰
Dr. Leopold Lilienthal.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 6-7. Sonntags 10-12, 2-4

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet, zweifelhafte Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; desgl. Harn- (Spez. auf Gonorrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analysen. Dr. Homoyar & Co., Spezial-Laborat., Friedhofstr. 189, im Kronen- und Roggenstraße, I. 8724. Perf. Nachpr. bisfr. u. kostenl. Gedruckt von 8-9 Sonntags von 12-1.

MANOLI
Cigarettes

Bellebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Bekleidungshaus „Rekord“
Dresdener Str. 19, I
zwischen Kath. Tor u. Oranienplatz.

Vornehme Herren-Moden nach Maß auf eilzahlung

ein vornehm. Geschmack, eleg. Ausführung, Stoffbearbeitung idios. Sitz orn. emph. hio: Eleg. fertige Herren-Garderobe a. d. neuest. Stoff u. Fass. gegen

wöchentl. Raten von 1 M. an.
Zwecks Maßbestellung wird a. Wunsch Vertreter ins Haus geschickt.

Teppiche

einzelne Musterstücke sowie Teppiche mit klein. Fehlerstellen, in den allernuesten Mustern, jetzt 130/200 = 8.—, 165/240 = 12.—, 2/3 = 18.50, 250/350 = 29.50, 300/400 = 45.—, regulärer Wert bei allen Teppichen der doppelte. **Teppich-Bursch**, Spandauer Str. 65-67, I. u. II. Etage. Kein Laden.

Coburger Geld-Lotterie
Ziehung 26-31 Mai.
Gewinne M. 360 000, 100 000, 50 000, 10 000, 5000, 2000, 8x1000 usw.
Lose a M. 3.30.
5 Lose M. 16.—
Porto u. Liste 30 Pf. extra versendet

Peter Linden,
Fortuna-Glücks-Bank,
Bonn.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung elegante Herren-Moden fertig und nach Maß, feinste Verarbeitung.

S. Boltuch
Herren-Schneiderei
nur
Frankf. Allee 75.1.
Eingang Theater Str.

Sichere Merkmale
guter reeller Bedienung liegen in der außerordentlich großen Haltbarkeit und den enorm billigen Preisen unserer Garderoben. Der Fortfall der großen Spesen ermöglicht es uns, mit ganz geringem Nutzen zu verkaufen. Es bieten sich daher

für alle Herren

die ihren Bedarf im Verleihhaus feiner Herren-Moden, Leipziger Straße 59, am Spittelmarkt, decken, ganz besonders große Vorteile.

Wir empfehlen nur kurze Zeit verliehen gewesene und wenig

getragene Anzüge m. 9, 12, 16, 20
getragene Paletots m. 8, 10, 15, 18

Wir verleihen elegante neue Garderoben, die im Verkauf bis zu M. 100 kosten, auf Tage, Wochen und Monate zu niedrigen Preisen.

Verleihhaus feiner Herren-Moden
Berlin - Hamburg
Leipziger Straße 59 am Spittelmarkt
Sonnabends bis 9 Uhr abends,
Sonntags von 8-10 vorm. und 12-2 Uhr nachm. geöffnet.

Drei Tropfen

Kaol

flüssige Metall-Politur machen das schmutzigste Metall spiegelblank

in Flaschen von 10 bis 50 Pf. Überall zu haben.
Fabrik: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

„Tipp-Topp-Rollschuhe“
aus der Berliner Rollschuh-Fabrik G. m. b. H. Berlin

Bülow-Str. 66
im Hause von Mix & Oestert hinter der Luther-Kirche

sind die besten der Welt!

Verkauf werktätlich direkt in der Fabrik, 2. Hof rechts, im Kontor, kein Laden, in der Zeit von 9-7 Uhr. — Reparaturen billig und sachgemäß. — Mit Kugellager schon von 5.— Mark an bis 20.— Mark.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung elegante Herren-Moden fertig und nach Maß Garantie für tadelloser Sitz und feinste Verarbeitung

J. KURZBERG
Mass-Schneiderei
Rosenthaler Straße 40-41
am Hackeschen Markt,
Frankfurter Allee 104
Neke Friedenstrasse.

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter
kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von

Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenthaler Str. 53, Ode Weimauerstraße; Landsberger Allee 148, am Friedrichshagen; Rixdorf: Bergstr. 66, am Ringbahnhof.

Siebente Generalversammlung des Verbandes Deutscher Buchdrucker.

Hannover, 20. Mai 1911.

Sechster Verhandlungstag.

Aus der Freitagssitzung haben wir noch nachzutragenden Bericht über die Punkte „Internationale Beziehungen und Vertretung auf dem Deutschen Gewerkschaftskongress.“ Döbblin gab einen kurzen Bericht über die internationale Bewegung. Er hat den Eindruck, daß die Erziehungsarbeit, die in so eingehender Weise im eigenen Verband und an den eigenen Mitgliedern ausgeübt wird, viel stärker verlangt werden muß, von allen dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbänden. Der deutsche Verband übt bei allen Lohnbewegungen die größte Vorsicht, wägt alles Für und Wider genau ab und ist in jeder Weise besorgt, daß nirgends eine Bewegung eingeleitet wird, die voraussichtlich zum Schaden der Mitglieder ausschlagen muß. Ganz anders in anderen Ländern. Wir haben alle Ursache, unsere vorsichtige Taktik in der ganzen internationalen Bewegung zum Durchbruch zu bringen. Jeder verlorene Streik, auch im Auslande, ist ein Anreiz für die Unternehmerr aller Länder, aggressiver gegen die Kollegen vorzugehen. Döbblin ist deshalb der Meinung, daß er nach besten Kräften in diesem Sinne innerhalb der internationalen Bewegung wirken will. — Er führte dann aus, wie die Leitung der englischen Organisation, die um ihre Stellung zur Internationalen befragt wurde und obwohl sie ihren Anschluß in höhere Aussicht stellte, garnichts unternimmt, das Versprechen wahr zu machen. Ihr Verhalten bei verschiedenen Anlässen läßt darauf schließen, daß es in absehbarer Zeit nicht gelingt, die Engländer zum Anschluß zu bewegen. — Ueber verschiedene Unstimmigkeiten innerhalb der internationalen Bewegung hat kurz vor dem Verbandstage unter den Vorständen eine Aussprache stattgefunden, die zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hat. — Diese Unstimmigkeiten spielten aber trotzdem in der Debatte eine Rolle.

Schlumpf-Schweiz brachte Fälle zur Sprache, in denen die aus dem Auslande erteilten Auskünfte einfach den Prinzipalen mitgeteilt wurden. Döbblin sagte demgegenüber, wo ein derartiger Auslöser erlappt wird, sei mit ihm nach dem Grundsatz zu verfahren: er gehört nicht in unseren Verband. Dann wurden Klagen laut, daß die ausländischen Organisationen Anfragen vielfach nicht beantworten u. a., Klagen, die die Vertreter der österreichischen und französischen Organisationen auf den Plan riefen. Döbblin führte im Schlusswort resümierend aus, daß auf beiden Seiten gesündigt worden sei. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Bei Festsetzung der Vertretung zum Gewerkschaftskongress beantragt Dreher-Hamburg, 21 Delegierte zu entsenden, konform der Mitgliederzahl des Verbandes. Döbblin hielt das für unnützlich. Wenn jede Gewerkschaft ihr Beschäftigungsrecht voll ausnützt, würde das nur eine Erschwerung der Verhandlungen bedeuten. Bei wichtigen, die Organisationen verpflichtenden Fragen, könne ja jeder Verband seine Meinung dadurch bei der Abstimmung voll zum Ausdruck bringen, daß die Abstimmung nach Mitgliederzahlen vorgenommen wird. — Beschlüsse werden, 12 Delegierte zu senden; 10 Gauleiter (aus den neun größten Gauen und dem Kongressort), den Verbandsvorsitzenden oder dessen Stellvertreter, und den leitenden Redakteur. — Auf eine Äußerung von Kromminge-Leer, der ausdrücklich bedauerte, daß der Verband, obwohl er der Generalkommission angeschlossen ist, den letzten internationalen Kongress in Kopenhagen nicht besuchte, wurde in der Diskussion von keiner Seite eingegangen. Hannad-Stettin erörterte dann den Parteibeschluß, daß jeder Genosse, der den

1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begehrt, seinen Tagesverdienst an den Unterstützungsfonds abzuführen hat. Die Kollegen des Redners weigern sich, und nach Ansicht des Redners mit guten Gründen, diesem Beschlusse nachzukommen. Aus dieser Weigerung entstehen ihnen im Stettiner Gewerkschaftskongress überhaupt beim Zusammenarbeiten mit den Genossen der anderen Berufe Schwierigkeiten, die Redner des näheren erörterte. Nach seiner Meinung muß von den Verbandsdelegierten auf dem Gewerkschaftskongress kräftig ausgesprochen werden, daß vom Verband, überhaupt von den Gewerkschaften, derartigen einseitigen, nur von der politischen Vertretung der Arbeiterschaft gefaßten Beschlüssen ein entschiedenes Veto entgegengebracht wird. — Die Frage des Redners, wie der Verband bezügl. der Vorstand sich solchen Mitgliedern gegenüber stellt, denen durch die Nichtbefolgung des Beschlusses materieller Schaden erwächst, beantwortete Döbblin dahin: Wir betätigen in dieser Frage unsere politische Neutralität dadurch, daß wir sagen: „Wir hindern Euch nicht diesem Parteibeschlusse nachzukommen, wenn Ihr als Parteigenossen Euch dazu verpflichtet fühlt. Kommt Ihr ihm nicht nach und es erheben Euch dadurch wirtschaftliche Nachteile, so habt Ihr den Schuh der Organisation.“

Schweiniß-Hannover führte darauf aus, wie die Abführung des Verdienstes am 1. Mai nicht nur Bedeutung habe für alle Mitglieder, sondern vor allem auch für die Gewerkschaftsbeamten. Früher habe der Redner freiwillig die Hälfte seines Verdienstes abgeführt, jetzt aber, nachdem der Zwang dazu geschaffen ist, weigere er sich. Er sieht in diesem Parteibeschlusse eine Strafe für die Gewerkschaftsbeamten, wenn sie in den Fragen der Parteifreiheit eine nach Meinung des Redners vernünftigeren Ansicht haben, als diejenigen Parteigenossen, die diesen Beschlusse gefaßt haben. Es muß auf dem Gewerkschaftskongress dahin gewirkt werden, daß dieser Beschlusse aufgehoben wird. Denn es ist selbstverständlich, daß, wenn Gewerkschaftsbeamte sich weigern, diesem Beschlusse nachzukommen, daß es dann auch auf die Organisation überspringt. — Döbblin faßte zum Schluß seine Ansichten dahin zusammen, er persönlich stehe auf dem Standpunkte, daß eine Feierrückzahlung Demonstrationen mindestens dazu angetan sein müsse, die Arbeiter nicht zu schädigen. Durch die Begehung der Parteifreiheit entstehen aber den Buchdruckern schwere Schäden; zahlreiche Kollegen würden ihre Kondition verlieren. Die Bestrebungen der Parteifreiheit können den Buchdruckern in keiner Weise Nutzen bringen. Deshalb hat unser Verband auf dem Gewerkschaftskongress dafür einzutreten, daß die Parteifreiheit abgeschafft wird. — Die Generalversammlung bezeugte durch ihre Haltung, daß sie mit diesen Ansichten einverstanden ist.

Die Verhandlungen am Sonnabend begannen mit der Stellungnahme zu den Anträgen den

„Korrespondent“

betreffend. Es liegen Anträge vor auf obligatorische Einführung des „Korrespondenten“, doch werden auf Vorschlag Döbblins alle diese Anträge auf Obligatorisierung bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt.

Dann kommen die Anträge an die Reihe, den Sitz der Redaktion von Leipzig nach Berlin zu verlegen. Vorstand und Redaktion empfehlen, den „Korrespondenten“ in Leipzig zu lassen. Die Leipziger sind ebenfalls der Meinung.

Döbblin führt aus, wie die vorige Generalversammlung in Köln den Beschluß der Verlegung der Redaktion infolge der Differenzen mit Kexhäußer faßte. Der Gesamtvorstand hat aber in einer Sitzung mit den Gauvorsitzenden einstimmig beschlossen, den Kölner Beschluß nicht durchzuführen. Wegen der Öffentlichkeit der Sitzung will Döbblin die Gründe nicht nennen, die diesen Beschluß herbeigeführt haben. Aber wenn der Gesamtvorstand, die Redaktion und die Gauvorsitzer einstimmig einen solchen Be-

schluß faßten, dann dürften die Delegierten wohl glauben, daß irrtümliche Gründe dafür vorlagen. Auch heute noch würde der Verbandsvorstand eine schwere Schädigung des Verbandsinteresses in der Verlegung der Redaktion erblicken. Das jetzige Verhältnis zwischen Vorstand und Redaktion ist so gut, daß Redner nur seine Freude darüber ausdrücken kann. Auch das Verhältnis zur Leipziger Gauleitung und den Kollegen ist in jeder Hinsicht zufriedenstellend. Dazu würde aber die jetzige Situation vor der Tarifbewegung die allernünftigste für die Verlegung sein. Döbblin bittet die Delegierten, im Vertrauen auf Vorstand und Redaktion diese Ansichten zuzustimmen und darauf zu verzichten, in dieser öffentlichen Sitzung irgendwelche persönlichen Fragen anzuschneiden. — Redakteur Krahl sprach in demselben Sinne. Das Hauptmoment, das den Kölner Beschluß herbeigeführt, war die Notwendigkeit der innigeren Fühlungnahme zwischen Vorstand und Redaktion. Diese Fühlung ist jetzt durchaus vorhanden. Gerade die schärferen Artikel, die in letzter Zeit im „Korrespondent“ erschienen sind, sind im vollen Einverständnis mit dem Vorstand erschienen. Alle Verhältnisse liegen so, daß auch nach der Erledigung der Tarifrevision eine Verlegung nicht dienlich ist. — In der Diskussion plädieren Seiß-München, Krasser-Bwidau, Thorehauer-Hamburg und Fülle-Berlin dafür, daß die Verlegung des „Korrespondenten“ nach der Tarifrevision sofort durchgeführt wird. Doch wird gegen eine starke Minorität beschlossen, auch davon abgesehen und den Sitz in Leipzig zu belassen.

Die bisherigen Redakteure Krahl, Schäffer, Helmholz wurden per Akklamation gegen eine Stimme wiedergewählt. Die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder erfolgte ebenfalls per Akklamation und gegen zwei Stimmen. An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes Adolf Byer wurde Robert Gajer gewählt, welcher schon seit fünf Jahren dem Vorstand als Beisitzer angehört. — Die Wahl der Beisitzer wird in Berlin vorgenommen.

Die Redner der Beschwerdekommision präzisieren dann den Standpunkt der Kommission zu einer langen Reihe von Beschwerdefällen. In der Abstimmung über diese Fälle billigte die Generalversammlung gleich der Beschwerdekommision in jedem einzelnen Falle die Entscheidung, die der Vorstand getroffen hatte.

Durch Hammelsprung wurde mit 63 Stimmen beschlossen, die nächste Generalversammlung in Danzig abzuhalten. 59 Stimmen entfielen auf Nürnberg.

Döbblin ließ in einem Schlusswort die Beschlüsse Revue passieren. Er hob als besonders erfreulich und bemerkenswert hervor, daß die Taktik des Vorstandes und seine Tätigkeit im großen und ganzen als eine befriedigende anerkannt wurde, und daß in der Tariffrage, eine der schwierigsten und kompliziertesten, die der Verband jemals gehabt hat, eine fast vollständige Einmütigkeit erzielt worden sei. — Zur Behandlung der Parteifreifragen auf dem Gewerkschaftskongress, so sagt er, habe eine erfreuliche Aussprache stattgefunden, eine Aussprache, die wohl noch einen Nachhall im Lande wecken wird. Man wird die unverblümte Absage an die Parteifreiheit, welche nach unserer Meinung nur Schwierigkeiten bereitet, als reaktionär und rückständig bezeichnen. Aber wir haben den Mut, offen auszusprechen, wie wir über diese Frage denken. Ueberdies befinden wir uns in guter Gesellschaft, da ja auch von anderen Gewerkschaftern die Parteifreiheit so bewertet wird wie von uns, die wir uns offiziell nicht an der Parteifreiheit beteiligen. Es wird mit der Parteifreiheit gehen, wie mit unserem Standpunkt zur Tarifpolitik. Auch der ist zu Anfang von allen Seiten angefochten worden, während man jetzt vielerorts froh sein würde, an unsere Erfolge heranzureichen.

Es folgten dann noch Abschiedsreden von Reifmüller-Ostereich, Rothenstein-Ungarn, Reuser-Frankreich, Schlumpf-Schweiz, Raffini-Berlin, Rosenbruch-Dannover. Dann wurde die Generalversammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

Stiller

Gegründet: 1867



Die alte Stiller-Firma eröffnet heute nachm. 4 Uhr Wilmersdorferstr. 45. *Charlottenburg* ihre neue 10. Verkaufsstelle

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 24. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht vom 1. Quartal. 2. Bericht von der Walaussperrung. 3. Stellungnahme zur Wiederaufnahme von Mitgliedern, welche 1910 ausgeschieden sind. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

188/15*

Zahlreicher Besuch erwartet

Der Sektionsvorstand.

Zu der am Donnerstag, den 25. Mai (Himmelfahrtstage), von dem Gesangsverein der Putzer arrangierten Fußpartie ist Treffpunkt vormittags 9 Uhr in Friedrichshagen, Friedrichstr. 61 (Sängerhalle).

Alle Mitglieder der Putzer-Sektion sind hierzu freundlichst eingeladen.

Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1230. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Mittwoch, den 24. Mai 1911, abends 8 Uhr:

Allgemeine Versammlung

sämtlicher

Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Julius Moses über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen.“
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
4. Verbandsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen; auch sind die Frauen unserer Kollegen besonders eingeladen.

Mittwoch, den 24. Mai 1911, abends 5 1/2 Uhr:

Versammlung

für alle in

Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen- sowie Kronen- u. Baubeschlägebetrieben beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher.

in den Musiker-Festsälen (unter Saal), Kaiser Wilhelmstr. 18m.

Tages-Ordnung:

1. Verbands- und Berufsangelegenheiten.
2. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 24. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

der

Drahtarbeiter und Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 11.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Olivert.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 24. Mai 1911, abends pünktlich 6 1/2 Uhr:

Versammlung

der

Metallschleifer, Galvaniseure, Kraber, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht der Kommission.
2. Diskussion.
3. Bewahl des Branchenvertreter sowie der gesamten Kommission. Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Zutritt! Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreichen Besuch.

Mittwoch, den 24. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

der

Elektromonteur u. Helfer Groß-Berlins

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a, großer Saal.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Otto Hande. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Mittwoch, den 24. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

der

Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen

im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Rilling über: „Streikzüge durch Industrie und Handwerk“.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll- Reste! Mocquets. Plüsch. Sattelstaschen.

Mustor bei näherer Angabe franko.

Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.



Glatt und blank

rot. Sie Ihre Wäsche mit meinen lang bekannten u. bewährten „Prinzeß“-Eisemangeln. Sehr praktisch u. bequem. Beste Garantie! Dauerhaftigkeit u. Leichtigkeit. Eisemangeln v. W. 19 an Gelleimangel wie Abbild. Nr. 35. Preisliste gratis. Rudolf Knapke, Berlin, Seydelstr. 7/8, am Spittelmarkt. Eischränke, Waschmaschinen u. Wringmaschinen sehr billig.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Dienstag, den 23. Mai, abends 6 1/4 Uhr (gleich nach Feierabend):

Fünf große Versammlungen.

Schöneberg: Neue Rathausküche, Weininger Str. 8. Referent: Gorgas-Magdeburg.

Rixdorf: Hohes Gehäule, Hermannstr. 49. Referent: Schlieker-Stuttgart.

Lichtenberg, Friedrichsfelde und Kummelsburg: Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5/6. Referent: Helmar-Ortenow.

Weißensee: Prälaten, Ledderstr. 122. Referent: Richard Werner-Frankfurt a. M.

Wedding und Moabit: Knaben Gehäule, Kolberger Str. 23. Referent: Neumann-Groß-Röfchen.

Tages-Ordnung:

1. Die neuere Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und der Lohnbewegungen im Holzgewerbe. 2. Diskussion.

Die Kollegen sämtlicher Branchen müssen in diesen Versammlungen erscheinen.

Vergolder.

Dienstag, den 23. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal):

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Branchenversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Jalousiearbeiter.

Mittwoch, den 24. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, bei Becker, Wederstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Bernau über: Ferdinand Löffler.
2. Branchenangelegenheiten.

Bodenleger.

Mittwoch, den 24. Mai, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend), im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 3:

Branchen-Versammlung.

Stellmacher.

Mittwoch, den 24. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Lohnbewegungen und welche Vebre ziehen wir daraus. 2. Verbandsangelegenheiten.

Bürsten- und Pinselmacher.

Mittwoch, den 24. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, bei Vrenk, Goltzmarktstr. 65:

Allgemeine Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Schöpfkin.
2. Branchenangelegenheiten.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Wahlvorfrage 28. part. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt 4, 4797.

Sektion der Lackierer.

Mittwoch, den 24. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Große Versammlung

der in

Wagenlackierereien beschäftigt. Kollegen

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27a.

Tages-Ordnung:

1. „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Werkstätten der Lackiermeister.“ Referent: Kollege Dr. Risch. 2. Diskussion.

127/6

Die Sektionsleitung.

Zur Beachtung!

Die Sektionsversammlung am 1. Juni fällt umhändelbar aus.

D. O.



Reich ausgestatteter Bast-Leinen-Paletot 14.00

dazu passender Rock mit verschied. Garnierung 7.75

Für den Ausflug! Seinen-Kostüme gut sitzend von 9.75 an

Neue Fassons in Seinen-Paletots in reicher Auswahl von 4.00 an

Die letzten Modelle in Seinen-Poirot-Mänteln von 10.00 an

Bestickte weiße Batist-Kleider frisch und anmutig von 3.75 an

Für unsere Lieblinge. Reizende Kinder-Kleidchen äußerst praktisch von 90 Pf. an

Ganz frische Lieferung! Seinen-Röcke in weiss und in ecru von 2.95 an

Für jeden Geschmack etwas Passendes in Blusen in allen Preislagen von 80 Pf. bis 37.75

C. & A. Brenninkmeyer Königstr. 33 am Alexander-Platz.

Das Geschäft ist am Himmelfahrtstage geöffnet.

Carmen Sylva Cigaretten Beste Qualitäten

grösste Malzbier-Brauerei Deutschlands

sind, verdanken wir den Sympathien des grossen Publikums, das die qualitative Erstklassigkeit unserer Biere dauernd anerkennt. Damit uns dieses entgegengebrachte Vertrauen auch fernerhin erhalten bleibe, bitten wir, beim Bezuge von Caramel-Bieren in Flaschen ausser auf das **blaue Etikett** auch auf die **Firma** zu achten. Minderwertige Nachahmungen sind, wegen der Aehnlichkeit der Etiketten, geeignet, unserem Renommee Schaden zuzufügen. Seien Sie daher vorsichtig und achten Sie stets auf den Namen:

Engelhardt-Caramel-Bier

A.B.

Unsere Biere sind überall käuflich!

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Manewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äussersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Wasserparzellen
Neu! von 200 M. an. Neu!
Abwässlich gelegen, ca. 30 km östlich von Berlin. See-, Wald-, Fließ- u. Landparzellen (spottbillig). Pläne gratis.
Berlin, **J. Rieger,** Gontardstr. 5.

Stoffe
Ebediot, Kammgarn, Voden
f. Vetter-Beierinen Nr. 1.50, 2.50 R.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, Petrikirche.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indisches Sandelholz).
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstr. 54. Groß-Apothek, Barnimstr. 33. - München: Schützen-Apothek. - Stuttgart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 113/3

Kreuzstern **MAGGI'S WÜRZE** ist unerreicht in
Freiheit des damit erzielten Wohlgeschmacks,
Ausgiebigkeit, weil größte Würzkraft und deshalb
Billigkeit. Probefläschchen 10 Pf.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte). Stellenfunde und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Jeht Prozent Rabatt, Vorwärts! lesen.
Teppiche. Farbenflehler, jetzt abgelassen billig. Kleinen-Rabattlager, Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Besondere Preise noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntag geöffnet.
Gardinen. Fabrikpreise, Fenster 1.65, 2.25, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.
Totalverkauf von angekauften Gardinen, Stores, Bettdecken laufend billig. Große Frankfurterstr. 125.
Tuch- und Wäscheportieren. Garnitur 3.85, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. Rabattlager Große Frankfurterstr. 125.
Stoppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstr. 125.
Tuch- und Wäschedecken mit kleinen Fleckern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstr. 125. Nur im Hause der Möbelfabrik. 2601R*
Bettdecken und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Ehrlich. Preis 2,- Mark, geb. 2.50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.
Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schleimigen Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Wäsche, ganz schmerzlos. Qualität: Stubengröße, früher 18.50 jetzt 12.00; Wohnzimmergröße, früher 32.75 jetzt 24.00; Salongröße, früher 43.50 jetzt 35.00. Teppichhaus Georg Lange, Schauffstr. 73/74.
Portieren, Wäsche und Pfl. Restbestände 1-4 Fenster bedeutend unter Preis.
Erbsen-Storen, ein großer Vorrat mit Solant, volle Breite und Länge 4.75. 2671R*
Stoppdecken, eigene Anfertigung richtige Größe, 3.75, 4.50, 5.50, 7.50. Teppichhaus Georg Lange, Schauffstr. 73/74. Vorwärtsstr. 5 Prozent.
Bettdecken, Stand 11.00, große 16.00, neue Kuschelbetten, Kuscheldecken, Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, große Auswahl, spottbillig. Wäschehaus, Rüstnerplatz 7. 2200R*
Teppiche! (Leiderhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Gadeicher Markt 4, Bahnhof Börse. (Nur des Vorwärts) erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntag geöffnet!
Derrergarderobe ohne Geld bei kleiner Anzahlung in reicher Auswahl. Der ganze Osten kauft bei uns. Reichmann u. Co., Koppentstr. 4 (Schlesischer Bahnhof).
Vorwärtsstr. erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.
Teppiche, farbfecht, spottbillig.
Schlafdecken, Schülerleib 1.15.
Stoppdecken, Sammelbe 3.75.
Teppich-Thomas, Dranienstr. 100, Dranienplatz; Rolentalerstr. 54. 2505R*
Geschichte der Revolutionen, von U. Conrady, wöchentlich ein Heft a 10 Pf. Bestellungen nehmen die Buchhandlungen des Vorwärts entgegen. Probeheft gratis.
Teppichlager, Derrergarderobe Damengarderobe, Kleider, Kleiderstoffe, Betten, Wäsche, Gardinen, Stoppdecken, Teppiche, Tischdecken, Portieren, Spiegel, Bilder, Uhren, Gramophone, Kinderwagen, Schmidt, Petersburgerstr. 23. 2472R*

Wäschekredite!

Wäschekredite! Klein, Dittenstr. 12. 77/13*
Tüllgardinen, Stores, Rouleaux Umzugs- und Ausnahmepreise. Fenster 1.15, 1.65, 2.50 bis 9.-. Brauchvolle Ledergardinen: Fenstergardinen 2.50 bis 13.50. Woll-Teppichhaus, Dresdenstr. 8 (Rottbuhlerstr.). Absonneren Rabatt. 2590R*
Billig, billig, billig! Monatsanleihe, wenig getragene Winterpaletots, Bekleidungs, Jacken, Smoking, kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstr. 28 I, Schauffstr. 73/74, früher 20 Jahre Gütchenstr. 50.
Geschäftsverkäufe.
Bau- und Möbelgeschäft, sehr flottgehend, mit elektrischem Betrieb, billig, bei geringer Anzahlung zu verkaufen. Große Kurfürststr. mit zu übernehmen. Näheres bei G. Müller, Kusterhaus a. D. 1902R*
Kolonialwaren, Obst, Gemüse, geschäft, nachweislich gutgehend, verlässlich, Preiswert. Erzeuger Restauration, Pantow, Berlinerstr. 50.
Möbel.
Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirksamkeit und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisermäßigung. Der ganze Osten kauft bei uns. Reichmann u. Co., Koppentstr. 4, Schlesischer Bahnhof. 1951R*
Wandel-Verkauf, Woytowitz 59. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus stehen in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 194,-, 200,-, 222,-, modern 479,-, 2 Zimmer und Küche modern 501,-, 667,-, 721,-. Schlafzimmern, englisch 199,-, modern, echt Eiche, 347,-. Wohnzimmer, modern, 297,-, Speisezimmer 365,-, Derrergarderobe 200,-, englische Bettstelle mit Matrize 44,-, Kleiderständer 30,-, Truemeau, gelacktes 54,-, Schlafsofa 36,-, Wäsche 35,-, Umbau 20,-, Tisch. Kleiderlager, Beschäftigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuelle Zahlungsvereinigungen. Geschl. 8-8, Sonntag 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Kusterbusch P. gratis und gratis. 1908R*
Wäsche! Für Brautleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit feinsten Anzahlung gebe ich Stühle und Küch. An jedem Tisch beutlicher Preis. Ueberverteilung daher aufgeschoben. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft W. Goldhand, Postenstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2601R*
Wohngarten Anstalt, Berlin, Gneisenaustr., Schreibische, Balken, Kommoden, Kuchentische, Stühle, Bettstellen, Tische, komplette Schlafzimmern außerordentlich billig Preise. Möbelgeschäft W. Goldhand, Postenstraße 38, an der Hochbahn. 75/12
Gehäusebaum Säulenschränke, Herrenschreibtisch, Wäsche, Truemeau, Englische Betten, Küche, billig. Bornbröcherstr. 4, I. 1912R*
Wäschehaus Woytowitz, nageleis, 40,-, Schlafsofa 22,-, Kleiderständer 28,-, Bettstelle 12,-, Dresdenstr. 14, Möbelgeschäft. 2664R*
Sofas stehen sehr billig zum Verkauf. Kusterbuschstr. 6, Postenstr. 214/8
Gneisenaustr. 10, Ecke Poststr. S. Braun, bekannt als beste Bezugquelle. Kassa und Teilszahlung.

Wasserparzellen

Wasserparzellen
Neu! von 200 M. an. Neu!
Abwässlich gelegen, ca. 30 km östlich von Berlin. See-, Wald-, Fließ- u. Landparzellen (spottbillig). Pläne gratis.
Berlin, **J. Rieger,** Gontardstr. 5.

Möbel-Verkauf

Möbel-Verkauf. Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Kleinen-Rabattlager. Stühle und Küch. Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Küch. in bunten Küchen. Borden, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Liefer. auch nach auswärtig. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.
Rehfeld, Badstraße 49 (Gehausbrunnen), liefert ein Zimmer und Küche für 165,-, auch anseherlich.
Rehfeld, Badstraße 49, liefert Englische Bettstellen, Matrize für 39,-.
Rehfeld, Badstraße 49, liefert gebrauchte Bettstellen, Matrize für 12,-, 15,-, 18,-, 21,-.
Rehfeld, Badstraße 49, liefert Buchschränke für 27,-, gebrauchte 12,-, 15,-, 18,-.
Rehfeld, Badstraße 49, liefert komplette Schlafzimmern, hell für 200,-, 2531R*
Wohngarten Anstalt, Berlin, Gneisenaustr., Schreibische, Balken, Kommoden, Kuchentische, Stühle, Bettstellen, Tische, komplette Schlafzimmern außerordentlich billig Preise. Möbelgeschäft W. Goldhand, Postenstraße 38, an der Hochbahn. 75/12
Gehäusebaum Säulenschränke, Herrenschreibtisch, Wäsche, Truemeau, Englische Betten, Küche, billig. Bornbröcherstr. 4, I. 1912R*
Wäschehaus Woytowitz, nageleis, 40,-, Schlafsofa 22,-, Kleiderständer 28,-, Bettstelle 12,-, Dresdenstr. 14, Möbelgeschäft. 2664R*
Sofas stehen sehr billig zum Verkauf. Kusterbuschstr. 6, Postenstr. 214/8
Gneisenaustr. 10, Ecke Poststr. S. Braun, bekannt als beste Bezugquelle. Kassa und Teilszahlung.

Wanderwagen

Wanderwagen
Wanderwagen, 80,00 an, Teilszahlung, mietsweise 6,00. Scheer, Schauffstr. 105. 2276R*
Charlottenburg, Arbeiter, Musik- fremde! Kauf Musik-Instrumente bei Stähm, Charlottenburg, Dannebrückerstr. 23 (Landgericht). 16755*
Wanderwagen
Wanderwagen, 80,00 an, Teilszahlung, mietsweise 6,00. Scheer, Schauffstr. 105. 2276R*
Charlottenburg, Arbeiter, Musik- fremde! Kauf Musik-Instrumente bei Stähm, Charlottenburg, Dannebrückerstr. 23 (Landgericht). 16755*
Wanderwagen
Wanderwagen, 80,00 an, Teilszahlung, mietsweise 6,00. Scheer, Schauffstr. 105. 2276R*
Charlottenburg, Arbeiter, Musik- fremde! Kauf Musik-Instrumente bei Stähm, Charlottenburg, Dannebrückerstr. 23 (Landgericht). 16755*

Schlafstellen.

Schlafstellen.
Schlafstelle für zwei Herrn vermietet. Rote, Kirchhofstr. 6. *
Wohlierte Schlafstelle für Herrn, allein, 12 Mark, Bergmannstr. 27 bei Stüttner. 19055
Schlafstelle für Herrn, August Köpcke, Köpckestr. 124. 19055
Stellengesuche.
Sander, möbliertes Zimmer per 1. 6. Südost oder Rote Stadtbahn gesucht. Preisofferten unter „D 28“ Vorwärts! angabe Prinzenstr. 31. 1903
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Tüchtige Akquisiteur für Lebens-, Kinder-Versicherungen nach Adressen, sofort. Postlagerkarte 38, Postamt 112.
Gefangener, Berlin nicht für Freitag Gefangener. Dalmat. Straßener Allee 176. 1924
Tüchtige Bantist für Kollende, in besten Bantist mit eingehender Genossenschaftslehre mit vollständigem Maschinenbetrieb mit Einlage von 1000-2000 Mark gesucht. Offerte K. 299 Bestmanns Annoncenbureau, Alexanderplatz 1, erbeten.
Gründer auf Goldstellen verlangt Max Leonhard, Weihen, Rederstr. 16. 1918
Tüchtige Porzellan-Fabrikant verlangt Schmiedler, Brunnenstr. 194.
Blätterin verlangt Franzstr. 12.
Zeitungsfransen sofort verlangt Lautenstr. 2. 77/14*
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Seite.